



STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG-HOLSTEIN

14. Jahrgang · Heft 4

April 1962

Aufsätze:

Lehrerbedarf und Lehrernachwuchs
Landwirtschaftl. Betriebe über 100 ha
Gewerbsteuer-Meßbeträge 1958
Umsatzstruktur 1960
Preise in Gaststätten 1960

Kurzberichte:

Gemüse 1961
Getreide 1961
Konsumgenossenschaften 1960
Voraussichtlicher Pkw-Bestand

Graphik des Monats: Wohnungsbau

INDUSTRIELAND — AGRARLAND

Anteil der Bereiche



Herausgegeben vom

STATISTISCHEN LANDESAMT SCHLESWIG-HOLSTEIN

V 6458 E

DIE KONJUNKTUR IN SCHLESWIG-HOLSTEIN

		1960/61	1961/62	Veränderung in %
		Monatsdurchschnitt Sept. bis Januar ¹		
INDUSTRIE				
Produktionsindex ²	1950=100	270	288	+ 7
Beschäftigte ³	1 000	171	175	+ 2
Umsatz ^{3 4}	Mill. DM	568	614	+ 8
Geleistete Arbeiterstunden ^{3 5}	Mill. Std.	25	25	- 2
BAUWIRTSCHAFT UND BAUTÄTIGKEIT				
Geleistete Arbeitsstunden ⁶	Mill. Std.	9,1	9,1	- 0
Zum Bau genehmigte Wohnungen ⁷	Anzahl	2 057	2 273	+ 11
HANDEL				
Ausfuhr	Mill. DM	98,6	p 87,5	- 11
Einzelhandelsumsatz	1960=100	107	118	+ 10
VERKEHR				
Zulassung fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	3 309	4 018	+ 21
PREISINDEXZIFFERN (Bundesgebiet)				
Einkaufspreise für Auslandsgüter	1950=100	97	92	- 5
Preise ausgewählter Grundstoffe	1950=100	131	132	+ 1
Erzeugerpreise				
industrieller Produkte	1950=100	127 ^a	128 ^a	+ 1
landwirtschaftlicher Produkte ⁸	1950/51=100	124 ^a	132 ^a	+ 6
Lebenshaltungsindex ⁹				
insgesamt	1958=100	102,9	106,0	+ 3
Ernährung	1958=100	100,7	104,4	+ 4
GELD UND KREDIT				
Bestand an				
kurzfristigen Krediten ¹⁰	Mill. DM	1 212	1 400	+ 16
mittel- u. langfristigen Krediten ¹¹	Mill. DM	2 884	3 420	+ 19
Spareinlagen ¹²	Mill. DM	1 471	1 678	+ 14
STEUERAUFKOMMEN				
Umsatzsteuer ¹³	Mill. DM	40	43	+ 8
Landessteuern ¹⁴	Mill. DM	55	66	+ 18
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	32	34	+ 8
Lohnsteuer	Mill. DM	26	33	+ 26

1) bei "Geld und Kredit": August bis Dezember 2) Gesamtindustrie mit Energieerzeugung (ohne Bau) 3) in Betrieben mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten 4) einschl. Verbrauchssteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren 5) einschl. Lehrlingsstunden 6) nach den Ergebnissen der Totalerhebung für alle Betriebe (hochgerechnet) 7) in Wohngebäuden und Nichtwohngebäuden (Neubau und Wiederaufbau) 8) Wirtschaftsjahr Juli bis Juni 9) 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalt mit Lebenshaltungsausgaben von rund 570 DM monatlich nach den Verbrauchsverhältnissen von 1958 10) an die Nichtbankenkundschaft 11) an die Nichtbankenkundschaft; einschl. durchlaufender Kredite 12) Einlagenbestand am Monatsende 13) einschl. Umsatzausgleichsteuer 14) einschliesslich Landesanteil an den Einkommensteuern a) Monats-Ø aus 4 Monaten (Sept. bis Dez.) gebildet

I N H A L T

4/62

Aktuelle Auslese	105
Aus dem Inhalt	106-107
 Aufsätze	
Bedarf und Nachwuchs an Volks- und Mittelschullehrkräften	108-110
Die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe mit 100 und mehr ha LN 1949 und 1960	110-114
Die Zerlegung einheitlicher Gewerbesteuer-Meßbeträge	114-116
Die Umsatzstruktur in Schleswig-Holstein	116-118
Die Preise für Übernachtung, Vollpension und Frühstück	119-124
 Kurzberichte	
Anbau und Ernte von Gemüse 1961	124-125
Anbau und Ernte von Getreide 1961	125-127
Die Konsumgenossenschaften 1960	127-128
Voraussichtlicher Pkw-Bestand und Sättigungsgrenze	128
Graphik des Monats	120-121
Schleswig-Holstein im Zahlenspiegel	129-134
Kreiszahlen	135
Schleswig-Holstein im Bund	136
Wirtschaftskurven B - Industrie -	3. Umschlagseite

Inhalt der letzten 5 Hefte nach Monaten

Heft 11/1961

Geschlossene Fürsorge 1960
Mischfuttermittelverwendung
Wasserversorgung Industrie 1959
Studierende in Kiel

Brandschäden 1960
Güterverkehr Eisenbahnen

Heft 12/1961

Bruttoinlandsprodukt 1950 bis 1960
Industrie Schleswig-Holsteins
Einzelhandelsumsätze 1960
Nord-Ostsee-Kanal 1957 bis 1960
Lohnsummensteuer 1958

Heft 1/1962

Bruttoinlandsprodukt Verarb. Gewerbe
Bevölkerung 1960
Handelsdünger 1960/61
Schlachtvieh- und Fleischbeschau
Industrieproduktion 1960
Baupreisstatistik
Ingenieurschulen 1960/61

Heft 2/1962

Allgemeinbildende Schulen 1961
Bundestagswahl 1961 - repräsentativ
Landw. Betriebe nach Hauptbetriebsart
Getreideernte und ihre Verwertung
Öffentliche Straßenverkehrsmittel
Umsätze 1960
Turnen und Sport
Jugendgruppen 1961
Obsternte 1961
Zwischenfruchtanbau 1961
Vermögensmillionäre

Heft 3/1962

Güterbewegungsstatistiken
Berlin- und Interzonenhandel 1960
Spareinlagen 1900 bis 1960
Löhne im Handwerk
Verbrauch in Haushalten



STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG - HOLSTEIN

14. Jahrgang · Heft 4

April 1962

Aktuelle Auslese



ZAHL DER ERTEILTEN BAUGENEHMIGUNGEN UNVERÄNDERT HOCH

Im Durchschnitt Oktober 1961 bis Februar 1962 wurden in Schleswig-Holstein monatlich 2 147 Wohnungen zum Bau genehmigt. Im gleichen Zeitraum des Vorjahres lag die entsprechende Zahl bei 2 059 Wohnungen. Für diese Wohnungen war 1961/62 im Monatsdurchschnitt eine Bausumme von fast 65 Mill. DM veranschlagt; ein Jahr vorher hatte diese Summe rund 53 Mill. DM betragen.



HOHER GEBURTENÜBERSCHUSS

Im Jahre 1961 wurden fast 40 300 Kinder geboren. Es starben rund 27 500 Einwohner. Dadurch ergab sich ein Geburtenüberschuß in Schleswig-Holstein von etwa 12 800 Personen. Gegenüber 1960 hat die Zahl der Lebendgeborenen um 7% zugenommen und die der Gestorbenen um knapp 1% abgenommen.



STRASSENVERKEHRSUNFÄLLE MIT PERSONENSCHADEN

Im Jahre 1961 wurden in Schleswig-Holstein 13 200 Straßenverkehrsunfälle gezählt, bei denen Personen zu Schaden kamen. Bei diesen Unfällen wurden 596 Personen getötet und 16 725 verletzt. Während die Zahl der Unfälle und die der verletzten Personen auf gleicher Höhe des Jahres 1960 liegen, stieg die Zahl der tödlich verunglückten Personen um 32.



EINZELHANDELSUMSÄTZE 1961

Im Jahre 1961 sind die Einzelhandelsumsätze in Schleswig-Holstein dem Werte nach um 9% gestiegen, während die Zuwachs-

rate 1960 nur 7% betrug. In den einzelnen Warenbereichen ergaben sich 1961 Umsatzerhöhungen von 7% bis 12%.



WARENAUSTAUSCH MIT BERLIN

Der Warenaustausch Schleswig-Holsteins mit Berlin (West), der 1960 stagnierte, ist 1961 weiter angestiegen. Das gesamte Volumen des Warenverkehrs in beiden Richtungen hat sich 1961 von 548 Mill. DM auf 576 Mill. DM ausgeweitet. Der Hauptteil des Zuwachses entfiel auf die Lieferungen nach Berlin.



VERKEHR AUF DEM NORD-OSTSEE-KANAL

Im Jahre 1961 befuhren über 77 000 Schiffe mit einem Raumgehalt von 41 Mill. NRT den Nord-Ostsee-Kanal. Sie beförderten 57 Mill. t Güter. Die bisher höchsten Verkehrs- und Beförderungsleistungen des Jahres 1960 wurden nicht ganz erreicht. Die Zahl der Schiffe verringerte sich um knapp 1% und die durchgeschleuste Tonnage (NRT) um fast 2%. Auch die beförderte Gütermenge lag geringfügig unter dem Ergebnis des Jahres 1960.



MILCHERZEUGUNG UND -VERWENDUNG

Im Jahre 1961 wurden in Schleswig-Holstein 1,8 Mill. t Milch erzeugt, 5% mehr als 1960. Diese Zunahme ist hauptsächlich auf den größeren Kuhbestand zurückzuführen. Die Durchschnittsleistung je Kuh stieg dagegen nur geringfügig an. - Von der 1961 erzeugten Milchmenge wurden 89% an Meiereien und Händler geliefert.

Aus dem Inhalt

Lehrerbedarf und Lehrernachwuchs

Seite 108

Es ist zu erwarten, daß der Bedarf an Volks- und Mittelschullehrkräften in den kommenden Jahren nicht kleiner werden wird. Die Schülerzahl wird weiter zunehmen und schulpolitische Verbesserungen werden mehr oder weniger mit einem neuen Bedarf verbunden sein. Um den Ersatzbedarf decken zu können, werden - zumindest bis 1967 - in jedem Jahr etwa 420 Lehrkräfte eingestellt werden müssen. Diese Nachfrage nach Lehrkräften wird sich bis einschl. 1963 ohne weiteres durch die hohe Zahl von Studienabschlüssen befriedigen lassen. 1964 wird es dann durch die Umstellung des Studiums von 4 auf 6 Semester überhaupt keine Nachwuchslieferer geben. Für die weiteren Jahre wird sich vermutlich vor allem der Rückgang der Abiturientenzahl ungünstig auf den Lehrernachwuchs auswirken. Es könnte sich ein gewisser Ausgleich dadurch ergeben, daß in der zweiten Hälfte des laufenden Jahrzehnts die Zahl der Pensionierungen zurückgehen wird.

Landwirtschaftl. Betriebe über 100 ha

Seite 110

Die Zahl der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe mit 100 und mehr ha landwirtschaftlicher Nutzfläche war 1960 um 17 Einheiten mit rund 19 000 ha geringer als 1949. Dieses Ergebnis stellt aber nur den Saldo zwischen den Betriebszu- und -abgängen dar. Tatsächlich sind von den 1949 gezählten 595 Betrieben 110 Betriebe mit insgesamt 21 000 ha LN 1960 nicht mehr in der Betriebsgrößenklasse von 100 und mehr ha LN vorhanden gewesen. Demgegenüber sind 93 Betriebe mit 11 500 ha LN völlig neu in dieser Betriebsgrößenklasse aufgetreten. Die 485 in der Betriebsgrößenklasse verbliebenen Betriebe haben rund 9 600 ha LN abgegeben. Dadurch sind in der Zahl der Betriebe erhebliche Verschiebungen von den Größenklassen über 150 ha zur Größenklasse 100 bis 150 ha eingetreten. Die 1949 vorhanden gewesenen Großbetriebe in ihrer Gesamtheit haben also im Laufe der elf Jahre zwischen den Zählungen rund 30 600 ha LN abgegeben. Das ist mehr als ein Fünftel ihrer damaligen Nutzfläche.

Gewerbsteuer-Meßbeträge 1958

Seite 114

Bei der Gewerbesteuer sind nicht einzelne Betriebsstätten, sondern die Unternehmen die Steuerschuldner. Wenn das Unternehmen in verschiedenen Gemeinden Betriebsstätten unterhält, wird der einheitliche Steuermeßbetrag auf die in Frage kommenden Gemeinden verteilt. Für Schleswig-Holstein belief sich der einheitliche unzerlegte Steuermeßbetrag 1958 auf reichlich 43 Mill. DM. Für Betriebsstätten, die zu einem Unternehmen mit Sitz außerhalb des Landes gehörten, kamen gut 7 Mill. DM Zerlegungsanteile nach Schleswig-Holstein; dem-

gegenüber gingen reichlich 1 Mill. DM an Gemeinden in anderen Ländern des Bundesgebietes. - Bei der engen wirtschaftlichen Verflechtung zwischen Hamburg und Schleswig-Holstein ist es nicht verwunderlich, daß mehr als die Hälfte des Zerlegungsüberschusses von Unternehmen mit Hauptsitz in Hamburg kommt. An zweiter Stelle folgt Nordrhein-Westfalen. Mit einer Ausnahme (Bremen) erhält Schleswig-Holstein aus allen Ländern mehr Zerlegungsanteile als es abgibt. Damit erhöhte sich der Meßbetrag auf fast 50 Mill. DM. Den schleswig-holsteinischen Gemeinden standen dadurch etwa 17 Mill. DM mehr an Gewerbesteuer zur Verfügung als sie ohne Berücksichtigung der Zerlegung erhalten hätten. - An dem gesamten Zerlegungsüberschuß von rund 6 Mill. DM waren die 4 kreisfreien Städte mit gut einem Drittel beteiligt.

Umsatzstruktur 1960

Seite 116

Die Gliederung der Umsätze nach Größenklassen ermöglicht Aussagen über die Struktur der einzelnen Wirtschaftsbereiche. Um die Umsatzstruktur deutlicher hervorheben zu können, wurden in der vorliegenden Arbeit die zahlreichen Größenklassen zu drei Gruppen zusammengefaßt: Untere Gruppe (8 500 DM bis 100 000 DM Umsatz), mittlere Gruppe (100 000 DM bis 2 Mill. DM Umsatz) und obere Gruppe (2 Mill. DM und mehr Umsatz). Es konnte festgestellt werden, daß von 1958 bis 1960 die Zahl der Steuerpflichtigen in Schleswig-Holstein in der unteren Gruppe abgenommen und in den beiden anderen Gruppen zugenommen hat. Auch die Struktur der Umsätze hat sich in diesem Zeitraum geändert, und zwar zugunsten der oberen Gruppe. Auf diese Gruppe entfiel 1960 fast die Hälfte des Gesamtumsatzes in Schleswig-Holstein. Die mittlere Gruppe tätigte vier Zehntel des Gesamtumsatzes und die untere Gruppe knapp ein Zehntel. In den einzelnen Wirtschaftsbereichen ergaben sich aber recht unterschiedliche Verhältnisse. Im Handwerk und im Einzelhandel hatte die mittlere Gruppe den größten Anteil am Umsatz. In der Industrie und im Großhandel herrschten dagegen die großen Unternehmen vor. In der Industrie umfaßte die obere Gruppe fast ein Fünftel aller Steuerpflichtigen, sie erzielte jedoch über vier Fünftel der Industrieumsätze. Im Großhandel gehörte ein Zehntel der Steuerpflichtigen zur oberen Gruppe. Von dieser Gruppe wurden aber weit über zwei Drittel des Großhandelsumsatzes nachgewiesen.

Preise in Gaststätten 1960

Seite 119

Im August 1960 bezahlte man in Schleswig-Holstein für das Übernachten in den gängigsten Zimmern der guten Hotels im Schnitt je nach dem Ort 7,25 DM bis 10,30 DM, in den mittleren Hotels zwischen 5,25 DM und 8,85 DM und in den einfachen Hotels 4,50 DM bis 6,50 DM. In den Fremdenheimen oder Pensionen bewegte sich der Zimmerpreis zwischen 4,25 DM

und 7,50 DM. In Schleswig-Holstein war das Übernachten in den Seebädern am teuersten. - In den schleswig-holsteinischen Beherbergungsbetrieben kostete ein Frühstück im August 1960 ohne Bedienungszuschlag zwischen 2 DM und 3 DM. - Die am häufigsten verlangten Vollpensionspreise lagen zwischen 10 DM und 22 DM. Die meisten Beherbergungsbetriebe stellten zusätzlich 10% des Vollpensionspreises für Bedienung in Rechnung. In den Seebädern waren die Vollpensionen durchweg am teuersten. - Während die Preise für Übernachtung und Vollpension von August 1959 bis August 1960 zum Teil erheblich gestiegen sind, haben sich die Frühstückspreise in der gleichen Zeit nur verhältnismäßig gering erhöht.

Gemüse 1961

Seite 124

Im Jahre 1961 wurden auf dem Freiland unter Ein-schluß der Mehrfachnutzung 10 400 ha mit Gemüse angebaut, das sind 1 200 ha weniger als 1960. Es wurde vor allem weniger Grobgemüse angebaut (-16%), während die Fläche mit den Feingemüsearten nur 3% kleiner war. Die gesamte Gemüsefläche verteilte sich 1961 etwa zu gleichen Teilen auf Grob- und Feingemüse. Auf rund drei Vierteln der Grobgemüsefläche stand Kopfkohl. - 1961 gab es bei Herbst- und Dauerkohl recht gute Erträge. Auch grüne Pflückerbsen brachten mit 105 dz fast 20% mehr je ha als 1960. Bei anderen Gemüsearten - besonders Buschbohnen, Gurken und Möhren - haben ungünstige Witterung und Schädlingsbefall ertragmindernd gewirkt.

Getreide 1961

Seite 125

Die Anbaufläche für Getreide war mit rund 406 000 ha fast genau so groß wie 1960. Es wurden 176 000 ha mit Brotgetreide und 230 000 ha mit Futtergetreide bestellt. Die Fläche für Brotgetreide war um 14% kleiner und die des Futtergetreides um 12% größer als 1960.

Konsumgenossenschaften 1960

Seite 127

Die Wirtschaftstätigkeit der Konsumgenossenschaften hat im Jahre 1960 im wesentlichen denselben Verlauf genommen wie im Jahre 1959. Während die Zahl der Beschäftigten im Laufe des Jahres 1960 um gut 4% gesunken ist, hat sich der Umsatz gegenüber 1959 um fast 3% erhöht.

Voraussichtlicher Pkw-Bestand

Seite 128

Die Zahl der Personenkraftwagen nimmt ständig zu. Nach einer neuen Berechnung wird erwartet, daß die Bestandszahl der Pkw in Schleswig-Holstein etwa 1966/67 die Grenze von 300 000 überschreiten wird. Eine Sättigung an Pkw wird im Bundesgebiet und auch in Schleswig-Holstein in den nächsten zehn bis fünfzehn Jahren kaum erreicht werden.

Erläuterungen

Die Quelle ist nur bei Zahlen vermerkt, die nicht aus dem Statistischen Landesamt stammen.
Mit "Kreisen" in Tabellenüberschriften sind die kreisfreien Städte und Landkreise gemeint.

Differenzen zwischen Gesamtzahl und Summe der Teilzahlen entstehen durch unabhängige Rundung; allen Rechnungen liegen die ungerundeten Zahlen zugrunde.

Bei Grössenklassen bedeutet "a-b": a bis unter b. Zahlen in () haben eingeschränkte Aussagefähigkeit.
Zeichen an Zahlen bedeuten: p = vorläufige, r = berichtigte, s = geschätzte Zahl. \bar{x} bedeutet Durchschnitt.

Zeichen statt Zahlen bedeuten:

- = Zahlenwert genau Null
- 0 = Zahlenwert grösser als Null, aber kleiner als die Hälfte der kleinsten in der betreffenden Tabelle verwendeten Einheit
- . = Zahlenwert aus sachlichen oder technischen Gründen unbekannt oder aus anderen Gründen nicht eingesetzt
- ... = Zahlenwert noch nicht bekannt
- x = Angabe nach der Bezeichnung des betreffenden Tabellenfaches sinnlos

Bedarf und Nachwuchs an Volks- und Mittelschullehrkräften

Der Bedarf

Der Bedarf an Lehrkräften hängt von vielen Faktoren ab und ändert sich häufig kurzfristig. Die wichtigsten Faktoren sind die Entwicklung der Schülerzahl und die schulpolitischen Gegebenheiten und Veränderungen. Aber auch der Ersatzbedarf ist nicht zu vergessen. Er entsteht dadurch, daß Lehrkräfte aus dem Schuldienst ausscheiden und ersetzt werden müssen.

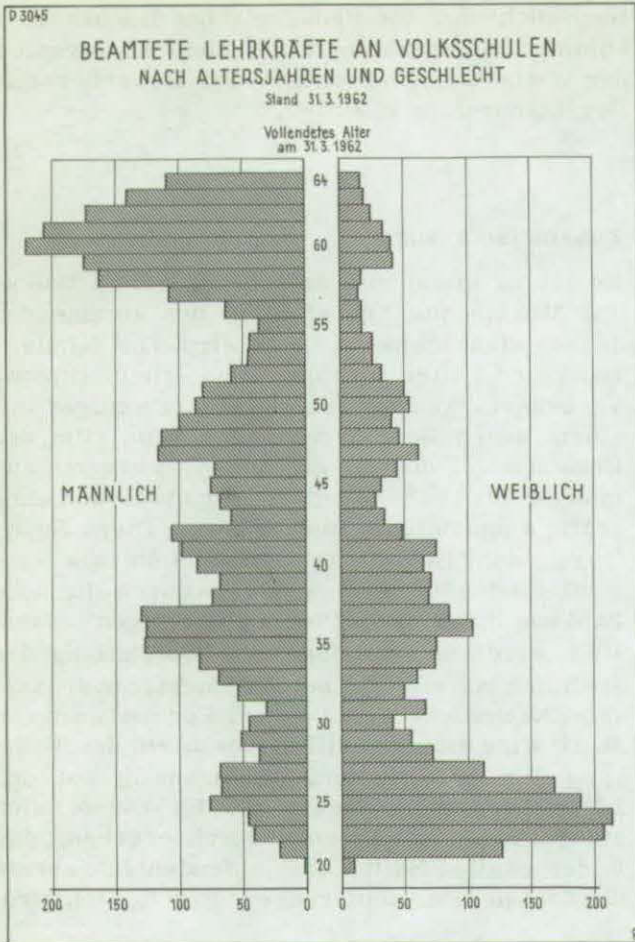
Die Zahl der Schüler in Schleswig-Holstein, die viele Jahre rückläufig war, nimmt wieder zu. Im Mai 1961 wurden die öffentlichen Volks-, Mittel- und Sonderschulen des Landes von insgesamt rund 264 000 Schülern besucht. Diese Zahl wird - soweit es vom jetzigen Standpunkt aus zu übersehen ist - in den nächsten Jahren ständig zunehmen. Es dürfte nicht zu hoch gegriffen sein, wenn geschätzt wird, daß die Schülerzahl bereits 1968 um mehr als 10% höher sein wird als jetzt. Das bedeutet aber, daß dann über 25 000 Schüler mehr unterrichtet werden müßten. Der Hauptgrund für die Zunahme der Schülerzahl liegt darin, daß von Jahr zu Jahr - zumindest bis Ende des laufenden Jahrzehnts - mehr Schulanfänger zu erwarten sind. Das hängt damit zusammen, daß die in Frage kommenden Geburtsjahrgänge immer umfangreicher werden. Wird die verstärkte Zuwanderung nach Schleswig-Holstein, die in den letzten Jahren zu beobachten war, weiter anhalten, so wird auch dadurch die Schülerzahl beeinflußt werden. Die unerwartet hohe Zunahme der Volksschülerzahl von 1960 auf 1961 ist z. B. überwiegend auf Zuwanderungen zurückzuführen, und zwar auf die Zuzüge in die Kreise um Hamburg sowie auf die Zuzüge von Familien der Bundeswehrangehörigen.

Als Grundlage für die Feststellung des Lehrbedarfs wird häufig die für das ganze Land berechnete Meßziffer "Schüler je Lehrer" gebraucht. Im Mai 1961 kamen in Schleswig-Holstein im Durchschnitt 33,5 Volksschüler und 23,0 Mittelschüler auf eine hauptamtliche Lehrkraft. Im Jahre 1957 lagen diese Durchschnittswerte noch bei 35,7 und 24,7. An diesen Zahlen ist abzulesen, wie sich die Schulverhältnisse in Schleswig-Holstein in vier Jahren verbessert haben. Dennoch darf der Aussagewert dieser Durchschnittszahlen nicht überschätzt werden. Sie waren nur dann für die Berechnung des Lehrbedarfs wirklich brauchbar, wenn die Streuung der Einzelwerte gering wäre, d. h. also, wenn der Durchschnitt (z. B. 35,5 Schüler je Lehrer) für die meisten Schulen auch tatsächlich zuträfe. Dies ist nur bei großen

Schulen möglich, nicht bei kleinen. Die Siedlungs- und Verkehrsverhältnisse Schleswig-Holsteins sind aber so gelagert, daß es viele kleine Schulen gibt. Von den insgesamt 1 575 öffentlichen Volksschulen des Landes hatten 1961 117 Schulen 500 und mehr Schüler, aber 622 Schulen hatten weniger als 50 Schüler. Um den tatsächlichen Lehrbedarf zu ermitteln, müßte für jede einzelne Schule festgestellt werden, ob das gewünschte Zahlenverhältnis "Schüler je Lehrer" verwirklicht ist, und wieviel zusätzliche Lehrkräfte gegebenenfalls zur Erreichung dieses Zieles noch erforderlich sind.

Daß ein Rückgang der Schülerzahl nicht gleichbedeutend sein muß mit einer Abnahme der Lehrerschaft, läßt sich aus der Planstellen-situation im Landeshaushalt ersehen. Bis 1960 hat die Schülerzahl abgenommen, aber die im Haushalt vorgesehene Zahl an Lehrkräften wurde erhöht. Im Haushalt 1958 waren für den Bereich der Volksschulen 6 831 Stellen (einschl. für außerplanmäßige Lehrkräfte und Vertreterstellen) eingesetzt, und 1960 waren es bereits 6 954 Stellen. Inzwischen ist die Zahl der Stellen noch größer geworden. Der Haushalt 1962 enthält 7 207 Lehrerstellen, das sind 376 Stellen mehr als 1958. Für die Mittelschulen erhöhte sich die Stellenzahl von 1 519 für 1958 auf 1 634 für 1962. Das ist eine Zunahme von 115 Stellen. Schulpolitische Verbesserungen wirken sich meist unmittelbar auf den Bedarf aus. Am Rande sei noch erwähnt, daß auch Lehrkräfte für den Ausbau und zur Erhaltung der deutschen Schularbeit im Ausland gebraucht werden. Hierzu gehören auch die Lehrkräfte für die Schulen der deutschen Volksgruppe in Nordschleswig.

Recht gut in den Griff zu bekommen ist der Ersatzbedarf. Es ist bekannt, daß in den Rechnungsjahren 1953-1960 jährlich durchschnittlich rund 360 Volksschullehrkräfte und rund 60 Mittelschullehrkräfte ausgeschieden sind. Die Abgangsquote, das sind die Abgänge in Prozent des jeweiligen Lehrbestandes, betrug 1960 für die Volksschullehrkräfte 5,6% und für die Mittelschullehrkräfte 4,5%. Es ist nicht zu erwarten, daß die Abgangsquoten in den nächsten Jahren, d. h. bis etwa 1967, kleiner sein werden als für 1960. Erst danach ist mit sinkenden Abgangsquoten zu rechnen. Das liegt vor allem daran, daß die Altersgliederung der männlichen Lehrkräfte gegenwärtig recht ungünstig ist. Im März 1962 waren 36% der Volksschullehrer zwischen 56 und 65 Jahre alt, aber nur 20% im



Alter von 46 bis 55 Jahren. Von den männlichen Lehrkräften, die 1960 aus dem Volksschuldienst des Landes ausgeschieden sind, waren 83% über 60 Jahre alt. Die Hauptabgangsgründe waren Pensionierung nach Erreichen der Altersgrenze und Pensionierung auf Antrag nach Erreichen des 62. Lebensjahres. Der Hauptabgangsgrund bei den Lehrerinnen heißt Heirat. Dennoch ist die Fluktuation bei den weiblichen Lehrkräften nicht so groß wie im allgemeinen vermutet wird. Von den 1 517 Lehrerinnen, die in den Jahren 1954 - 1961 die erste Prüfung für das Lehramt an Volksschulen abgelegt hatten, befanden sich Ende des Schuljahres 1961/62 noch 85% im Schuldienst des Landes, d. h. 15% sind inzwischen ausgeschieden. Von den insgesamt 227 ausgeschiedenen Lehrerinnen hatten 73, das sind fast 5% aller Lehrerinnen, eine Dienstzeit von weniger als 2 Jahren aufzuweisen.

Der Nachwuchs

Die beiden Pädagogischen Hochschulen Schleswig-Holsteins wurden im Wintersemester 1961/62 von insgesamt 1 174 Studierenden besucht. Die Zahl der Studierenden ist seit 1954/55 ständig angestiegen. Sie ist heute dreimal so hoch wie damals. Von den Teilneh-

mern im letzten Winter waren 67% Frauen. Damit zeichnet sich ein leichter Rückgang des Anteils der weiblichen Studierenden ab. Ihr Anteil hatte im Winter 1959/60 noch 74% und im Winter 1960/61 72% betragen.

In den Jahren 1957/60 bestanden in Schleswig-Holstein jährlich (Prüfungen im Frühjahr und Herbst zusammen) durchschnittlich rund 330 Studierende die Prüfung für das Lehramt an Volksschulen. Diese Zahl reichte nicht aus, um die aus dem Schuldienst ausgeschiedenen Lehrkräfte aus dem Bereich der Pädagogischen Hochschulen wieder zu ergänzen. Erst 1961 war die Zahl der Studienabschlüsse (489) größer als die Zahl der Lehrerabgänge. Da die Zahl der Studierenden gegenwärtig besonders hoch ist, werden 1962 etwa 550 und 1963 nahezu 600 Prüfungskandidaten vorhanden sein. Ein weiteres Reservoir für den Lehrernachwuchs bilden die Studenten der Philologie, die nach mindestens sechssemestrigem Universitätsstudium zur Prüfung für das Lehramt an Mittelschulen in Schleswig-Holstein zugelassen werden können. Es darf ferner nicht übersehen werden, daß die ausgebildeten Lehrerinnen, auch wenn sie vorläufig nicht tätig sind, immer eine wertvolle Reserve bilden. Lehrerinnen, die als Beamte ausgeschieden sind, können z. B. als Angestellte befristet wieder beschäftigt werden.

Die Studierenden, die im Frühjahr 1962 mit ihrem Studium an den Pädagogischen Hochschulen beginnen, werden nicht, wie bisher, 4 Semester, sondern 6 Semester studieren müssen. Das hat zur Folge, daß 1964 überhaupt keine Junglehrer für die Deckung des laufenden Bedarfs zur Verfügung stehen werden. Die Landesverwaltung wird deshalb rechtzeitig dafür sorgen müssen, daß sich im Schuljahr 1964/65 die Schulverhältnisse durch diesen Nachwuchsausfall nicht verschlechtern werden. Diese Aufgabe wird dadurch etwas erleichtert, daß - wie bereits ausgeführt wurde - 1962 und 1963 mit überdurchschnittlich hohen Studienabschlußzahlen gerechnet werden kann. Wie sich allerdings das verlängerte Studium - langfristig gesehen - auf die Entwicklung der Zahl der Studierenden auswirken wird, läßt sich heute noch nicht übersehen.

Die meisten Studierenden der Pädagogischen Hochschulen haben das Reifezeugnis einer höheren Schule. Im Wintersemester 1961/62 waren es 89% aller männlichen und 73% aller weiblichen Studierenden. Für die Beantwortung der Frage, mit wieviel Nachwuchs für die Pädagogischen Hochschulen in diesen Jahren zu rechnen ist, bietet daher die voraussichtliche Zahl der Abiturienten einen Anhalt. Ostern 1961 erwarben an den öffentlichen höheren Schulen des Landes 1 595 Jungen und 956 Mädchen das

Reifezeugnis. Die Zahl der Abiturienten an diesen Schulen konnte vorausberechnet werden. Nach dieser Berechnung werden bis einschl. 1964 durchschnittlich jährlich rund 2 600 Abiturienten in Schleswig-Holstein vorhanden sein. Dann wird jedoch die Abiturientenzahl rasch absinken und bereits 1965, wenn überwiegend Schüler der Geburtsjahre 1944-1946 das Reifezeugnis erwerben, außergewöhnlich niedrig liegen (knapp 2 000 Abiturienten).

Von den Abiturienten - besonders von den weiblichen - wollen zur Zeit verhältnismäßig viele den Lehrberuf ergreifen. Ostern 1961 äußerten 7% der männlichen und 33% der weiblichen Abiturienten den Wunsch, eine Pädagogische Hochschule zu besuchen. Es läßt sich infolge der Verlängerung der Studiendauer nicht übersehen, wie sich diese Anteile, die in den letzten Jahren ziemlich konstant waren, zukünftig entwickeln werden. Außer Abiturienten nehmen die Pädagogischen Hochschulen auch Schülerinnen der Frauenfachschulen auf. Im Winter 1961/62 hatten 17% aller Studierenden das Abschlußzeugnis einer Frauenfachschule. Da diese Studierenden auf Grund der Studienordnung dazu verpflichtet sind, neben den wissenschaftlichen Fächern auch Hauswirtschaft oder Handarbeit zu studieren, sind sie für den technischen Unterricht an den Schulen besonders geeignet, zumal es eine Ausbildung als technische Lehrerin in Schleswig-Holstein nicht mehr gibt. Als

Nachwuchs für die Pädagogischen Hochschulen kommen in Ausnahmefällen auch Absolventen der Wirtschaftsoberschulen und Bewerber mit Begabtenprüfung in Frage.

Zusammenfassung

Es ist zu erwarten, daß der Bedarf an Volks- und Mittelschullehrkräften in den kommenden Jahren nicht kleiner werden wird. Die Schülerzahl wird weiter zunehmen und schulpolitische Verbesserungen werden mehr oder weniger mit einem neuen Bedarf verbunden sein. Um den Ersatzbedarf decken zu können, werden - zumindest bis 1967 - in jedem Jahr etwa 420 Lehrkräfte eingestellt werden müssen. Diese Nachfrage nach Lehrkräften wird sich bis einschließlich 1963 ohne weiteres durch die hohe Zahl von Studienabschlüssen befriedigen lassen. 1964 wird es dann durch die Umstellung des Studiums von vier auf sechs Semester überhaupt keine Nachwuchslieferanten geben. Für die weiteren Jahre wird sich vermutlich vor allem der Rückgang der Abiturientenzahl ungünstig auf den Lehrernachwuchs auswirken. Es könnte sich ein gewisser Ausgleich dadurch ergeben, daß in der zweiten Hälfte des laufenden Jahrzehnts die Zahl der Pensionierungen zurückgehen wird.

Dipl.-Volksw. Lieselotte Korschey

Die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe mit 100 und mehr ha LN

1949 und 1960

Die Zahl der Betriebe mit 100 und mehr ha landwirtschaftlicher Nutzfläche (LN) hat von 1949 bis 1960 per Saldo um 17 Betriebe abgenommen. Das hat in der Öffentlichkeit und bei den Fachstellen überrascht, da in Anbetracht der starken Siedlungstätigkeit ein sehr viel stärkerer Rückgang erwartet worden war.

Im Zusammenhang mit der starken Abnahme der Zahl der Betriebe bis etwa 15 ha Größe wurde gelegentlich die Vermutung geäußert, daß in Schleswig-Holstein im vergangenen Jahrzehnt zahllose bäuerliche Existenzen in Großbetrieben aufgegangen seien. Daß dies nicht zutrifft, ist aus jeder Veröffentlichung des Statistischen Landesamtes über die Veränderung in der Betriebsgrößenstruktur klar zu ersehen: das Land der aus den Größenklassen unter 15 ha ausgeschiedenen Betriebe ist vielmehr hauptsächlich in die Betriebsgrößen zwischen 15 und 50 ha und damit also erst in die Größenordnung des modernen bäuerlichen Familienbetriebs

hineingewachsen. Nach weiteren bis jetzt vorliegenden Erhebungsergebnissen geschah das wahrscheinlich in erster Linie auf dem Wege der Pacht.

Die Veränderungen in der Betriebsgrößenklasse von 100 und mehr ha LN sind indessen viel komplizierter, als aus der einfachen Gegenüberstellung der Zahlen von 1960 und 1949 abgelesen werden kann. Um die tatsächlichen Veränderungen in dieser wichtigen Betriebsgrößenklasse näher aufzeigen zu können, sind eingehende Untersuchungen über die Identität der Betriebe 1960 mit den 1949 erfaßten Betrieben vorgenommen worden. Die hierfür notwendigen Arbeiten waren sehr schwierig, da es eine Vielzahl tatsächlich möglicher Veränderungen gibt, die alle auf wenige überschaubare Standardfälle zurückgeführt werden mußten. Um der Untersuchung die notwendige Zuverlässigkeit zu geben, sind zahlreiche Befragungen in den einzelnen Kreisen durchgeführt

worden. Die Ergebnisse können nunmehr als gesichert angesehen werden.

Zur Methode

Vereinfachend wird im folgenden nur von Betrieben gesprochen. Wie weiter unten gezeigt werden wird, sind darin auch Wirtschaftseinheiten enthalten, die eigentlich nicht als landwirtschaftliche Betriebe im engeren Sinne bezeichnet werden können.

In die Untersuchung einbezogen wurden alle Betriebe, die

1. am 22. Mai 1949
2. am 31. Mai 1960

eine landwirtschaftliche Nutzfläche von 100 und mehr ha umfassten.

Bei der Aufbereitung wurden folgende Gruppen unterschieden:

1. Betriebe, deren LN 1949 100 und mehr ha umfasste, die aber 1960 nicht mehr oder nur mit Flächen unter 100 ha vorhanden waren ("ausgeschiedene Betriebe")
2. Betriebe, deren LN sowohl 1949 als auch 1960 100 und mehr ha umfasste ("noch vorhandene Betriebe")
3. Betriebe, deren LN 1960 100 und mehr ha umfasste, die aber 1949 noch nicht oder nur mit Flächen unter 100 ha vorhanden waren ("neu entstandene Betriebe").

Bei den "ausgeschiedenen" und "neu entstandenen Betrieben" wurde nicht weiter geprüft, ob sie nachher in Teilen weiterbestanden haben bzw. vorher bereits in geringerer Grösse bestanden hatten. Es ist jedoch festgestellt worden, in welchem Umfang in diesen beiden "Fluktuationsgruppen" Betriebe beteiligt waren, deren landwirtschaftliche Nutzfläche

1. nur aus Pachtfläche,
2. aus weniger als 100 ha Eigenland,
3. aus 100 und mehr ha Eigenland

bestand. Diese Unterscheidung erscheint sinnvoll, da die Pacht als weniger stabil angesehen werden kann als das Eigentum. Eine vorübergehende Pacht von wenigen ha Nutzfläche zu einem bestehenden Eigentum unter 100 ha bei einer Reihe von Betrieben kann die Zahl der Betriebe von 100 und mehr ha landwirtschaftlicher Nutzfläche an den Zählungstichtagen u. U. stärker beeinflussen.

Einschränkend muss angemerkt werden, dass in den Betriebsbogen nicht die gepachtete landwirtschaftliche Nutzfläche, sondern die gepachtete Wirtschaftsfläche ausgewiesen ist. Bei Zupachtungen dürfte es sich in der Regel aber um landwirtschaftliche Nutzfläche handeln. Zweifelsfälle wurden bei der Bearbeitung geklärt.

Eine weitere Unterteilung, die aber nicht nur bei den Fluktuationsgruppen, sondern auch bei den in der Grösse von mindestens 100 ha bestehen gebliebenen Betrieben getroffen wurde, bezieht sich auf die Art der Betriebe. Dabei wurden unterschieden:

1. Normalbetriebe:
Betriebe, die sowohl Grünland als auch Ackerland, Viehbestand und in der Regel auch familienfremde Arbeitskräfte ausgewiesen hatten.
2. Vorlandbetriebe:
Betriebe, in denen Küstenvorländerien (an der Westküste) den grössten (oder ausschliesslichen) Teil der Fläche bilden, also auch Betriebe, in denen geringe Anteile auf dem Festland lagen.
3. Weidebetriebe:
Betriebe, deren landwirtschaftliche Nutzfläche ausschliesslich aus Dauergrünland - überwiegend Dauerweiden - bestand und die über einen Grossviehbestand verfügten.

4. Siedlungsträger:

Einheiten, bei denen am Zählungstichtag eine Siedlungsgesellschaft als Betriebsinhaber eingetragen war. Hierbei handelt es sich nicht immer um echte, geschlossene Betriebe, sondern auch um die Zusammenfassung mehrerer verstreut liegender Flächen, die sich in Zwischenbewirtschaftung befinden.

5. Sonstige Betriebe:

Versuchsgüter, Saatzuchtbetriebe, Betriebe von Krankenhäusern und Strafanstalten.

6. Sonstige Flächen:

Verschiedene Hutungen, die nur gelegentlich genutzt werden und bei denen von einem landwirtschaftlichen Betrieb im eigentlichen Sinne nicht gesprochen werden kann.

Es muss hier ausdrücklich betont werden, dass es sich bei den ausgewiesenen Zahlen um Stichtagsergebnisse handelt. Betriebsformen über 100 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche, die nach 1949 entstanden sind und vor 1960 wieder verschwunden waren, sind also nicht berücksichtigt. Bei der Zuordnung zu den einzelnen Betriebsarten, Grössenklassen und Eigentumsgruppen war der Zustand des Betriebs am jeweiligen Zählungstichtag massgebend. Es kommt dabei vielfach vor, dass der gleiche Betrieb zu den verschiedenen Stichtagen unterschiedlich angesprochen wurde. Trotzdem galt er dann als "noch vorhandener Betrieb" im Sinne der weiter oben beschriebenen Unterteilung.

Im Laufe der Untersuchung ist festgestellt worden, dass 1949 sechs Betriebe mit 100 und mehr ha LN nicht erfasst worden sind. Zum Teil handelte es sich dabei um Wirtschaftseinheiten, die eigentlich nicht als Betrieb im engeren Sinne angesprochen werden können, bei denen also Zweifel über die Notwendigkeit ihrer Erfassung bestanden haben. Die 6 Betriebe hatten eine landwirtschaftliche Nutzfläche von rd. 1000 ha. Sie sind im folgenden in die Zahl der Betriebe von 1949 aufgenommen worden. In allen übrigen Veröffentlichungen werden dagegen die für 1949 ausgewiesenen Zahlen nicht verändert werden. Bei der nachträglichen Aufbereitung der Zählungsunterlagen von 1949 haben sich ausserdem einige geringe Differenzen zu den 1949 veröffentlichten Zahlen ergeben, die hier nicht ausgeglichen worden sind.

Die Ergebnisse

Die Zahl der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe mit 100 und mehr ha LN war 1960, wie eingangs erwähnt, um 17 Einheiten mit rund 19 000 ha geringer als 1949. Dieses Ergebnis stellt aber nur den Saldo zwischen den Betriebszu- und -abgängen dar. Tatsächlich sind von den 1949 gezählten 595 Betrieben 110 Betriebe mit insgesamt 21 000 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche 1960 nicht mehr - also auch nicht unter anderen Bewirtschaftern u. dgl. - in der Betriebsgrössenklasse von 100 und mehr ha LN vorhanden gewesen! Demgegenüber sind 93 Betriebe mit 11 500 ha LN völlig neu in dieser Betriebsgrössenklasse

Tab. 1 Die Betriebe mit 100 und mehr ha LN 1949 und 1960

Grössenklasse - ha LN -	1960 gegenüber 1949 ausgeschiedene Betriebe		1949 sowie 1960 vorhandene Betriebe				1960 gegenüber 1949 neu aufgetretene Betriebe	
	Anzahl	LN in ha	Anzahl		LN in ha		Anzahl	LN in ha
			1949	1960	1949	1960		
100 - 150	53	6 177	177	202	21 522	24 561	84	9 661
150 - 200	19	3 284	89	78	15 361	13 514	5	836
200 und mehr	38	11 594	219	205	78 934	68 148	4	984
Insgesamt	110	21 055	485	485	115 817	106 223	93	11 481

aufgetreten. Die 485 in der Betriebsgrößenklasse verbliebenen Betriebe haben rund 9 600 ha LN abgegeben. Dadurch sind in der Zahl der Betriebe erhebliche Verschiebungen von den Größenklassen über 150 ha zur Größenklasse 100 - 150 ha eingetreten. Die 1949 vorhanden gewesenen Großbetriebe in ihrer Gesamtheit haben also im Laufe der 11 Jahre zwischen den Zählungen rund 30 600 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche abgegeben. Das ist mehr als ein Fünftel ihrer damaligen Nutzfläche.

Von den gegenüber 1949 ausgeschiedenen Betrieben waren 35% über 200 ha groß, 17% lagen in der Größe zwischen 150 und 200 ha und 48% zwischen 100 und 150 ha. Die 1960 gegenüber 1949 neu aufgetretenen Großbetriebe dagegen gehörten zu 90% der Größenklasse 100 - 150 ha an. Unter den ausgeschiedenen Betrieben befinden sich also in erheblicher Anzahl besonders große Betriebe, während bei den neu entstandenen Betrieben der Schwerpunkt eindeutig knapp über der 100 ha-Grenze liegt.

Auch in den Besitzverhältnissen unterscheiden sich die ausgeschiedenen Betriebe in charakteristischer Weise von den neu entstandenen. Bei den ausgeschiedenen Betrieben handelt es sich in erster Linie um Grundeigentum mit mindestens 100 ha. Man kann die reinen Pachtbetriebe in diesem Zusammenhang mit dem Grundeigentum über 100 ha gleichstellen, denn die Fläche dieser Betriebe gehört meistens auch nur einem Eigentümer. 98 der 110 Betriebe bestanden so gesehen aus einem geschlossenen Eigentum von mindestens 100 ha, während nur in 12 Betrieben die 100 ha-Grenze durch Zupacht überschritten worden war. Von den 93 neu aufgetretenen Betrieben dagegen entfallen auf diese zuletzt angeführte Gruppe allein 41. Unter den 11 neuen reinen Pachtbetrieben befanden sich 3 Vorländereien oder sonstige Flächen.

Tab. 2 Die Besitzverhältnisse der Betriebe in den Fluktuationsgruppen

Besitzverhältnisse (Wirtschaftsfläche)	1960 gegenüber 1949	
	ausgeschiedene	neu aufgetretene
	Betriebe	
Reine Pacht	36	11
Weniger als 100 ha Eigentum	12	41
Mehr als 100 ha Eigentum	62	41
Insgesamt	110	93

Schon aus diesen Zahlen läßt sich schließen, daß das Ausscheiden der Betriebe aus den Größenklassen über 100 ha in erster Linie eine

Folge der Siedlung ist und daß dagegen neue Betriebe stärker durch den Pachtverkehr in diese Größenklasse hineingewachsen sind. Die Feststellung der Ursachen in den Einzelfällen war besonders schwierig und nicht immer mit der erwünschten Zuverlässigkeit möglich. Die Übergänge zwischen den in der folgenden Tabelle 3 ausgewiesenen Gruppen sind daher zum Teil etwas fließend. Immerhin vermitteln die Zahlen einen guten Überblick über die Verhältnisse.

Tab. 3 Gründe für die Größenveränderung der Betriebe in den Fluktuationsgruppen

Gründe für die Veränderung	Betriebsgrößenklasse in ha LN			
	100 bis 150 ha	150 bis 200 ha	200 ha und mehr	Betriebe insgesamt
Anzahl				
1960 gegenüber 1949 ausgeschiedene Betriebe				
Vollständige Aufsiedlung	4	11	28	43
Teilweise Aufsiedlung 1	3	6	6	15
Pachtrückgabe, Verkauf, Auflösung 2 3	34	1	1	36
Erbfall, Bewirtschaftungsgründe 2	6	-	1	7
Überführung in außerlandw. Nutzung 2	6	1	2	9
Insgesamt	53	19	38	110
1960 gegenüber 1949 neu aufgetretene Betriebe				
Pacht, Kauf, Pachtrücknahme 2	63	3	-	66
Erbfall, Bewirtschaftungsgründe 2	17	2	4	23
Sonstige Gründe 4	4	-	-	4
Insgesamt	84	5	4	93

- 1) mit Restbetrieben unter 100 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche
- 2) ganz oder teilweise
- 3) Verkauf z. T. auch an Siedlungsträger
- 4) nicht näher festgestellt (Kultivierungsmaßnahmen usw.)

Von den 110 aus der Größenklasse 100 und mehr ha LN verschwundenen Betrieben sind mit Sicherheit 58 infolge der Siedlungstätigkeit ausgeschieden. Bei einer Reihe weiterer Betriebe haben ebenfalls Landverkäufe an die Siedlungsträger zu dem Ausscheiden geführt. Bei der Siedlung lag der Schwerpunkt eindeutig bei den Betrieben über 200 ha Größe. Es ist zu beachten, daß die Siedlungsfälle, in denen Restbetriebe von 100 und mehr ha LN bestehen blieben, in diesen Zahlen nicht enthalten sind. Die 1960 gegenüber 1949 neu aufgetretenen Betriebe sind in erster Linie durch Pacht und Zukauf in diese Größenklasse gekommen. Erbfälle und Zusammenfassungen zwecks gemeinsamer Bewirtschaftung stellen eine weitere nennenswerte Gruppe dar. Die Zahl der hierdurch begründeten Fälle ist jedenfalls erheblich größer als bei den ausgeschiedenen Betrieben im umgekehrten Fall. Letzteres mag daran liegen, daß vielfach Flächen "zusammengeheiratet" wurden. Daß es sich hier im wesentlichen um Betriebe zwischen 100 und 150 ha Größe handelt, wurde bereits erwähnt.

Tab. 4 Die Art der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe mit 100 und mehr ha LN 1949 und 1960

Art der Betriebe	Gesamtzahl 1949	davon			1960 gegenüber 1949 neu aufgetreten	Gesamtzahl 1960	Veränderung der Gesamtzahl 1960 gegenüber 1949
		bis 1960 ausgeschieden	1949 sowie 1960 vorhanden				
			1949	1960			
Anzahl							
Normalbetriebe	554	98	456	442	74	516	- 38
Vorlandbetriebe	10	2	8	8	8	16	+ 6
Weidebetriebe	3	2	1	1	5	6	+ 3
Siedlungsträger	9	5	4	11	4	15	+ 6
Sonstige Betriebe	12	1	11	18	-	18	+ 6
Sonstige Flächen	7	2	5	5	2	7	-
Insgesamt	595	110	485	485	93	578	- 17

Zur Abrundung des Bildes über den beschriebenen Betriebskreis ist es von Interesse, welcher Art die ausgeschiedenen und neu aufgetretenen Betriebe waren. Da sich aber auch innerhalb der bestehen gebliebenen Betriebe einige interessante Verschiebungen ergeben haben, werden in der Tabelle 4 auch diese Betriebe mit aufgeführt.

98 der 110 ausgeschiedenen Betriebe waren normale land- und forstwirtschaftliche Betriebe, also etwa das, was man in Schleswig-Holstein als Gutsbetriebe bezeichnet. Die übrigen Formen traten demgegenüber zahlenmäßig völlig in den Hintergrund, abgesehen von den 5 Betrieben, die sich in Händen der Siedlungsträger befanden. Von den 93 neu entstandenen Betrieben sind immerhin auch 74 als normale Betriebe zu bezeichnen. Daneben sind aber 8 Vorlandbetriebe und 5 Weidebetriebe neu entstanden. Unter letzteren waren 4, die zu einem kleinen Grundeigentum Flächen hinzugepachtet haben und in die Größenklasse über 100 ha hineingewachsen sind, sämtlich auf der Geest belegen und wahrscheinlich Pächter von Marschweiden. Von den 8 neuen Vorlandbetrieben sind 2 reine Pachtbetriebe. In den restlichen 6 ist ebenfalls zu einer geringen Eigentumsfläche das Vorland hinzugepachtet worden. Die 4 neu entstandenen Betriebe von Siedlungsträgern sind keine Betriebe im eigentlichen Sinne, sondern Zusammenfassungen verschie-

dener Siedlungsteilflächen. - Von den 485 Betrieben, die sowohl 1949 als auch 1960 in der Größenklasse über 100 ha waren, sind 1949 456 als Normalbetriebe angesprochen worden, 1960 dagegen nur noch 442. 7 dieser Betriebe sind an Siedlungsgesellschaften übergegangen und weitere 7 wurden Versuchsbetriebe, Saat-zuchtbetriebe u. dgl.

Abschließend noch ein Blick auf die geographische Verteilung der Betriebe. Dabei soll die Darstellung auf die beiden Fluktuationsgruppen beschränkt werden, da die Veränderung der Gesamtzahl der Betriebe bereits in anderem Zusammenhang beschrieben worden ist.¹

Entsprechend der Hauptverbreitung der Betriebe mit 100 und mehr ha LN lagen die weitaus meisten der ausgeschiedenen Betriebe im Hügelland, hauptsächlich in Ostholstein. Auf die übrigen Räume zusammen entfiel nur ein knappes Drittel. Die neu entstandenen Betriebe lagen demgegenüber zu fast zwei Dritteln in Geest und Marsch und nur zu einem Drittel im Hügelland. In einem Teil der Geestbetriebe wurden Marschweiden hinzugepachtet und dadurch die 100 ha-Grenze überschritten. Bei den hinzugekommenen Marschbetrieben handelt es sich nur zur Hälfte um solche, die hier als Normalbetriebe bezeichnet worden sind. Die andere Hälfte sind Vorlandbetriebe, Betriebe von Siedlungsträgern und sonstige Flächen.

Tab. 5 Die Betriebe in den Fluktuationsgruppen nach Naturräumen

Naturraum	1960 gegenüber 1949							
	ausgeschiedene Betriebe				neu aufgetretene Betriebe			
	Betriebsgrößenklasse in ha LN							
	100 bis 150	150 bis 200	200 und darüber	ins-ges.	100 bis 150	150 bis 200	200 und darüber	ins-ges.
Marsch	12	1	1	14	21	2	1	24
Hohe Geest	10	1	1	12	18	1	1	20
Vorgeest	6	-	1	7	15	1	-	16
Hügelland	25	17	35	77	30	1	2	33
Schleswig-Holstein	53	19	38	110	84	5	4	93

Zusammenfassend ergibt sich, daß in der Zahl der Betriebe mit 100 und mehr ha LN zwischen 1949 und 1960 erheblich größere Veränderungen stattgefunden haben, als aus der einfachen Gegenüberstellung der Gesamtzahl zu ersehen ist. Es kann sogar von einem Strukturwandel gesprochen werden. Auf der einen Seite ist eine erhebliche Anzahl besonders großer Betriebe ausgeschieden oder durch Abgabe von Grundeigentum kleiner geworden; verursacht sind diese Veränderungen hauptsächlich durch die staatliche Siedlungspolitik. Auf der anderen

1) Stat. Monatsh. S.-H. 1961 (April)

Seite sind neue Betriebe durch Zupachtung, zum Teil aber auch durch Zukauf, Erbschaft oder gemeinsame Bewirtschaftung in diese Größenklasse hineingewachsen. In den weitaus meisten

Fällen ist dabei die 100 ha-Grenze nur geringfügig überschritten worden.

Dr. Dieter Mohr

Die Zerlegung einheitlicher Gewerbesteuer-Meßbeträge

Ergebnisse der Gewerbesteuer-Statistik 1958

Im Veranlagungsverfahren bei der Gewerbesteuer ergibt sich aus den Steuermeßbeträgen nach dem Gewerbeertrag und dem Gewerkekaptal der einheitliche Steuermeßbetrag. Die Gemeinden erheben die Steuer, indem sie die einheitlichen Meßbeträge mit einem für alle Steuerpflichtigen der Gemeinde gleich hohen Hebesatz vervielfältigen (Meßbetrag x Hebesatz = Steuerschuld).

Da aber die Unternehmen und nicht einzelne Betriebsstätten Steuerschuldner sind, wird der einheitliche Meßbetrag des Unternehmens auf alle Gemeinden verteilt, in denen Betriebsstätten dieses Unternehmens vorhanden sind.

Mit diesem Zerlegungsverfahren wird erreicht, daß jede Gemeinde nach einem bestimmten Schlüssel (Arbeitslöhne, Betriebseinnahmen) einen Anteil an der Gewerbesteuer erhält. Ohne Zerlegung hätten nämlich Gemeinden, die als Unternehmenssitz bevorzugt werden, einen beachtlichen finanziellen Vorteil gegenüber Gemeinden, in denen nur Betriebsstätten vorhanden sind. Die finanzielle Bewegungsfreiheit der "Betriebsgemeinden" wäre bei erhöhten zwangsläufigen Aufwendungen z. B. für Schulen und ähnliche Einrichtungen als Folge eines beschäftigungsintensiven Industriebetriebes stark eingeschränkt, während den "Unternehmensgemeinden" mit vergleichsweise geringerem Aufwand im Zusammenhang mit den relativ wenigen Beschäftigten der Unternehmensführung der volle Gewerbesteuerertrag des gesamten Unternehmens zur Verfügung stehen würde.

Die Auswirkungen der Zerlegung stellen sich für Schleswig-Holstein wie folgt dar:

Der einheitliche unzerlegte Steuermeßbetrag belief sich auf 43,5 Mill. DM im Jahre 1958. Für Betriebsstätten, die zu einem Unternehmen mit Sitz außerhalb des Landes gehörten, kamen 7,3 Mill. DM Zerlegungsanteile nach Schleswig-Holstein. Demgegenüber gingen 1,2 Mill. DM an Gemeinden in anderen Ländern des Bundesgebietes. Es verblieb für Schleswig-Holstein also ein Nettozugang an Zerlegungsanteilen von 6,1 Mill. DM. Im einzelnen ist die Beteiligung der verschiedenen Bundesländer an dem Zugang

und Abgang von Meßbeträgen aus nachstehender Übersicht zu entnehmen:

Zerlegungsanteile in 1 000 DM

	erhalten von:	abgegeben an:	Saldo
Hamburg	3 974	326	+ 3 648
Niedersachsen	139	132	+ 8
Bremen	34	49	- 16
Nordrhein-Westfalen	1 547	487	+ 1 060
Hessen	320	35	+ 285
Rheinland-Pfalz	253	27	+ 226
Baden-Württemberg	154	25	+ 129
Bayern	264	41	+ 223
Berlin (West)	582	29	+ 553
Zusammen	7 266	1 152	+ 6 114

Bei der engen wirtschaftlichen Verflechtung zwischen Hamburg und Schleswig-Holstein ist es nicht verwunderlich, daß mehr als die Hälfte des Zerlegungsüberschusses von Unternehmen mit Hauptsitz in Hamburg kommt. An zweiter Stelle folgt Nordrhein-Westfalen. Mit einer Ausnahme (Bremen) erhält Schleswig-Holstein aus allen Ländern mehr Zerlegungsbeträge als es abgibt. Damit erhöhte sich der Meßbetrag auf 49,6 Mill. DM. Den schleswig-holsteinischen Gemeinden standen dadurch etwa 17 Mill. DM mehr an Gewerbesteuer zur Verfügung, als sie ohne Berücksichtigung der Zerlegung erhalten hätten. Aus den unzerlegten Meßbeträgen errechnet sich ein Steuersoll von rund 120 Mill. DM, so daß reichlich ein Achtel des schleswig-holsteinischen Gewerbesteueraufkommens auf der Zerlegung beruht.

An dem gesamten Zerlegungsüberschuß von 6,1 Mill. DM waren die vier kreisfreien Städte mit gut einem Drittel beteiligt.

Sie wiesen in allen Fällen mehr Zugänge als Abgänge nach; der Überschuß schwankte zwischen 8% der unzerlegten Meßbetragssummen in Lübeck und 22% in Neumünster.

Für die Landkreise zusammengenommen stellte sich der "Zerlegungsgewinn" auf nahezu 4 Mill. DM, das bedeutet rund 11 Mill. DM mehr an Gewerbesteuern. Die Zerlegung bewirkte hier eine Erhöhung der effektiven Meßbeträge und damit auch des Steuersolls um mehr als 16%. Mit einer Ausnahme (Landkreis Rendsburg) überschritt auch in allen Landkreisen die

Tab. 1 Die Steuermeßbeträge vor und nach der Zerlegung in Schleswig-Holstein

Kreisfreie Stadt Landkreis	Einheitlicher Steuermeßbetrag nach Gewerbeertrag und Gewerbekapital				Zerlegungsgewinn (+) bzw. Zerlegungsverlust (-)	
	vor der Zerlegung	Zerlegung		nach der Zerlegung	1 000 DM	in % der Sp. 1
		Zugang	Abgang			
	1 000 DM					
1	2	3	4	5	6	
Flensburg-Stadt	2 671	333	66	2 938	+ 267	+ 10
Kiel	7 534	1 429	448	8 514	+ 981	+ 13
Lübeck	7 956	1 401	768	8 589	+ 633	+ 8
Neumünster	1 539	394	50	1 883	+ 344	+ 22
Kreisfreie Städte	19 700	3 557	1 332	21 925	+ 2 225	+ 11
Eckernförde	521	126	31	617	+ 96	+ 18
Eiderstedt	198	48	13	233	+ 35	+ 18
Eutin	1 295	98	52	1 341	+ 46	+ 4
Flensburg-Land	384	76	14	447	+ 62	+ 16
Hzgt. Lauenburg	1 773	476	71	2 179	+ 406	+ 23
Husum	739	124	11	853	+ 114	+ 15
Norderdithm.	723	93	26	790	+ 67	+ 9
Oldenburg (H.)	964	230	12	1 182	+ 218	+ 23
Pinneberg	4 413	899	198	5 114	+ 701	+ 16
Plön	908	138	49	997	+ 89	+ 10
Rendsburg	3 263	334	715	2 883	- 380	- 12
Schleswig	1 158	145	14	1 289	+ 131	+ 11
Segeberg	1 032	142	109	1 065	+ 33	+ 3
Steinburg	2 522	825	63	3 284	+ 762	+ 30
Stormarn	1 860	1 032	74	2 819	+ 959	+ 52
Süderdithm.	934	509	17	1 426	+ 492	+ 53
Südtondern	1 067	74	16	1 125	+ 58	+ 5
Landkreise	23 753	5 372	1 483	27 642	+ 3 889	+ 16
Schlesw.-Holst.	43 453	8 929	2 815	49 567	+ 6 114	+ 14

Summe der Zugänge jeweils die Summe der Abgänge. Der Kreis Rendsburg stellt einen Sonderfall dar; hier waren die Abgänge an Zerlegungsanteilen größer als die Zugänge. Der "Zerlegungsverlust" belief sich auf 380 000 DM oder über 10% der unzerlegten Meßbeträge. Die Zerlegungsgewinne waren in den Landkreisen Süderdithmarschen, Stormarn und Steinburg überdurchschnittlich hoch. Sie machten für Süderdithmarschen und Stormarn mehr als die Hälfte der unzerlegten Meßbetragssummen dieser Kreise aus, in Steinburg noch knapp ein Drittel. Unter dem Durchschnitt liegen die Landkreise Segeberg und Eutin mit 3 bzw. 4%.

Je kleiner die Gemeinden sind, umso weniger gleichen sich Zerlegungsgewinne einerseits und Zerlegungsverluste andererseits aus, umso häufiger treten also Gemeinden mit Zerlegungsgewinnen und Zerlegungsverlusten auf. Wegen der Fülle des vorliegenden Materials kann dieser Sachverhalt hier nur an einigen besonders extremen Fällen demonstriert werden: So war für die Stadt Ahrensburg die Meßbetragssumme nach der Zerlegung fast fünfmal so groß wie vorher, d.h. ohne Zerlegung hätte die Stadt Ahrensburg nur ungefähr den fünften Teil ihres Gewerbesteueraufkommens erhalten. Genau umgekehrt liegt der Fall in der Stadt

Rendsburg, sie wies einen Zerlegungsverlust von mehr als 600 000 DM auf, das war bei einer Meßbetragssumme von 2 Mill. DM ungefähr ein Drittel. Das Steueraufkommen verminderte sich in Rendsburg um etwa 1,8 Mill. DM.

Betrachtet man die Auswirkungen der Zerlegung in wirtschaftlicher Gliederung, dann zeigt sich, daß in einigen Bereichen die Zerlegung kaum, in anderen jedoch von erheblicher Bedeutung ist.

Tab. 2 Der Zerlegungsgewinn an Steuermeßbeträgen nach wirtschaftlicher Gliederung

Wirtschaftliche Gliederung	Einheitlicher Steuermeßbetrag nach Gewerbeertrag und Gewerbekapital				Zerlegungsgewinn (+) bzw. Zerlegungsverlust (-)	
	vor der Zerlegung	Zerlegung		nach der Zerlegung	1 000 DM	in % der Sp. 1
		Zugang	Abgang			
	1 000 DM					
	1	2	3	4	5	6
Land-, Forst-, Jagdwirtschaft, Fischerei	105	6	6	104	- 1	- 1
Produzierendes Gewerbe	22 774	6 614	1 716	27 671	+ 4 897	+ 32
davon						
Industrie	15 854	6 325	1 522	20 658	+ 4 804	+ 30
Handwerk ¹	5 200	122	71	5 251	+ 50	+ 1
Sonst. prod. Gewerbe	1 719	168	124	1 762	+ 43	+ 2
Großhandel	5 503	819	536	5 784	+ 282	+ 5
Einzelhandel	7 734	849	233	8 349	+ 615	+ 8
Sonstige Wirtschaftsbereiche	7 337	643	322	7 657	+ 320	+ 4
Insgesamt	43 453	8 929	2 815	49 567	+ 6 114	+ 14

1) in der Handwerksrolle eingetragene Steuerpflichtige

Den größten Anteil nicht nur an der Meßbetragssumme sondern auch am Zerlegungsgewinn hatte die Industrie; sie war an den unzerlegten Meßbeträgen mit 36%, an dem gesamten Zerlegungsgewinn mit knapp 80% beteiligt.

Infolge der Zerlegung erhöhte sich der Meßbetrag der Industrie um 30% und damit stärker als im Schnitt aller Wirtschaftsbereiche (+14%).

Im Handwerk, das seiner Struktur nach mehr Einbetriebsunternehmen aufweist als Industrie und Handel, war die Differenz zwischen unzerlegten und zerlegten Meßbeträgen geringfügig (1%).

Begriffe und Methoden

Die wirtschaftliche Zuordnung der Betriebsstätten musste nach dem wirtschaftlichen Schwerpunkt des Unternehmens vorgenommen werden. Mögliche Differenzen zwischen der Wirtschaftstätigkeit des Unternehmens und einzelner Betriebsstätten wurden in Kauf genommen.

Unter den rd. 62 000 Gewerbesteuer zahlenden Unternehmen des Landes gab es über 1 700, die neben dem Hauptsitz in einer Gemeinde noch Betriebsstätten (Niederlagen, Filialen usw.) in einer oder mehreren anderen Gemeinden hatten. Dabei wurde für die juristischen Personen (d. h. AG., GmbH. u. ä.) ungleich häufiger eine Zerlegung notwendig als bei den natürlichen Personen und Personengesellschaften,

und zwar war etwa jede achte Körperschaft ein Zerlegungsfall, während bei den natürlichen Personen und Personengesellschaften nur für jede vierzigste eine Zerlegung des einheitlichen Steuermessbetrages in Frage kam.

Im Landesdurchschnitt bestand jeder Zerlegungsfall aus etwa vier effektiven Zerlegungsanteilen, mit anderen Worten: Neben der "Unternehmensgemeinde" waren drei "Betriebsgemeinden" vorhanden, denen aus der Zerlegung einheitlicher Messbeträge Anteile an diesen (Zerlegungsanteile) und damit entsprechende Gewerbesteuererinnahmen zufließen.

Die zahlenmäßigen Aussagen über die Häufigkeit von Zerlegungs-fällen und Zerlegungsanteilen sind als Mindestangaben zu werten, da wegen steuerrechtlicher Vorschriften (§ 34 GewStG) nicht alle Gewerbesteuerpflichtigen, die Mehrbetriebsunternehmen sind, auch als Zerlegungsfall sichtbar werden.

Mit diesen Vorbehalten kann aber gesagt werden, dass die weitaus überwiegende Zahl von Zerlegungs-fällen (70 %) Unternehmen darstellen, die ausser dem Hauptsitz in einer weiteren Gemeinde eine Betriebsstätte unterhalten. Bei ungefähr einem Sechstel der Zerlegungs-fälle sind in zwei bis drei Gemeinden Betriebsstätten vorhanden; weniger als zehn von Hundert der überhaupt festgestellten Zerlegungs-fälle haben in vier bis neun Gemeinden Betriebsstätten. Die restlichen 3 % sind Einzelfälle, in denen durch die Zerlegung jeweils zehn und mehr Gemeinden Anteile erhalten; hierunter sind auch Unternehmen, an deren Gewerbesteuerkraft 100 und mehr Gemeinden teilhaben.

Dipl.-Volksw. Siegfried Schwarz

Vergleiche auch: "Gewerbeertrag, Gewerkekapi-tal und Meßbeträge in Schleswig-Holstein" in Stat. Monatsh. S.-H. 1961, S. 196 (September)

Die Umsatzstruktur in Schleswig-Holstein

Ergebnisse der Umsatzsteuerstatistik 1960

Die Gliederung der Umsätze nach Größenklassen ermöglicht Aussagen über die Struktur der einzelnen Wirtschaftsbereiche. Diese an und für sich schon interessante Betrachtungsweise gewinnt durch die im Augenblick laufende Enquête über die Konzentration in der Wirtschaft¹ und die Bemühungen der Bundesregierung um die Mittelstandspolitik an Bedeutung, da die Größenklassengliederung Unterlagen für die Klärung der Marktstellung der Unternehmen und deren Veränderungen liefern kann.

Um die Umsatzstruktur deutlicher hervorheben zu können, wurden die zahlreichen Größenklassen zu drei Gruppen zusammengefaßt:

1. Untere Gruppe (8 500 DM bis 100 000 DM Umsatz)
2. Mittlere Gruppe (100 000 DM bis 2 Mill. DM Umsatz)
3. Obere Gruppe (2 Mill. DM und mehr Umsatz)

Weitere Verstärkung
der mittleren und oberen Größenklassen

Bei einer Betrachtung des Zeitraumes 1958 bis 1960 stellt man fest, daß die Zahl der Steuerpflichtigen in Schleswig-Holstein trotz Erhöhung der Erfassungsgrenze von 8 000 DM auf 8 500 DM um über 1 500 zugenommen hat. Diese Zunahme schlägt sich jedoch nicht in der unteren Gruppe nieder, wo im Gegenteil eine Abnahme festzustellen ist, sondern in der mittleren und der oberen, wo die Anzahl der Steuerpflichtigen gegenüber 1958 zusammen um über 13% angestiegen ist. Ihr Anteil an der Gesamtzahl der Steuerpflichtigen hat sich damit auf etwa 37% ausgedehnt. Diese Entwicklung läßt erkennen, daß sich der wirtschaftliche Aufschwung in den Jahren 1958 bis 1960 weniger in Neugründungen als in einem Aufrücken der Unternehmungen in die mittlere und obere Gruppe ausgewirkt hat. Ob das Aufrücken in

diese Gruppen zum Teil durch Preissteigerungen bedingt ist, läßt sich zwar vermuten, ist jedoch aus der Umsatzsteuerstatistik nicht erkennbar. Ein Vergleich mit der Bundesrepublik zeigt, daß hier fast die gleiche Entwicklung stattgefunden hat. Die Anzahl der Steuerpflichtigen stieg in der mittleren und oberen Gruppe um 14% an, in der unteren Gruppe war sie ebenfalls rückläufig.

Die obere Gruppe hat auch ihren Anteil am Gesamtumsatz in Schleswig-Holstein gegenüber 1958 verstärken können; er ist um 18% auf fast die Hälfte angewachsen. Die untere Gruppe ist dagegen nur noch mit knapp einem Zehntel beteiligt; 1958 entfielen auf sie noch über 11%. Der Anteil der mittleren Gruppe hat sich kaum verändert. Er liegt weiterhin bei etwa vier Zehnteln.

Bei den Umsätzen läuft die Entwicklung in Schleswig-Holstein mit der des Bundesgebietes nicht parallel, da im Bundesgebiet nicht nur der Anteil der unteren Gruppe am Gesamtumsatz abgenommen hat, sondern auch der der mittleren. Um so stärker ist das Anwachsen dort in der oberen Gruppe: 1958 betrug der Anteil nur knapp zwei Drittel, 1960 waren es schon fast sieben Zehntel. Allein von den Unternehmen mit 100 Mill. DM und mehr Jahresumsatz wurden 1960 in der Bundesrepublik drei Zehntel der Umsätze erwirtschaftet; in Schleswig-Holstein dagegen nur 4%, ihr Anteil ist hier sogar rückläufig. Diese Diskrepanz liegt zum Teil daran, daß in Schleswig-Holstein weniger Großunternehmen ansässig sind als in anderen Bundesländern, zum anderen aber, daß der Umsatz der wenigen Großunternehmen, die Schleswig-Holstein besitzt, häufig durch Organkreisbildung außerhalb des Landes statistisch erfaßt werden. Dies ändert jedoch nichts an dem Gesamtbild, daß sich auch in Schleswig-Holstein eine weitere Verlagerung in die mittlere und obere Gruppe vollzogen hat.

1) Gesetz vom 31. 12. 1960, BGBl. I 1961, S. 9

Tab. 1

Steuerpflichtige und ihr Umsatz 1960 nach Umsatzgrößenklassen

Umsatzgrößenklasse (DM)	Schleswig-Holstein				Bundesgebiet ¹			
	Steuerpflichtige		Gesamtumsatz		Steuerpflichtige		Gesamtumsatz	
	Anzahl	%	Mill. DM	%	Anzahl	%	Mill. DM	%
8 500 – 100 000 dagegen 1958 ²	41 513	63,4	1 752	9,9	1 138 253	66,3	46 819	6,7
	42 770	67,0	1 736	11,2	1 154 798	69,4	45 690	7,9
100 000 – 250 000	14 083	21,5	2 195	12,4	329 548	19,2	51 148	7,3
250 000 – 500 000	5 007	7,7	1 722	9,7	118 374	6,9	40 965	5,8
500 000 – 1 Mill.	2 378	3,6	1 653	9,3	60 385	3,5	42 166	6,0
1 Mill. – 2 Mill.	1 252	1,9	1 745	9,8	33 386	1,9	46 539	6,6
100 000 – 2 Mill. dagegen 1958	22 720	34,7	7 315	41,2	541 693	31,6	180 818	25,8
	20 120	31,5	6 415	41,3	478 827	28,8	157 526	27,4
2 Mill. – 5 Mill.	812	1,2	2 483	14,0	22 032	1,3	67 483	9,6
5 " – 10 "	213	0,3	1 458	8,2	7 292	0,4	50 693	7,2
10 " – 25 "	119	0,2	1 804	10,2	4 130	0,2	62 890	9,0
25 " – 50 "	34	0,1	1 213	6,8	1 236	0,1	42 912	6,1
50 " – 100 "	16	0,0	1 031	5,8	539	0,0	37 312	5,3
100 " und mehr	4	0,0	708	4,0	499	0,0	211 436	30,2
2 Mill. und mehr dagegen 1958	1 198	1,8	8 697	49,0	35 728	2,1	472 726	67,5
	984	1,5	7 380	47,5	29 355	1,8	372 691	64,7
Insgesamt dagegen 1958	65 431	100	17 764	100	1 715 674	100	700 361	100
	63 874	100	15 532	100	1 662 980	100	575 907	100

1) ohne Saarland, einschl. Berlin (West) 2) 1958: ab 8 000 DM

Quelle: Bundesgebiet: Wirtschaft und Statistik, 1961, S. 704 (Dezember)

Statistik der BR Deutschland, Bd. 240, Die Umsätze der Unternehmen und ihre Besteuerung 1958

Weniger als 2% der schleswig-holsteinischen Steuerpflichtigen erwirtschafteten fast die Hälfte der Umsätze

Die oben dargelegte Entwicklung zeigt deutlich, daß sich die Konzentration der Umsätze auf nur wenige Unternehmen verstärkt hat. Betrachtet man die Ergebnisse der Umsatzsteuerstatistik 1960 in der oben angeführten Gruppierung, so ergeben sich interessante Perspektiven: Die untere Gruppe umfaßt beinahe zwei Drittel aller Steuerpflichtigen, war jedoch am Umsatz mit nur einem Zehntel beteiligt. Diese Gruppe zahlte ein Achtel der gesamten Umsatzsteuer. In der mittleren Gruppe befinden sich mehr als ein Drittel der Steuerpflichtigen. Sie tätigten vier Zehntel der Gesamtumsätze und erbrachten die Hälfte der Umsatzsteuer. Die Gruppe der mittleren Steuerpflichtigen war also für den

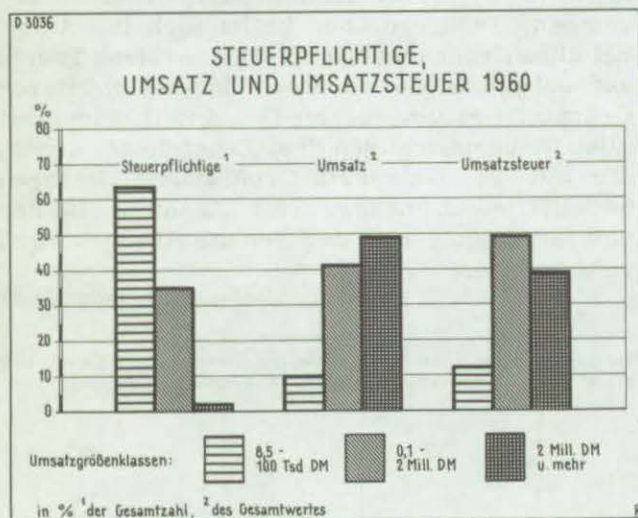
Staat die ertragreichste. Eine starke Ballung ergibt sich in der oberen Gruppe, wo von nicht einmal 2% aller Steuerpflichtigen die Hälfte der Gesamtumsätze erzielt wurde. Am Steuerertrag waren sie mit 40% beteiligt.

Noch deutlicher läßt sich das Gewicht der oberen Gruppe darstellen, wenn man die unterste Größenklasse (8 500 DM bis 10 000 DM) mit der oberen Gruppe (2 Mill. DM und mehr) vergleicht. Beide stellen etwa je 2% der Steuerpflichtigen, die obere Gruppe setzte jedoch 8,7 Mrd. DM um, die unterste Klasse dagegen nur 12 Mill. DM, was einem Verhältnis von über 700 : 1 entspricht.

In den einzelnen Wirtschaftsbereichen ergeben sich recht unterschiedliche Verhältnisse.

Handwerk: Mittlere Gruppe mit zwei Dritteln am Umsatz beteiligt

Beim produzierenden Handwerk ist die Tendenz der Konzentration von großen Umsätzen auf nur wenige Unternehmen nicht so ausgeprägt. Zwar ist auch hier die obere Gruppe, zu der noch



Tab. 2 Die Umsatzstruktur im Handwerk

Umsatzgrößenklasse (DM)	Steuerpflichtige		Gesamtumsatz		Umsatzsteuer	
	Anzahl	%	Mill. DM	%	Mill. DM	%
8 500 – 100 000	9 158	62,5	385	16,6	11,7	15,0
100 000 – 2 Mill.	5 423	37,0	1 547	66,6	55,4	71,3
2 Mill. und mehr	83	0,6	391	16,8	10,6	13,7
Insgesamt	14 664	100	2 323	100	77,7	100

nicht einmal 1% der Steuerpflichtigen gehören, mit einem Sechstel am Umsatz beteiligt, auch die untere Gruppe brachte es auf den gleichen Anteil, allerdings stellt sie mehr als sechs Zehntel der steuerpflichtigen Handwerksbetriebe. Besonders auffällig ist beim Handwerk, daß gut ein Drittel der Steuerpflichtigen, die sich in der mittleren Gruppe befinden, zwei Drittel des Gesamtumsatzes erwirtschafteten. Sie zahlten auch sieben Zehntel der Umsatzsteuer.

Einzelhandel: Mittlere Gruppe mit 62% am Umsatz beteiligt

Auch im Einzelhandel hat die mittlere Gruppe mit 62% den größten Anteil am Gesamtumsatz; ihr Anteil an der Gesamtzahl der Steuerpflichtigen war mit 44% sogar noch größer als beim Handwerk. Sie trägt zwei Drittel der Umsatzsteuer dieses Wirtschaftsbereiches. Man kann auch hier von einem Vorherrschen der mittleren Unternehmen sprechen. Die obere Gruppe erzielte jedoch bei etwa gleichem Anteil an der Zahl der Steuerpflichtigen wie im Handwerk schon über ein Fünftel des Einzelhandelsumsatzes, während im Handwerk nur ein Sechstel des Handwerksumsatzes auf die "großen" Steuerpflichtigen entfiel.

Tab. 3 Die Umsatzstruktur im Einzelhandel

Umsatzgrößenklasse (DM)	Steuerpflichtige		Gesamtumsatz		Umsatzsteuer	
	Anzahl	%	Mill. DM	%	Mill. DM	%
8 500 - 100 000	10 950	55,2	537	15,3	16,8	14,8
100 000 - 2 Mill.	8 745	44,1	2 187	62,4	73,3	64,4
2 Mill. und mehr	144	0,7	780	22,3	23,6	20,8
Insgesamt	19 839	100	3 503	100	113,7	100

Industrie: Ein Viertel der Steuerpflichtigen erwirtschaftet nur 1% des Gesamtumsatzes

In der Industrie ist, wie zu erwarten, ein deutliches Übergewicht der großen Unternehmen erkennbar. Die obere Gruppe umfaßt knapp ein Fünftel aller Steuerpflichtigen, sie erzielte

Tab. 4 Die Umsatzstruktur in der Industrie

Umsatzgrößenklasse (DM)	Steuerpflichtige		Gesamtumsatz		Umsatzsteuer	
	Anzahl	%	Mill. DM	%	Mill. DM	%
8 500 - 100 000	397	16,5	20	0,4	0,6	0,5
100 000 - 2 Mill.	1 548	64,4	964	19,5	20,7	17,9
2 Mill. und mehr	459	19,1	3 967	80,1	94,7	81,6
Insgesamt	2 404	100	4 951	100	116,0	100

jedoch über vier Fünftel der Industrieumsätze. In der mittleren Gruppe wurde von beinahe zwei Dritteln der Steuerpflichtigen nur knapp ein Fünftel des Umsatzes erstellt. Die untere Gruppe fällt mit nicht einmal 1% des Gesamtumsatzes überhaupt nicht ins Gewicht, obwohl sie ein Sechstel der Steuerpflichtigen enthält. Die Umsatzsteuer verteilt sich in der Industrie ungefähr in der prozentualen Höhe der Umsätze auf die drei Gruppen.

Großhandel: Ein Drittel der Steuerpflichtigen erwirtschaftet nur 1% des Gesamtumsatzes

Im Großhandel sind ebenfalls die "großen" Unternehmen vorherrschend. Ein Zehntel der Steuerpflichtigen, die sich in der oberen Gruppe befinden, erzielte weit über zwei Drittel des Großhandelsumsatzes. Das bedeutet andererseits, daß von der unteren und mittleren Gruppe, die über neun Zehntel der Steuerpflichtigen erfaßt, nur drei Zehntel der Umsätze nachgewiesen wurden. Ebenso wie bei der Industrie ist der Umsatzanteil der unteren Gruppe unbedeutend, obwohl sie fast ein Drittel der Steuerpflichtigen enthält.

Tab. 5 Die Umsatzstruktur im Großhandel

Umsatzgrößenklasse (DM)	Steuerpflichtige		Gesamtumsatz		Umsatzsteuer	
	Anzahl	%	Mill. DM	%	Mill. DM	%
8 500 - 100 000	1 295	31,3	60	1,4	0,8	2,3
100 000 - 2 Mill.	2 467	59,5	1 288	29,7	13,8	41,3
2 Mill. und mehr	381	9,2	2 993	68,9	18,8	56,4
Insgesamt	4 143	100	4 342	100	33,3	100

Vergleicht man hiermit die Umsatzstruktur derjenigen Steuerpflichtigen, die im Großhandel nach § 7, Ziffer 3 UStG mit 1% versteuerte Umsätze nachwiesen - das waren 3 400 Steuerpflichtige mit 1,7 Mrd. DM Umsatz -, so ergibt sich, daß unter diesen die "großen" Unternehmen nur sechs Zehntel der Umsätze erreichen. Demgegenüber belief sich ihr Anteil bei allen Großhandelsunternehmen (siehe Tab. 5) auf nahezu sieben Zehntel. In der mittleren Gruppe ist es umgekehrt: Der Anteil betrug bei allen Steuerpflichtigen drei Zehntel, bei denen, die mit 1% besteuerte Großhandelsleistungen hatten, jedoch nahezu vier Zehntel. In der unteren Gruppe sind dagegen die Abweichungen unbedeutend.

Dipl.-Volksw. Walter Dahms

Vergleiche auch: "Die steuerpflichtigen Umsätze in Schleswig-Holstein" in Stat. Monatsh. S.-H. 1962, S. 54 (Februar)

Die Preise für Übernachtung, Vollpension und Frühstück

Seit 1959 erfaßt die amtliche Statistik jedes Jahr im August die Preise für die Leistungen im Beherbergungs- und Gaststättengewerbe¹, und zwar die Preise für Übernachtungen, Vollpension, Frühstück, Speisen und Getränke. Näheres über das Erhebungsverfahren und die Ergebnisse für August 1959 findet der interessierte Leser im Maiheft des vorigen Jahres. Dieser Aufsatz beschränkt sich weitgehend darauf, die Beherbergungspreise im August 1960 und ihre Entwicklung seit August 1959 zu kommentieren und hat somit die Gelegenheit, diesen Teilbereich eingehender zu behandeln, als es im Rahmen einer Untersuchung aller Leistungen des Beherbergungs- und Gaststättengewerbes möglich wäre. Die Darstellung der Speisen- und Getränkepreise im Jahre 1960 soll einer späteren Veröffentlichung vorbehalten bleiben.

Das Preisgefüge im August 1960

Der Begriff "Übernachtung" umfaßt eine Reihe verschiedenartiger Einzelleistungen. Wenn ein Gast in einem Hotel Quartier nimmt, so stellt ihm der Hotelier nicht nur ein Bett zur Verfügung, sondern in der Regel mindestens ein Zimmer samt Einrichtung. Der Gast kann außerdem die für alle Gäste bestimmten Spezialräume des Hotels mitbenutzen und bestimmte Dienstleistungen des Personals "konsumieren". Unter "Übernachtungspreis" wird in diesem Aufsatz allerdings nur der monetäre Gegenwert für das Überlassen eines Einbettzimmers verstanden; Bad, Garage, Frühstück und Bedienung sind nicht einberechnet. Da die Übernachtungspreise im August erhoben werden, enthalten sie auch keinen Zuschlag für Heizung. Andererseits gilt aber zu berücksichtigen, daß sie in Fremdenverkehrsarten mit ausgesprochener Sommersaison - wie den Seebädern - saisonal überhöht sind.

Der Preis für eine Übernachtung hängt von der Güte und Lage des Beherbergungsbetriebes und der Aufmachung des Zimmers ab. Ein Geschäftsreisender wählt in dem Ort, wo er gerade zu tun hat, sein Quartier anhand dieser Faktoren aus. Das Angebot reicht vom erstklassigen Hotel bis zum einfachen Gasthaus. Der Geschäftsreisende wird aber nicht nur die Qualität des Beherbergungsbetriebes sondern auch dessen Lage berücksichtigen. Er läßt sich die Nähe des Bahnhofs oder des Geschäftszentrums etwas kosten. Innerhalb des Beherbergungsbetriebes für den er sich entschlossen hat, hat er noch die Wahl zwischen Zimmern verschiedener Aufmachung. Für einen Urlaubsreisenden liegt der Übernachtungsort nicht von vornherein fest. Wer zur Erholung oder zum Vergnügen verreisen will, hat außerdem die Möglichkeit sich zwischen Seebad, Luftkurort, Heilbad oder Großstadt zu entscheiden. Von diesen Bestimmungsfaktoren des Übernachtungspreises unterscheidet die Statistik allerdings nur die Art und

Qualität des Beherbergungsbetriebes in den vier Gruppen

gute Hotels,
mittlere Hotels,
einfache Hotels oder Gasthöfe,
Fremdenheime oder Pensionen

und die Art des Übernachtungsortes in den sechs Gruppen

Großstädte,
Seebäder,
sonstige Badeorte,
Luftkurorte,
andere Fremdenverkehrsgemeinden,
Gemeinden ohne besondere Bedeutung
für den Fremdenverkehr.

Die Preise werden für Einbett- und Zweibettzimmer erhoben. Aber da die Übernachtung in einem Zweibettzimmer im großen und ganzen doppelt so teuer ist, wenn beide Betten belegt werden, genügt es, die Einbettzimmerpreise darzustellen.

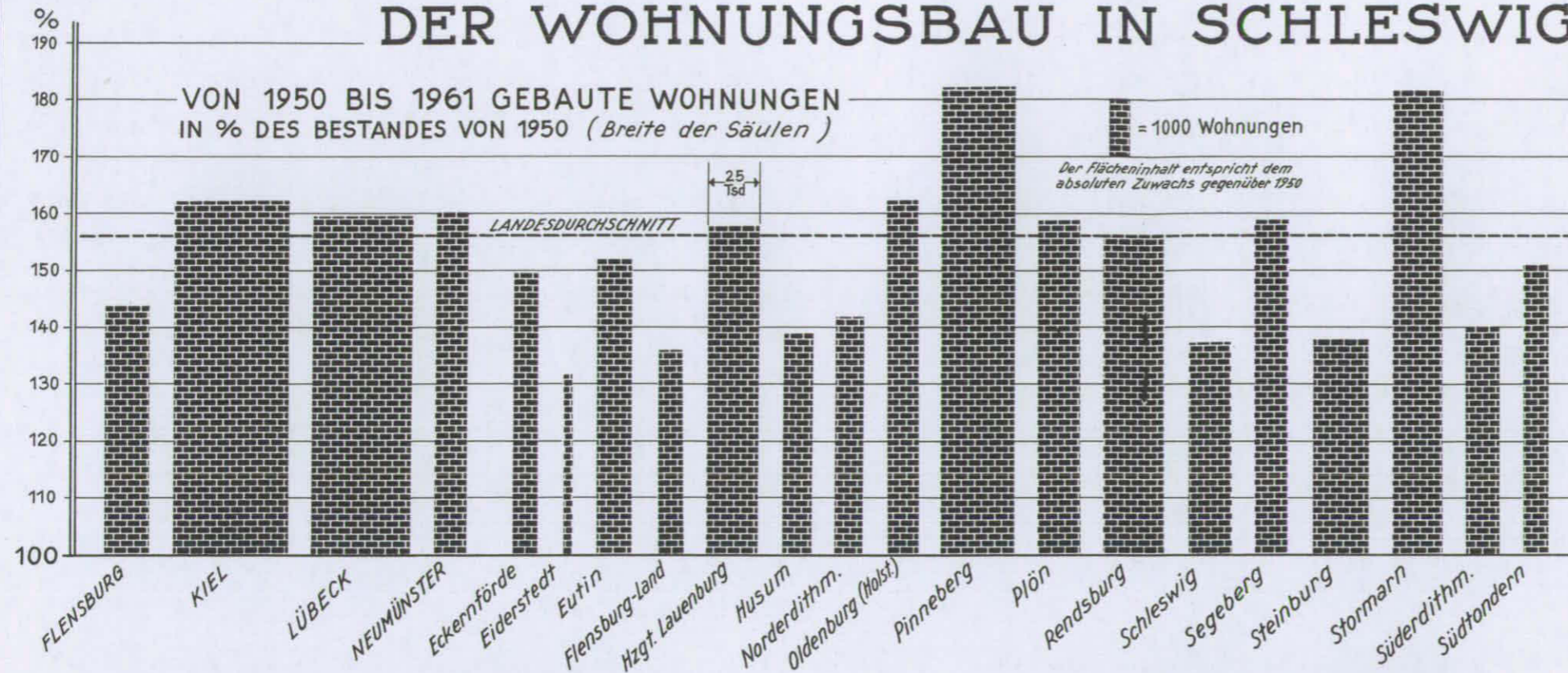
Im August 1960 bezahlte man in Schleswig-Holstein für das Übernachten in den gängigsten Zimmern der guten Hotels im Schnitt je nach dem Ort 7,25 DM bis 10,30 DM. Das billigste Zimmer der guten Hotels unseres Landes war schon für 4 DM zu haben, für die teuersten mußte man dagegen bis zu 25 DM ausgeben. In den Seebädern war das Übernachten im allgemeinen am kostspieligsten, weil hier im August Hauptsaisonpreise verlangt werden. In der Bundesrepublik liegen dagegen die Übernachtungspreise der Großstädte an erster Stelle. Das hängt damit zusammen, daß es in Schleswig-Holstein einerseits sehr bekannte und auch "teure" Seebäder, andererseits aber im Vergleich zu anderen Bundesländern nur relativ "billige" Großstädte gibt. Die am häufigsten verlangten Einbettzimmer der guten Großstadthotels kosteten im Bundesdurchschnitt immerhin 3,40 DM mehr - das sind zwei Fünftel mehr - als in unserem Land. Der höchste Einbettzimmerpreis, der im Bundesgebiet erfaßt wurde, betrug 32,50 DM.

Der durchschnittliche Übernachtungspreis für die gängigsten Zimmer der mittleren Hotels bewegte sich in Schleswig-Holstein zwischen 5,25 DM und 8,85 DM. Das teuerste Einbettzimmer, das die in Westdeutschland erfaßten mittleren Hotels im August 1960 anzubieten hatten, kostete 20 DM. Das billigste Zimmer der gleichen Hotelklasse war schon für 3 DM zu haben.

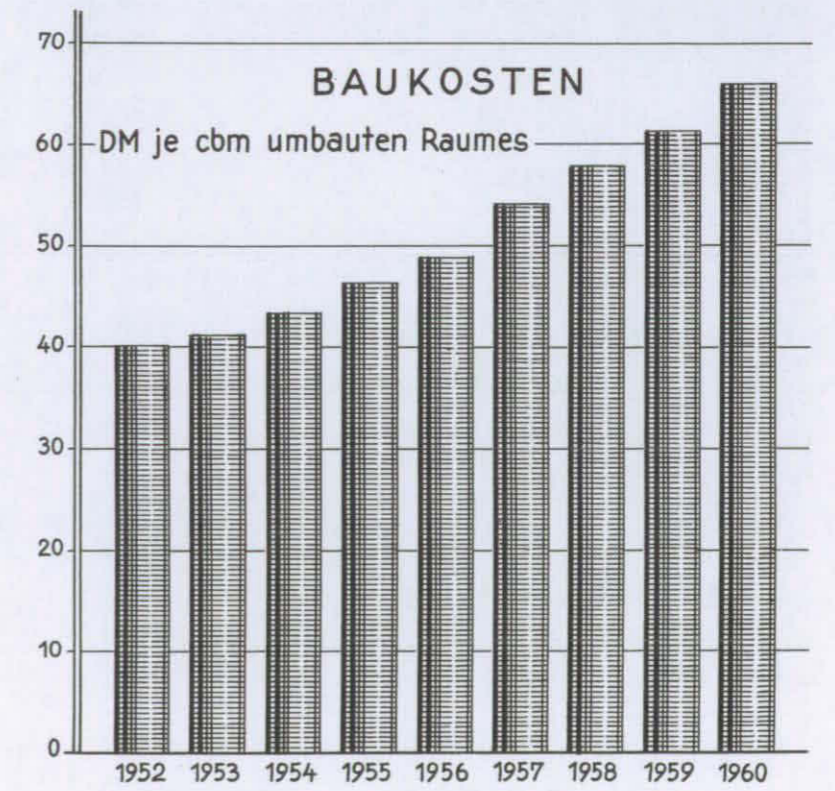
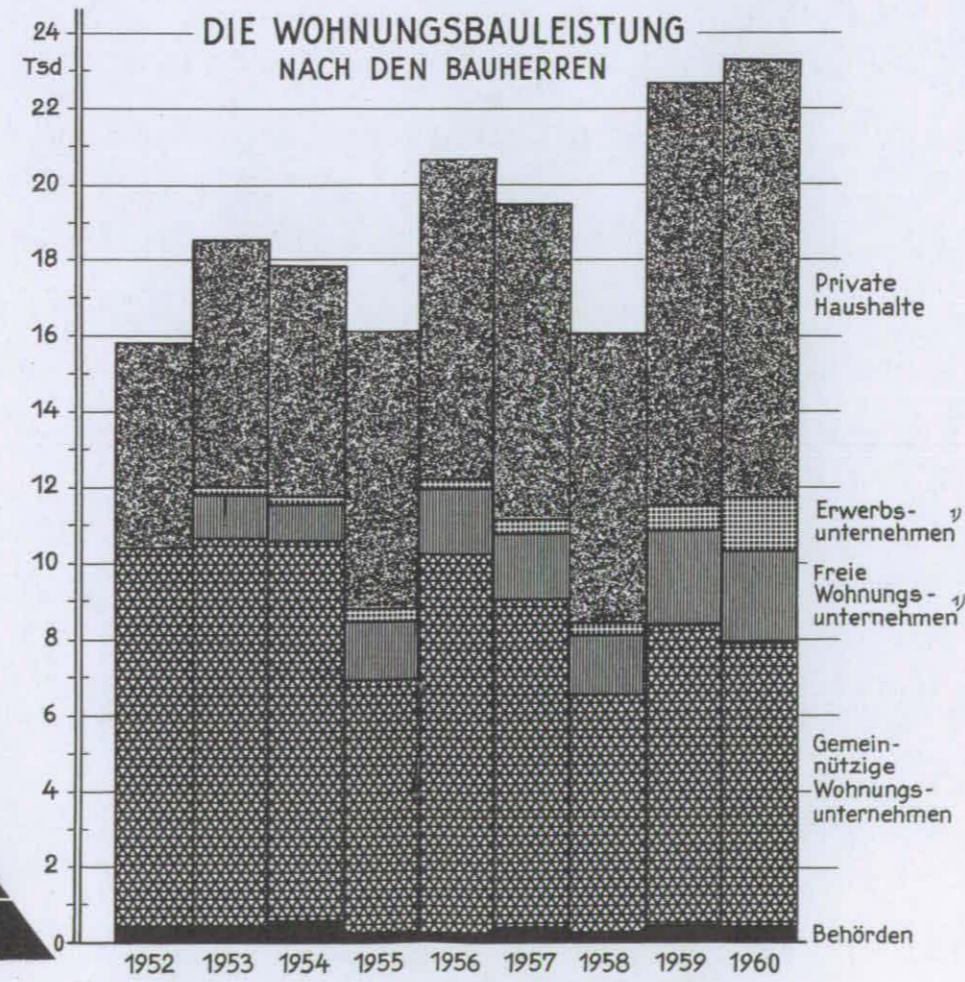
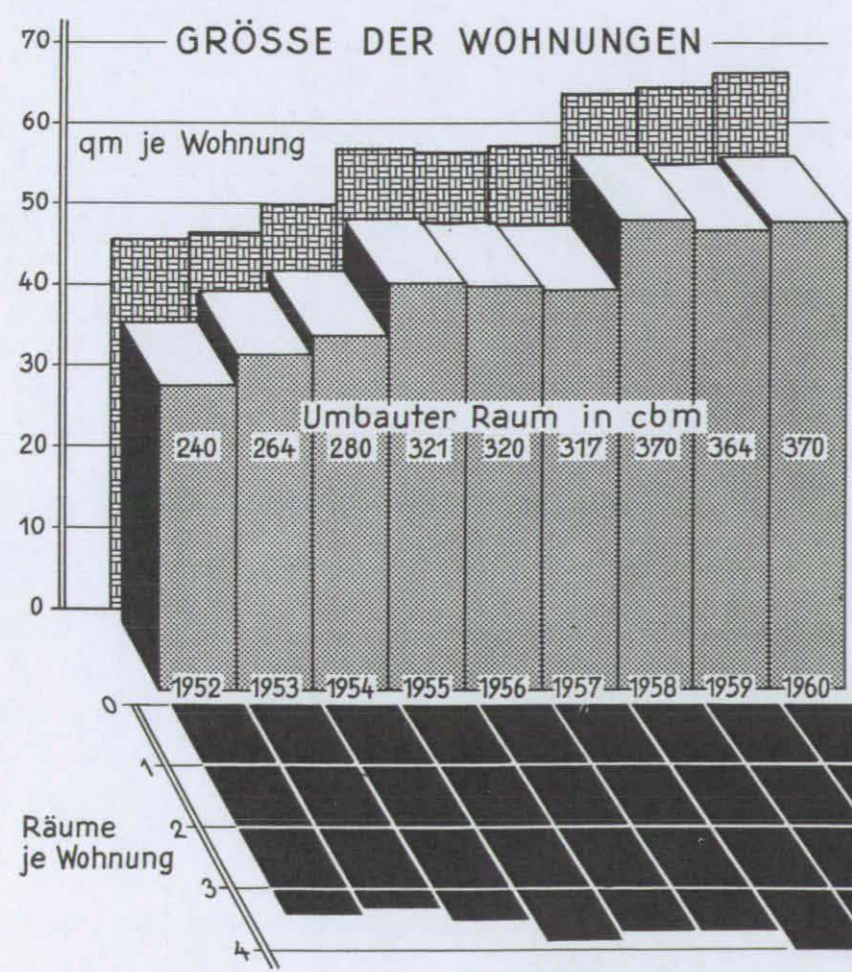
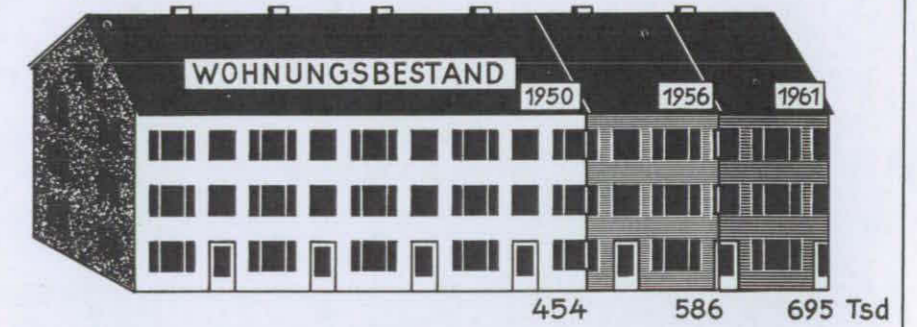
Wer von einem mittleren in ein gutes Hotel überwechseln will, muß einen ansehnlichen Betrag mehr ausgeben. So nehmen die guten Großstadthotels im Bundesdurchschnitt ein

1) Nach dem Gesetz über die Preisstatistik vom 9. August 1958 (Bundesgesetzblatt Teil I, Nr. 32, Seite 605)

DER WOHNUNGSBAU IN SCHLESWIG-HOLSTEIN



Die Graphik veranschaulicht die wesentlichen Daten des Wohnungsbaues seit 1950 bzw. seit 1952. - Der Wohnungsbestand hat seit 1950 im Landesdurchschnitt um 56% zugenommen. Die Hamburg nahen Kreise Pinneberg und Stormarn haben mit Abstand die größte Bauleistung erbracht. Hinsichtlich der Qualitätsentwicklung der Wohnungen läßt die Graphik deutlich drei Zeitabschnitte erkennen: Bis 1955 ist im allgemeinen eine stetige Zunahme der durchschnittlichen Zahl der Räume, der Wohnfläche und des umbauten Raumes je Wohnung zu erkennen. In den Jahren 1956 und 1957 sind dann keine wesentlichen Veränderungen festzustellen. Erst 1958 werden die Wohnungen weiter verbessert. Dieses Niveau wird auch in den folgenden Jahren gehalten. - Die Graphik zeigt ferner, daß sich die Baukosten anfänglich zögernd, aber dann stark aufwärts entwickelt haben. Das liegt zum Teil an der Entwicklung der Wohnungsgrößen, aber vor allem an den Preis- und Lohnsteigerungen in jüngster Zeit. - Bei der Aufgliederung der Wohnungsbauleistung nach den Bauherren tritt besonders in den letzten Jahren der hohe Anteil der privaten Bauherren hervor.



1952 in „Private Haushalte“ enthalten

Tab. 1 Die durchschnittlichen Übernachtungspreise¹ der gängigsten Einbettzimmer im August 1960

Gemeindegruppe	Gute Hotels		Mittlere Hotels		Einfache Hotels oder Gasthöfe		Fremdenheime oder Pensionen	
	Schlesw.-Holstein	Bundesgebiet ²	Schlesw.-Holstein	Bundesgebiet ²	Schlesw.-Holstein	Bundesgebiet ²	Schlesw.-Holstein	Bundesgebiet ²
	DM							
Großstädte	8,58	11,99	7,67	8,96	6,50	6,93	5,92	7,34
Seebäder	10,32	10,08	8,85	8,08	6,02	6,21	6,50	6,33
Sonstige Badeorte	7,65	9,70	5,58	6,89	5,00	5,36	7,50	6,54
Luftkurorte	9,13	8,09	5,25	6,04	4,50	4,71	4,25	4,57
Andere Fremdenverkehrsgemeinden	7,25	7,93	6,50	6,40	5,25	5,40	5,00	5,10
Sonstige Gemeinden	8,00	7,00	5,83	5,65	5,00	4,77	-	4,23

1) ohne Bedienung, Heizung, Garage

2) ohne Berlin

Drittel mehr für eine Übernachtung als die mittleren; genauso liegen die Verhältnisse in den Luftkurorten. In den sonstigen Badeorten muß man beim Überwechseln in die bessere Hotelklasse sogar zwei Fünftel des Übernachtungspreises der mittleren Hotels dazulegen. In den übrigen Gemeindegruppen macht die entsprechende Differenz etwa ein Viertel aus. Ähnlich abgestuft sind die Übernachtungspreise der mittleren Hotels gegenüber denen der einfachen Hotels oder Gasthöfe. Dagegen unterscheiden sich die Übernachtungspreise der einfachen Hotels oder Gasthöfe und der Fremdenheime oder Pensionen nicht so stark voneinander.

Für eine Übernachtung in den am häufigsten benutzten Zimmern der einfachen Hotels oder Gasthöfe bezahlte man in Schleswig-Holstein durchschnittlich 4,50 DM bis 6,50 DM, im Bundesgebiet 4,77 DM bis 6,93 DM. Für das teuerste Zimmer dieser Güteklasse im Bundesgebiet mußte man 14 DM ausgeben, das billigste konnte man bereits für 2 DM haben. In den Fremdenheimen oder Pensionen bewegte sich der Preis der gängigsten Zimmer in unserem Land zwischen 4,25 DM und 7,50 DM, im Bund zwischen 4,23 DM und 7,34 DM. Der absolut höchste Einbettzimmerpreis im Bundesgebiet belief sich in dieser Güteklasse auf 15 DM, der niedrigste auf 2,50 DM.

Die Preisdifferenzen nach Gemeindegruppen sind besonders für Urlaubsreisende interessant, weil die Urlauber nicht nur die Güteklasse des Beherbergungsbetriebes, sondern auch den Urlaubsort auswählen können. In Schleswig-Holstein war, wie gesagt, das Übernachten in den Seebädern durchweg teurer als in der Großstadt. Im Bundesgebiet dagegen übernachtete man in den Großstädten am teuersten, dann folgten die Seebäder und sonstigen Badeorte, danach kamen die Luftkurorte und anderen Fremdenverkehrsgemeinden, ganz zuletzt die Gemeinden ohne besondere Bedeutung für den Fremdenverkehr. Aus dieser Rangfolge zeigt sich, wie die verstärkte Nachfrage die Preise anziehen läßt. Wo sich der Geschäfts- oder Urlaubsreiseverkehr konzentriert, sind die Übernachtungspreise am höchsten; wo weder

die eine noch die andere Reisetätigkeit nennenswerte Bedeutung hat, sind sie am niedrigsten. Diese allgemeine Tendenz läßt sich an den Ergebnissen von Schleswig-Holstein nicht ablesen, das liegt daran, daß die Auswahlgrundlage in einem relativ kleinen Bundesland für derartige Analysen nicht ausreicht.

Die meisten Beherbergungsbetriebe berechnen zum reinen Übernachtungspreis einen Zuschlag für Bedienung. Von den in Schleswig-Holstein erfaßten Beherbergungsbetrieben kassierten nur 7% keinen Bedienungszuschlag. Die Höhe des Bedienungszuschlags dürfte weitgehend von der Lage und Güte des Beherbergungsbetriebes abhängen. In der Großstadt stellten nicht nur die meisten erstklassigen, sondern auch die meisten mittleren Hotels 15% des Übernachtungspreises für Bedienung in Rechnung. In den Seebädern nahm die eine Hälfte der guten und mittleren Hotels 15%, die andere Hälfte nur 10%. In den sonstigen Badeorten berechneten die meisten Hotels einen Bedienungszuschlag von 10%.

Außer dem Überlassen von Zimmern bieten die meisten Beherbergungsbetriebe ihren Gästen ein Frühstück an. Auf dem amtlichen Fragebogen, in dem die Hoteliers und Gastwirte die Preise der von ihnen "produzierten" Güter eintragen mußten, war die Zusammensetzung des Frühstücks genau definiert. Das Frühstück, dessen Preis von der amtlichen Statistik erfaßt wird, besteht aus einem Kännchen Bohnenkaffee mit Milch und Zucker sowie Brot oder Brötchen mit Butter und Marmelade. In den schleswig-holsteinischen Beherbergungsbetrieben kostete ein solches Frühstück im August 1960 ohne Bedienungszuschlag zwischen 2 DM und 3 DM. Diese Preisspanne entspricht auch dem Bundesdurchschnitt. Dort wurden die höchsten Frühstückspreise in den erstklassigen und mittleren Hotels der Großstädte und Seebäder verlangt, danach folgen in der Preisskala die sonstigen Badeorte.

In einigen Gasthöfen, Fremdenheimen und Pensionen Schleswig-Holsteins wurde das Frühstück ohne Bedienungszuschlag gereicht. In den Hotels unseres Landes wurde in der

Tab. 2 Die durchschnittlichen Vollpensionspreise¹ der gängigsten Einbettzimmer im August 1960

Gemeindegruppe	Gute Hotels		Mittlere Hotels		Einfache Hotels oder Gasthöfe		Fremdenheime oder Pensionen	
	Schlesw.-Holstein	Bundesgebiet ²	Schlesw.-Holstein	Bundesgebiet ²	Schlesw.-Holstein	Bundesgebiet ²	Schlesw.-Holstein	Bundesgebiet ²
	DM							
Seebäder	22,11	20,96	19,08	17,26	14,79	14,24	15,58	15,32
Sonstige Badeorte	16,50	19,96	13,40	15,19	11,75	12,66	12,40	14,05
Luftkurorte	18,13	17,90	12,00	13,92	11,50	11,47	11,25	11,69
Andere Fremdenverkehrsgemeinden	-	15,24	-	14,18	-	11,88	-	9,67

1) ohne Bedienung, Heizung, Garage 2) ohne Berlin

Mehrzahl der Fälle 10% für Bedienung zum Frühstückspreis hinzugerechnet.

Besonders in den Fremdenverkehrsorten bieten viele Beherbergungsbetriebe außer der Übernachtungsgelegenheit eine volle Verpflegung für den ganzen Tag an. Diese Leistungsart, die kurz "Vollpension" genannt wird, nehmen in erster Linie Erholungsreisende, die längere Zeit am Urlaubsort bleiben, in Anspruch. In Großstädten kommt sie nur sehr wenig vor.

Im August 1960 lagen die am häufigsten verlangten Vollpensionspreise zwischen 10 DM und 22 DM. Die meisten Beherbergungsbetriebe stellten zusätzlich 10% des Vollpensionspreises für Bedienung in Rechnung. In den Seebädern waren die Vollpensionen durchweg am teuersten. Der Vollpensionspreis dürfte im Vergleich zum Übernachtungspreis stärker saisonabhängig sein, weil Übernachtungen in Verbindung mit Verpflegung vor allem in der Urlaubssaison nachgefragt werden. Von allen in der Bundesrepublik erfaßten Vollpensionspreisen belief sich der höchste auf 40 DM und der niedrigste auf 7,50 DM. Die teuerste Vollpension kostete also rund fünfmal soviel wie die billigste. Bei den reinen Übernachtungen war die Variationsbreite der Preise merklich größer. Die kostspieligste Übernachtung war sechzehnmal so teuer wie die billigste. Die geringere Streuung der Vollpensionspreise mag damit zusammenhängen, daß wegen der starken Nachfrage in der Urlaubssaison die Preiskonkurrenz nicht besonders stark ausgeprägt ist. Während ein Gast, der in einem westdeutschen Seebad nur übernachten will, beim Übergang vom mittleren zum guten Hotel eine Mehrausgabe um ein Viertel in Kauf nehmen muß, braucht ein "Vollpensionär", der vom mittleren zum guten Seebadhotel hinüberzieht, im Schnitt nur ein Fünftel zuzulegen. In den sonstigen Badeorten ist der Unterschied noch krasser. Der Schlafensgast muß hier beim Überwechseln in die höhere Hotelklasse vier Zehntel mehr ausgeben, der "Vollpensionär" hingegen nur drei Zehntel. Demnach lohnt es sich für einen Geschäftsreisenden eher als für einen Urlauber statt in ein erstklassiges Hotel nur in ein mittleres Hotel einzukehren. Umgekehrt hat der Urlauber, der Vollpension genießt, im Verhältnis durch den Aufenthalt im erstklassigen Hotel nicht

soviel Mehrausgaben wie der Geschäftsreisende, der nur übernachtet. - In den Seebädern und Heilbadeorten waren die Vollpensionen im Bundesdurchschnitt in den einfachen Hotels oder Gasthöfen merklich billiger als in den Fremdenheimen oder Pensionen.

Die Entwicklung der Preise

Da inzwischen die Ergebnisse von zwei Erhebungen vorliegen, hat man Aufschluß darüber, wie sich die Preise im Beherbergungsgewerbe in der Zeit von August 1959 bis August 1960 geändert haben. Das Statistische Bundesamt hat für die einzelnen Leistungen Preismeßziffern auf der Basis August 1959 errechnet, die auszugswise in Tabelle 3 aufgeführt sind. Es ist allerdings zu berücksichtigen, daß die durch die Meßziffern ausgedrückten Preisbewegungen, außer durch echte Preisänderungen, hier und da auch durch Qualitätsänderungen bedingt sein können. So hat z. B. ein Hotelier seine Zimmer renovieren lassen und anschließend den Übernachtungspreis erhöht. Die Erhebungsstellen mußten sich im allgemeinen aber damit begnügen, die im August 1960 tatsächlich geforderten Preise für die gleichen Leistungen wie im August 1959 zu erfassen und konnten nur in Einzelfällen, wenn die neuen Preise auffallend stark von den vorjährigen abwichen, nach evtl. Qualitätsänderungen fragen, die dann bei der Aufbereitung berücksichtigt wurden.

Während die Preise für Übernachtung und Vollpension in dem Jahr von August 1959 bis August 1960 zum Teil erheblich gestiegen sind, haben sich die Frühstückspreise in der gleichen Zeit

Tab. 3 Übernachtungen im Einbettzimmer - Preismeßzahlen für das Bundesgebiet (ohne Berlin) -

Gemeindegruppe	Gute Hotels	Mittlere Hotels	Einfache Hotels oder Gasthöfe	Fremdenheime oder Pensionen
Großstädte	101	107	103	103
Seebäder	109	116	111	116
Sonstige Badeorte	106	107	104	110
Luftkurorte	104	105	105	107
Andere Fremdenverkehrsgemeinden	102	104	104	102
Sonstige Gemeinden	104	103	107	102

Quelle: Wirtschaft und Statistik 1961, Heft 7, S. 429

nur verhältnismäßig gering erhöht. Die Übernachtungen verteuerten sich am stärksten in den Seebädern. Dort erhöhte sich in dem einen Jahr der Übernachtungspreis in den mittleren Hotels und in den Fremdenheimen oder Pensionen um 16%. Die nächst größten Preissteigerungen für Übernachtungen hatten die sonstigen Badeorte und Luftkurorte zu verzeichnen. Der Vollpensionspreis kletterte auch in den Badeorten am kräftigsten in die Höhe. Die Tatsache, daß die Preise für Übernachtung und Vollpensionen gerade in den Bade- und Luftkurorten besonders stark anzogen, läßt darauf schließen, daß die Hoteliers und Gastwirte sich bei den Preisanhebungen nicht nur von Kostenüberlegungen leiten ließen, sondern auch die noch im Aufschwung begriffene Reise-

welle auszunutzen verstehen. Denkbar wäre auch, daß die Beherbergungsbetriebe in den Hauptfremdenverkehrsorten in stärkerem Maße renoviert haben als die in den Großstädten und den für den Fremdenverkehr weniger bedeutenden Gemeinden.

Begriffe und Methoden

Die befragten Gastwirte und Hoteliers geben für die einzelnen Leistungen drei Preise an: den niedrigsten, den höchsten und den häufigsten Preis. Die Preise in den Tabellen sind Durchschnitte aus den häufigsten Preisen.

Dr. Enno Heeren

Vergleiche auch: "Die Preise im Beherbergungs- und Gaststättengewerbe im Jahre 1959" in Stat. Monatsh. S.-H. 1961, S. 115 (Mai) und "Preise für Leistungen des Beherbergungs- und Gaststättengewerbes im August 1960 (Ergebnisse für Übernachtung, Frühstück und Vollpension)" in Wirtschaft und Statistik 1961, S. 428 (Juli)

Kurzberichte

Anbau und Ernte von Gemüse 1961

Der folgende Beitrag befaßt sich nur mit dem zum Zwecke des Verkaufs angebauten Gemüse, das in Schleswig-Holstein aus den Erwerbsgärtnereien und aus den landwirtschaftlichen Betrieben kommt.

Nach der großen Gemüseernte 1960 wurde der Gemüseanbau 1961 in Schleswig-Holstein im Gegensatz zu den meisten übrigen Bundesländern entsprechend den Empfehlungen der Zentralen Markt- und Preisberichtsstelle eingeschränkt. Doch wurde auch 1961 wie in den meisten Jahren noch mehr Gemüse angebaut als im Februar geplant war. Auf dem Freiland gab es unter Einschluß der Mehrfachnutzung 10 400 Hektar mit Gemüse. Dies sind 1 200 ha weniger als 1960. So wurde vor allem weniger Grobgemüse angebaut (- 16%), während die Fläche mit den Feingemüsearten nur 3% kleiner war. Die gesamte Gemüsefläche verteilte sich 1961 etwa zu gleichen Teilen auf Grob- und Feingemüse. Auf rund drei Vierteln der Grobgemüsefläche stand Kopfkohl; mit 3 900 ha wurde die Vorjahrsfläche zwar nicht erreicht, doch kam die Kopfkohlfläche 1961 an den Durchschnitt 1955-60 fast heran. Herbst- und Dauerweißkohl sowie Dauerrotkohl beanspruchten fast 80% der Kopfkohlfläche. Der gesamte Wirsingkohlanbau erreichte mit 466 ha nur rund 10%.

Der Anbau von späten Speisemöhren ist nach den großen Absatzschwierigkeiten im vorigen Jahre um ein Drittel zurückgegangen. Dagegen wurden die beiden im schleswig-holsteinischen Gemüseanbau wichtigsten Feingemüsearten, Pflückerbsen und Buschbohnen, in etwa gleichem Umfang angebaut wie 1960.

Seit 1950 hat sich die Reihenfolge der einzelnen Gemüsearten sehr verschoben. Der Weißkohl steht auch heute an der Spitze, doch nimmt er bei weitem nicht mehr soviel Fläche ein wie 1950. Daneben werden grüne Pflückerbsen und Buschbohnen wesentlich mehr angebaut als vor 10 Jahren.

Der Anbau einzelner Gemüsearten hat sich in den letzten Jahren regional unterschiedlich entwickelt. Der Weißkohl hat sich in der Dithmarscher Marsch, in dem bevorzugten Anbaugebiet, gut behauptet, während sein Anbau im übrigen Schleswig-Holstein zurückgegangen ist. Der Wirsingkohlanbau auf Fehmarn wird bei



allem Auf und Ab in den einzelnen Jahren immer mehr eingeschränkt. Das gleiche gilt hier für den Porree, der im Glückstädter Raum verstärkt angebaut wird.

Der Glückstädter Raum ist ein Hauptanbaugesamt für den Blumenkohl, dessen Anbaufläche hier in den letzten Jahren vergrößert wurde. Die Selleriefläche hat sich dort etwa bei 40 ha gehalten, während sie in den übrigen Landesteilen eingeschränkt wurde.

Bei Grünen Pflückerbsen und besonders bei Grünen Buschbohnen zeichnet sich im Raum um Lübeck ein Rückgang ab. Dagegen wurde der Anbau von Grünen Pflückerbsen in der Dithmarscher Marsch beachtlich ausgeweitet. Maschineneinsatz und Anbauverträge dürften diese Entwicklung gefördert haben. Schwierigkeiten beim Maschineneinsatz und Mangel an Pflückern hemmten dagegen den Buschbohnenanbau.

Obleich sich die Stellung der verschiedenen Gemüsearten im Gesamtanbau seit 1950 beachtlich verschoben hat und der Anbau der ertragreichen Grobgemüse wie Kohl von Gemüsearten mit niedrigeren Hektarerträgen wie Erbsen und Buschbohnen geschmälert wurde, ist die gesamte Gemüseernte im Durchschnitt 1956 bis 1961 sogar etwas größer als im Durchschnitt 1950 bis 1955:

	Gemüseanbau ha	Gemüseernte t
1950 - 55	9 054	249 674
1956 - 61	10 337	251 834

Damit, daß im Durchschnitt 1956 bis 1961 mehr Gemüse angebaut wurde als 1950 bis 1955, wurde die Ernteschrumpfung infolge verminderten Anbaus von Kohl kompensiert.

Bei einzelnen Gemüsearten gab es 1961 allgemein recht gute Erträge. Gute Erträge hatte

Gemüseanbau und Gemüseernte 1961

Ausgewählte Gemüsearten	Gemüseanbau		Gemüseernte	
	ha	Veränderung gegenüber 1960 in %	t	Veränderung gegenüber 1960 in %
Weißkohl	2 290	- 5	127 226	+ 10
Rotkohl	1 187	- 18	44 457	- 6
Wirsingkohl ¹	466	- 17	12 369	- 16
Rosenkohl	136	- 13	1 170	- 6
Blumenkohl	385	- 4	7 275	+ 9
Grünkohl	178	+ 28	2 754	+ 60
Spinat ²	135	+ 15	1 571	+ 40
Speisemöhren	852	- 33	24 662	- 39
Rote Bete	98	- 45	3 620	- 48
Sellerie	90	- 23	1 707	- 21
Porree	64	- 19	1 111	- 10
Grüne Pflückerbsen	1 909	- 4	20 140	+ 15
Grüne Buschbohnen	1 996	- 1	17 378	- 2
Spargel ³	116	- 10	251	- 17
Einlegegurken	198	- 1	2 225	- 6

1) einschl. Winterwirsing, Erntefläche 1961/62 2) einschl. Winter-spinat, Erntefläche 1960/61 3) nur ertragfähige Anlagen

Herbst- und Dauerkohl. Auch Grüne Pflückerbsen brachten mit 105 dz fast 20% mehr vom Hektar als 1960. Bei anderen Gemüsearten - besonders Buschbohnen, Gurken und Möhren - haben ungünstige Witterung und Schädlingsbefall ertragmindernd gewirkt. Buschbohnen erreichten im Landesmittel nur einen unterdurchschnittlichen Ertrag. Die Speisemöhren kamen an das Vorjahrsergebnis nicht heran. Vor allem verbreitetes Auftreten der Möhrenfliege dürfte sich vielfach ungünstig ausgewirkt haben. Für Einlegegurken war die Witterung allgemein zu kalt.

Da die gesamte Erntemenge bei Gemüse immer noch vom Ausfallen der Kohlernte wesentlich bestimmt wird und die Kohlernte 1961 mit 184 000 t überdurchschnittlich groß war, wurde die Vorjahrsernte trotz kleinerer Gemüseanbaufläche 1961 und beachtlicher Mindererträge bei einzelnen Gemüsearten zu gut 95% erreicht:

	1960	1961	Veränderung in %
Gemüseernte	282 000	272 000	- 4

Begriffe und Methoden

Die vorjährigen Ergebnisse über Gemüseanbau und -ernte enthalten unter 1960 den 1959 gepflanzten und im wesentlichen 1960 geernteten Winterwirsing (die entsprechende Regelung galt seit 1956). Im vorliegenden Beitrag ist unter 1961 der 1961 gepflanzte Winterwirsing ausgewiesen. Im 6jährigen Durchschnitt ist diese Änderung ebenfalls berücksichtigt.

Dipl.-Landw. Georg Bartling

Vergleiche auch: "Ernte und Anbau von Gemüse 1959 und 1960" in Stat. Monatsh. S.-H. 1961, S. 22 (Januar) und "Gemüseanbau und -ernte 1961" in Wirtschaft und Statistik 1961, S. 638 (November)

Anbau und Ernte von Getreide 1961

Die gesamte Getreidefläche in Schleswig-Holstein erreichte 1961 mit rund 406 000 ha fast die Vorjahrsfläche. Die Anteile der einzelnen Getreidearten hatten sich aber beachtlich verschoben. Der ungünstige Herbst 1960 verhinderte vielfach die Bestellung mit Wintergetreide. So wurden fast ein Fünftel weniger Winterroggen und ein Drittel weniger Winterweizen angebaut als 1959/60. Nur Wintergerste konnte im geplanten Umfang ausgesät werden. Da das übrige Wintergetreide nicht überall dort, wo es vorgesehen war, ausgesät werden konnte, wurde zum Ausgleich der Flächeneinbußen mehr Sommergetreide angebaut. Einem Minderanbau von 47 000 ha Wintergetreide stand ein Mehranbau von 45 000 ha Sommergetreide gegenüber. Der Fehlbestand im Winterweizenanbau wurde nicht in vollem Umfang durch Sommerweizen ausgeglichen. Die Betriebe haben die freigeblichen Flächen zum Teil auch mit Sommergerste u. a. bestellt. Mit 55 000 ha erreichte der Sommergerstenanbau einen Höchststand.

Der Getreideanbau¹

Getreideart	1960	1961	Veränderung in %
	ha		
Winterroggen	112 542	90 816	- 19
Sommerroggen	2 411	3 206	+ 33
Winterweizen	74 380	49 757	- 33
Sommerweizen	14 026	32 045	+ 128
Brotgetreide	203 359	175 824	- 14
Wintergerste	31 732	31 082	- 2
Sommergerste	43 332	54 798	+ 26
Hafer	61 358	69 748	+ 14
Sommermenggetreide	68 461	74 489	+ 9
Futtergetreide	204 883	230 117	+ 12
Getreide insgesamt	408 242	405 941	- 1

1) ohne Körnermais

Eine ähnlich große Fläche gab es nur vor dem ersten Weltkrieg in der alten Provinz Schleswig-Holstein (einschl. Nordschleswig). Beim Vergleich ist zu berücksichtigen, daß damals die Ackerfläche etwa doppelt so groß war wie im heutigen Schleswig-Holstein. Zum vermehrten Anbau von Sommergerste hat die gegenwärtig umfangreiche Schweinehaltung zweifellos beigetragen. Hafer und Sommermenggetreide profitierten ebenfalls vom Fehlbestand bei Wintergetreide. Mit zusammen 144 000 ha war die Fläche beider Getreidearten 1961 etwa 10% größer als 1960.

Aus diesen Zusammenhängen ergibt es sich, daß 1961 weniger Brotgetreide, dafür aber mehr Futtergetreide angebaut wurde als 1960. Im Durchschnitt der Jahre 1955 - 60 verhielt sich der Brotgetreideanbau zum Futtergetreideanbau in Schleswig-Holstein wie 1 : 1, 1961 dagegen wie 1 : 1,3.

Obleich alle vier Naturräume des Landes von der Verschiebung im Getreidebau betroffen wurden, bestehen einige bemerkenswerte regionale Unterschiede. - Mit der Winterroggenbestellung sind die Betriebsinhaber auf der Geest noch besser fertig geworden als in den östlichen Landesteilen. Im Hügelland muß neben dem Winterroggen auch in jedem Herbst noch der Winterweizen in den Boden gebracht werden. - Für Winterweizen bestehen allgemein in der Marsch wegen der dortigen besonderen Verhältnisse in nassen Jahren besondere Schwierigkeiten. So erreichte der Winterweizenanbau dort 1960/61 nicht einmal 60% der Vorjahrsfläche. - Auf den Sommerweizenanbau sind die Betriebe im Hügelland stärker ausgewichen als die Betriebe in der Marsch. Für 1 ha Minderbestand an Winterweizen wurden im Hügelland 0,7 ha Sommerweizen mehr angebaut. Die entsprechende Relation für die Marsch beträgt 1 : 0,6. Der Hafer- und Sommermenggetreideanbau, der auf der Hohen Geest sowie so einen größeren Teil der Ackerfläche beansprucht als in den übrigen Naturräumen, wurde auf der Hohen Geest von 1960 auf 1961 prozentual am stärksten ausgeweitet:

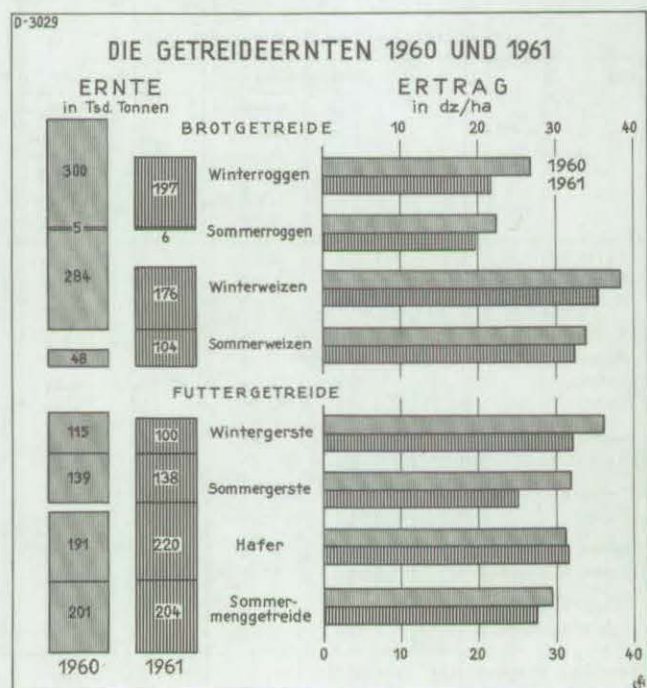
Anteil des Hafer- und Sommermenggetreides an der Ackerfläche in %

	1960	1961	Veränderung in %
	ha		
Marsch	20	24	+ 12
Hohe Geest	23	28	+ 16
Vorgeest	19	21	+ 6
Hügelland	17	18	+ 9

Die Anbauverschiebungen bei Getreide ließen für 1961 von vornherein eine niedrigere Ernte erwarten als allgemein zu erreichen gewesen wäre, wenn das Wintergetreide, wie geplant, hätte ausgesät werden können. Denn im Durchschnitt lagen die Erträge der verschiedenen Sommergetreidearten in den Vorjahren zum Teil beachtlich unter den Erträgen der Wintergetreidearten:

	1950 - 55	1956 - 61
	- dz/ha -	
Winterroggen	22,8	25,1
Sommerroggen	19,1	20,9
Winterweizen	33,7	37,6
Sommerweizen	31,5	32,0
Wintergerste	32,8	35,9
Sommergerste	29,3	29,4
Sommermenggetreide	24,7	27,7
Hafer	26,1	29,4

Überdies lagen die Getreideerträge mit Ausnahme von Sommerweizen und Hafer teilweise beachtlich unter dem 6jährigen Durchschnitt 1955 - 60. Das gilt besonders für Sommergerste und Winterroggen (je rund -20%). Lediglich dem Hafer ist die zum Teil naßkühle Witterung ähnlich wie 1960 zugute gekommen, so daß der Haferertrag den 6jährigen Durchschnitt um 7% übertraf. Doch konnte der Mehrertrag des besonders im Vergleich zu Winterweizen ertragsschwächeren Hafers die Minderernten der übrigen Getreidearten keineswegs ausgleichen,



obgleich seine Anbaufläche mit 70 000 ha 1961 die größte seit 1955 war.

Wenn die Getreideerträge 1960 und 1961 in der Höhe des 6jährigen Durchschnitts gelegen hätten, wären 1961 infolge Anbauverschiebung der einzelnen Getreidearten rund 14 000 t Getreide weniger geerntet worden als 1960. Tatsächlich betrug die Minderernte 1961 gegenüber dem Vorjahr fast 140 000 t.

In diesem Ergebnis spiegelt sich der ungünstige Witterungsverlauf 1961 wider. - Mit der Anbauverlagerung von Wintergetreide zum Sommergetreide ergaben sich zwangsläufig beträchtliche Unterschiede in der Zusammensetzung der Getreideernte 1961 gegenüber 1960. So hatte Winterroggen dicht gefolgt von Winterweizen mit 23% den größten Anteil an der Getreideernte 1960. Im Jahre 1961 hielt dagegen Sommergetreide mit 18% der Gesamternte die Spitze. Der Winterweizen hatte 1961 nur einen Anteil von 15%. Die Brotgetreideernte 1961 erreichte der Anbauverschiebung entsprechend und infolge der allgemein unterdurchschnittlichen Erträge nur 42% der Gesamternte (1960 : 50%).

Dipl.-Landw. Georg Bartling

Vergleiche auch: "Die Getreideernten 1959 und 1960 und ihre Verwertung" in Stat. Monatsh. S.-H. 1962, S. 46 (Februar) und "Die Getreideernte 1961" in Wirtschaft und Statistik 1961, S. 578 (Oktober)

Die Konsumgenossenschaften 1960

Die Wirtschaftstätigkeit der Konsumgenossenschaften hat im Jahre 1960 im wesentlichen denselben Verlauf genommen wie im Jahre 1959.

	1959 - Stand am 31. 12. -	1960	Veränderung in %
Konsumgenossenschaften	9	9	-
Verkaufsstellen eigene Herstellungsbetriebe	359	356	- 0,8
Beschäftigte insgesamt	2 588	2 479	- 4,2
Beschäftigte in Herstellungsbetrieben	218	219	+ 0,5
Mitglieder	99 046	98 298	- 0,8
Jahresumsatz in 1 000 DM	118 988	122 308	+ 2,8

Während die Zahl der Beschäftigten im Laufe des Jahres 1960 von 2 588 Personen um 4,2% auf 2 479 Personen gesunken ist, nahm der Umsatz im gleichen Zeitraum gegenüber dem Vorjahr um 2,8% auf 122,3 Mill. DM zu. Mit weniger Personal wurden also mehr Waren abgesetzt als im Vorjahre. Hiermit wird wieder einmal der schon seit Jahren zu beobachtende Strukturwandel im Handel bestätigt. Er ist die Folge einer einschneidenden Veränderung der alten Verkaufspraktiken, die heute vielfach durch moderne Vertriebs- und Bedienungsformen ersetzt worden sind. In diesem Zu-

sammenhang sei nur an die Selbstbedienung oder die Teilselbstbedienung und an das Verkaufen abgepackter Waren, womöglich durch Automaten, erinnert.

Neben den Vorteilen der modernen Absatzformen nutzen die Konsumgenossenschaften seit jeher die Vorteile des Wareneinkaufs in großen Mengen zu entsprechend günstigen Preisen. Zweck ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit ist es, den Mitgliedern einen vorteilhaften Wareneinkauf zu ermöglichen. Dieses Ziel wird dadurch erreicht, daß bestimmte Zwischenstufen des Wirtschaftsprozesses von den Konsumgenossenschaften selbst abgewickelt werden, so zum Beispiel die Großhandelsfunktion. Durch die verstärkte Zusammenschlußbewegung im gesamten Einzelhandel ist jedoch den Konsumgenossenschaften in letzter Zeit, was den Vorteil des billigen Wareneinkaufs angeht, eine bedeutende Konkurrenz entstanden. Zu erwähnen sind hierbei die Zusammenschlüsse vieler Einzelhändler zu Einkaufsvereinigungen oder ihr Anschluß an die sog. freiwilligen Ketten.

Auch die Zahl der Großunternehmen des Einzelhandels, die über ein weit verzweigtes Netz von Filialbetrieben verfügen, hat in den letzten Jahren ständig zugenommen. Die Neigung zur Konzentration ist teilweise so stark, daß die Zusammenschlußbewegung nicht nur zur Ausschaltung des selbständigen Großhandels führt; sie greift neuerdings in wachsendem Maße auch auf die Produktion über.

Zahlenangaben über diese Entwicklung sind für Schleswig-Holstein nicht zusammenzustellen, da die Filialnetze der Großbetriebe häufig die Ländergrenzen überschreiten. Nach den Ergebnissen der Umsatzsteuerstatistik für die Bundesrepublik Deutschland¹ gab es im Einzelhandel folgende Zahl² von Steuerpflichtigen mit 10 Mill. DM und mehr Jahresumsatz:

Jahr	Steuerpflichtige		Umsätze in Mill. DM	
	insgesamt	dar. Konsumgenossenschaften	insgesamt	dar. von Konsumgenossenschaften
1957	298	63	13927	2002
1958	317	64	15455	2178
1959	354	71	17653	2395

Hiernach sind etwa 20% dieser Steuerpflichtigen Konsumgenossenschaften, die einen Umsatzanteil von etwa 14% an diesen großen Unternehmen erzielten. Die Vorteile, die die Konsumgenossenschaften bieten und die ihnen in früheren Jahren (besonders vor dem Inkrafttreten des Rabattgesetzes von 1933) eine Teilmonopolstellung einräumten, sind heute nur noch in

1) Bundesgebiet ohne Saarland einschl. Berlin (West)

2) Quelle: Statistik der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 219, 240 und 260, herausgegeben vom Statistischen Bundesamt, Kohlhammer-Verlag, Stuttgart und Mainz

beschränktem Maße gegeben, da andere Unternehmensformen und Unternehmenszusammenschlüsse entstanden sind, die dieselben Vorteile bieten.

Dipl.-Volksw. Klaus Scheithauer

Vergleiche auch: "Die Konsumgenossenschaften in Schleswig-Holstein 1959" in Stat. Monatsh. S.-H. 1961, S. 48 (Februar)

Vorausberechnung 20

Voraussichtlicher Pkw-Bestand und Sättigungsgrenze

Die Zahl der Personenkraftwagen (Pkw) nimmt ständig zu. Damit war auch in der 1959 veröffentlichten Vorausberechnung¹ gerechnet worden. Nach der Entwicklung in den letzten zwei Jahren hat sich jedoch gezeigt, daß die damalige Prognose nicht optimistisch genug war. Damals war damit gerechnet worden, daß es 1967 rund 250 000 Pkw in Schleswig-Holstein geben würde. Das setzte eine durchschnittliche jährliche Zuwachsrate von 8% voraus. Die Wachstumsrate für 1961 liegt aber noch bei 20%, obwohl sie sich gegenüber den Vorjahren etwas abgeschwächt hat. Im Juli 1961 gab es - nach Angaben des Kraftfahrt-Bundesamtes - bereits rund 206 000 Pkw in Schleswig-Holstein. Es ist nun unwahrscheinlich, daß im Laufe der nächsten 6 Jahre nur knapp 45 000 Pkw hinzukommen werden, wenn sich in den letzten drei Jahren der Pkw-Bestand im Jahr durchschnittlich um mehr als 30 000 Fahrzeuge erhöht hat.

Nach einer neuen Berechnung wird nun erwartet, daß die Bestandszahl der Pkw in Schleswig-Holstein etwa 1966/67 die Grenze von 300 000 überschreiten wird. Diese Angabe ist mit Absicht ein wenig unpräzise und vorsichtig gehalten. Das hat folgenden Grund. Die Ergebnisse der nach den üblichen Methoden (Trend, Korrelation, Elastizitäten) erstellten Vorausberechnungen unterstellen, daß die Zahl der Pkw unbegrenzt ansteigen wird. Die meisten Prognosen gehen z. B. von der Annahme aus, daß ein Anwachsen des Pkw-Bestandes durch eine Zunahme der Einkommen - gesamtwirtschaftlich gesehen durch den Anstieg des Sozialproduktes - verursacht wird. In der Berechnung wird dabei unterstellt, daß sich das Sozialprodukt über Jahrzehnte hinaus ständig erhöhen wird. Das mag, abgesehen von ganz

kurzfristigen Unterbrechungen, zutreffen. Durch die Verknüpfung zwischen Pkw-Bestand und Sozialprodukt ergibt sich aber, daß auch die Zahl der Pkw ad infinitum zunehmen wird. Hier setzen die Bedenken ein. Wird es nicht doch eine Grenze in der Bestandsentwicklung der Pkw geben? Wo liegt die Sättigungsgrenze?

Die Deutsche Shell AG² hat nun zunächst die Hypothese aufgestellt, daß mit einem Pkw je Haushalt (300 Pkw je 1 000 Einwohner) die Sättigungsgrenze im Bundesgebiet erreicht sei. Die USA hatten bereits 1959 eine Pkw-Dichte von 332 Pkw je 1 000 Einwohner. Nun erscheint es aber fraglich, ob sich eine so hohe Pkw-Dichte im Bundesgebiet überhaupt realisieren läßt. Die Bedenken liegen weniger bei der zu erwartenden Einkommensentwicklung als bei den Straßenverkehrsverhältnissen. Die Shell AG meint, daß sich der Sättigungswert von 300 Pkw je 1 000 Einwohner selbst dann nicht erreichen läßt, wenn der Straßenbau in den nächsten Jahren stark forciert wird.

Anfang Juli 1961 entfielen - nach einer vorläufigen Berechnung - im Bundesgebiet (ohne Berlin) 95 Pkw auf 1 000 Einwohner. Schleswig-Holstein hatte zum gleichen Zeitpunkt eine Pkw-Dichte von 88, die bis 1967 voraussichtlich auf 132 ansteigen wird. Selbst der Wert für 1967 ist, wenn andere europäische Länder zum Vergleich herangezogen werden, immer noch recht bescheiden. So gab es z. B. in Schweden, dem Land mit der höchsten Pkw-Dichte in Europa, bereits 1959 144 Pkw auf 1 000 Einwohner. Auch Frankreich hatte schon Anfang 1960 eine Dichtezahl von 123 aufzuweisen. Eine Sättigung an Pkw wird im Bundesgebiet und auch in Schleswig-Holstein in den nächsten 10 bis 15 Jahren kaum erreicht werden.

Die Höhe des Sättigungswertes hat aber für die Vorausberechnung eine Bedeutung. Die Sättigungsgrenze dürfte bereits viele Jahre bevor sie erreicht wird, einen dämpfenden Einfluß auf die Entwicklung des Pkw-Bestandes ausüben. Da ihr Wert aber nicht in den Griff zu bekommen ist, wird es bei den üblichen Vorausberechnungsmethoden, deren Ergebnisse ein unbegrenztes Ansteigen der Pkw-Zahl anzeigen, vorläufig bleiben müssen. Diese Ergebnisse sind aber nur mit Vorsicht zu gebrauchen. Sie können lediglich einen groben Anhalt bieten.

Dipl.-Volksw. Lieselotte Korschey

1) siehe: Vorausberechnung 10 "Wieviel Personenkraftwagen wird es voraussichtlich 1967 in Schleswig-Holstein geben?" in Stat. Monatsh. S.-H. 1959, S. 312 - 316 (Dezember)

2) siehe: Deutsche Shell AG "Prognose des Kraftfahrzeugbestandes bis 1957", Hamburg 1961

SCHLESWIG-HOLSTEIN IM ZAHLENSPIEGEL

Monats- und Vierteljahreszahlen

	Einheit	1958	1960	1960/61			1961/62			
		Monats-Durchschnitt		Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.
BEVÖLKERUNG UND ERWERBSTÄTIGKEIT										
Bevölkerungsstand (Monatsende) *Wohnbevölkerung	1 000	2 269	2 299	2 309	2 312	2 313	2 335 ^a	2 335 ^a
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
Eheschließungen ¹⁾										
*Anzahl		1 654	1 812 ^b	1 871	1 044	1 231	1 397	1 996	971	...
*auf 1 000 Einw. und 1 Jahr		8,8	9,5 ^b	9,5	5,3	6,9	7,3	10,1	4,9	...
Lebendgeborene ²⁾										
*Anzahl		2 867	3 140 ^b	2 993	3 313	3 228	3 161	3 366	3 373	...
*auf 1 000 Einw. und 1 Jahr		15,2	16,4 ^b	15,3	16,9	18,2	16,5	17,0	17,0	...
Gestorbene ³⁾ (ohne Totgeborene)										
*Anzahl		2 173	2 299 ^b	2 437	2 457	2 249	2 348	2 699	2 668	...
*auf 1 000 Einw. und 1 Jahr		11,5	12,0 ^b	12,4	12,5	12,7	12,2	13,6	13,5	...
darunter im ersten Lebensjahr										
*Anzahl		93	96	94	104	99	93	92	87	...
*je 1 000 Lebendgeborene		32,6	30,6	31,4	31,4	30,7	29,4	27,3	25,8	...
Mehr (+) bzw. weniger (-) geboren als gestorben										
*Anzahl		+ 694	+ 841 ^b	+ 556	+ 856	+ 979	+ 813	+ 667	+ 705	...
*auf 1 000 Einw. und 1 Jahr		+ 3,7	+ 4,4 ^b	+ 2,8	+ 4,4	+ 5,5	+ 4,2	+ 3,4	+ 3,6	...
Wanderungen										
*Zuzüge über die Landesgrenze		6 523	6 784 ^b	5 520	7 717	5 092	6 116	4 744
*Fortzüge über die Landesgrenze		6 263	6 004 ^b	5 214	6 291	4 572	5 986	5 225
*Wanderungsgewinn (+) bzw. -verlust (-)		+ 260	+ 780 ^b	+ 306	+ 1 426	+ 520	+ 130	- 481
*Umzüge innerhalb des Landes ⁴⁾		9 666	9 713 ^b	8 891	10 417	7 149	10 235	7 718
Wanderungsfälle ⁴⁾										
Anzahl		22 452	22 501 ^b	19 625	24 425	16 813	22 337	17 687
auf 1 000 Einw. und 1 Jahr ⁵⁾		170	168 ^b	145	178	135	170	128
Umsiedler		609	329	265	332	203	267	178	142	72
davon nach										
Nordrhein-Westfalen		326	156	133	209	64	166	41	83	34
Baden-Württemberg		43	24	15	5	9	27	26	9	19
Rheinland-Pfalz		10	6	3	4	5	3	-	-	-
Hessen		12	9	12	4	5	-	6	-	1
Hamburg		218	134	102	110	120	71	105	50	18
Bremen		-	-	-	-	-	-	-	-	-
Arbeitslage										
*Beschäftigte Arbeitnehmer ⁶⁾	1 000	741 ⁺	774 ⁺	777	.	.	.	801	.	.
darunter *Männer	1 000	494 ⁺	520 ⁺	520	.	.	.	532	.	.
*Arbeitslose										
Anzahl	1 000	50	21	22	27	23	9	14	16	14
je 100 Arbeitnehmer		6,3	2,6	2,8	3,4	2,8	1,1	1,7	1,9	1,7
darunter *Männer	1 000	31	13	14	18	15	5	8	10	9

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

+) = Vierteljahresdurchschnitt

1) nach dem Ereignisort 2) nach der Wohngemeinde der Mutter 3) nach der Wohngemeinde des Verstorbenen 4) ohne Umzüge innerhalb der Gemeinden 5) unter Berücksichtigung des gesamten Wanderungsvolumens (Zu- und Fortzüge innerhalb des Landes und über die Landesgrenze) 6) Arbeiter, Angestellte und Beamte a) Auf Grundlage der Ergebnisse der Wohnungsstatistik 1956 fortgeschriebene Wohnbevölkerung. Die Zahlen sind nur als vorläufige Angaben zu verwenden und gelten nach Vorliegen der Ergebnisse der Volkszählung vom 6. 6. 1961 als überholt b) auf Normaljahr (365 Tage) umgerechnet

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

	Einheit	1958	1960	1960/61			1961/62			
		Monats-Durchschnitt			Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.
LANDWIRTSCHAFT										
Viehbestand										
*Rinder (einschl. Kälber)	1 000	1 129 ^c	1 219 ^c	1 219	.	.	.	1 251	.	.
darunter *Milchkühe	1 000	426 ^c	460 ^c	460	.	.	.	467	.	.
*Schweine	1 000	1 279 ^c	1 414 ^c	1 414	.	.	.	1 636	.	.
darunter *Zuchtsauen	1 000	126 ^c	154 ^c	154	.	.	.	171	.	.
darunter *trächtig	1 000	77 ^c	97 ^c	97	.	.	.	107	.	.
Schlachtungen von Inlandtieren										
*Rinder (ohne Kälber)	1 000 St	14	18	18	18	15	32	18	19	14
*Kälber	1 000 St	5	6	6	7	7	4	4	5	5
*Schweine	1 000 St	81 ^d	90 ^e	119	125	105	124	138	150	130
darunter *Hausschlachtungen	1 000 St	15 ^d	13 ^e	34	31	23	24	33	31	23
*Gesamtschlachtgewicht ⁷⁾ (einschl. Schlachtfette)	1 000 t	9,3	11,0	11,4	12,4	10,6	16,2	13,4	15,1	12,9
darunter										
*Rinder (ohne Kälber)	1 000 t	3,0	3,8	3,6	3,9	3,2	7,1	4,1	4,2	3,2
*Schweine	1 000 t	5,9	6,8	7,4	8,1	7,0	8,8	9,0	10,6	9,3
Durchschnittliches Schlachtgewicht für										
*Rinder	kg	223	217	214	223	220	238	234	236	237
*Kälber	kg	49	52	48	50	50	45	49	50	51
*Schweine	kg	89	87	86	87	85	88	86	89	87
Milcherzeugung										
*Kuhmilcherzeugung	1 000 t	142	146	125	140	138	112	134	148	148
*Milchleistung je Kuh und Tag	kg	10,8	10,8	9,1	9,8	10,7	8,1	9,4	10,2	11,4
*Milchanlieferung an Molkereien in % der Gesamterzeugung	%	87	89	86	86	87	86	86	87	87
INDUSTRIE⁸⁾										
*Beschäftigte	1 000	164	168	170	170	172	176	174	174	175
darunter *Arbeiter ⁹⁾	1 000	136	138	140	140	141	144	142	142	143
*Geleistete Arbeiterstunden ¹⁰⁾	1 000	24 439	24 539	25 485	24 755	23 627	25 777	24 144	24 501	23 216
*Löhne (Bruttosumme)	Mill. DM	53,1	62,3	72,6	63,5	60,1	75,5	75,7	71,6	70,2
*Gehälter (Bruttosumme)	Mill. DM	16,5	19,8	25,2	21,4	21,1	25,1	27,5	24,1	24,8
*Brennstoffverbrauch	1 000 SKE ¹¹⁾	74	66	74	68	58	80	81	73	62
Gasverbrauch	1 000 Nm ³	11 858	11 507	11 109	11 346	10 747	12 574	9 939	10 170	9 178
Heizölverbrauch	1 000 t	31	46	52	51	47	58	58	53	50
*Stromverbrauch	Mill. kWh	72	83	87	86	83	95	89	91	85
*Stromerzeugung (netto der industriellen Eigenanlagen)	Mill. kWh	21	22	26	25	21	29	25	24	20
*Umsatz ¹²⁾	Mill. DM	479	534	554	532	492	646	620	553	492
darunter *Auslandsumsatz	Mill. DM	65	82	68	98	50	84	103	66	42
Index der industriellen Produktion										
Gesamte Industrieproduktion einschl. Energie und Bau	1950=100	224	255	270	249	278	294	288	263	...
darunter Erzeugnisse des/der										
Erdölgewinnung		592	633	659	659	615	820	837	794	...
Industrie der Steine und Erden		193	236	185	135	185	269	182	157	...
Hochofen- und Stahlwerke		157	147	160	163	162	166	156	149	...
Eisen-, Stahl- und Tempergießereien		112	139	180	147	150	150	184	139	...
Mineralölverarbeitung		688	1 030	1 097	1 059	1 093	984	1 270	1 124	...
Gummi- und Asbestverarbeitung		741	994	1 077	1 161	1 287	1 065	1 008	1 070	...
Sägewerke und Holzbearbeitung		99	104	100	103	r 110	102	93	92	...
papierzeugenden Industrie		256	292	253	307	322	319	286	295	...
Schiffbaues		311	314	308	322	307	293	306	278	...
Maschinenbaues		272	259	322	236	478	291	325	267	...
elektrotechnischen Industrie		508	589	720	753	761	712	731	640	...
feinmechanischen und optischen Industrie		608	698	980	704	716	870	1 160	993	...
Eisen-, Blech- und Metallwarenindustrie (einschl. Sportwaffen)		166	214	199	198	213	245	239	200	...
lederzeugenden Industrie		115	91	98	109	100	109	91	98	...
Schuhindustrie		216	226	202	246	253	289	227	264	...
Textilindustrie		194	193	202	217	226	204	183	186	...
Bekleidungsindustrie		127	128	118	128	153	182	148	170	...
Fleischwarenindustrie		189	178	208	164	165	236	244	198	...
fischverarbeitenden Industrie		189	227	207	190	212	253	219	189	...
Molkereien und milchverarbeitenden Industrie		121	124	108	113	120	98	125	126	...
tabakverarbeitenden Industrie		227	243	248	244	246	268	243	269	...
Bauproduktion		189	212	183	149	185	r 241	r 184	166	...

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

7) gewerbliche Schlachtungen 8) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industrieberichterstattung); ohne Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauwirtschaft 9) einschl. gewerblicher Lehrlinge 10) einschl. Lehrlingsstunden 11) eine Steinkohleeinheit = 1 t Steinkohle oder Steinkohlenkoks oder -briketts; = 1,5 t Braunkohlenbriketts; = 3 t Rohbraunkohle 12) einschl. Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren c) Dezember d) Winterhalbjahr 1958/59 = 25 e) Winterhalbjahr 1960/61 = 22

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

	Einheit	1958	1960	1960/61			1961/62			
		Monats-Durchschnitt		Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.
OFFENTLICHE ENERGIEVERSORGUNG										
*Stromerzeugung (brutto) der öffentlichen Kraftwerke	Mill. kWh	110	131	154	140	120	127	129	119	115
*Stromverbrauch 13)	Mill. kWh	143	175	213	209	184	214	236	233	202
*Gaserzeugung (brutto) der öffentlichen Werke 14)	Mill. cbm	17	18	20	21	18	19	22	21	20
BAUWIRTSCHAFT UND WOHNUNGSWESEN										
Bauhauptgewerbe 15)										
*Beschäftigte		55 228	60 895	59 649	57 232	58 431	62 344	61 589	60 693	...
*Geleistete Arbeitsstunden	1 000	9 286	9 296	7 974	6 533	7 657	9 890	7 179	7 017	...
darunter *für Wohnungsbauten	1 000	4 157	4 170	2 558	2 830	3 529	4 185	2 991	3 123	...
*Löhne (Bruttosumme)	Mill. DM	22,4	27,5	28,5	20,6	24,0	34,8	26,0	25,0	...
*Gehälter (Bruttosumme)	Mill. DM	1,5	1,8	2,4	1,9	1,8	2,4	3,2	2,4	...
*Umsatz	Mill. DM	70,3	87,9	116,0	64,5	59,7	114,5	131,0	71,5	...
Baugenehmigungen 16)										
*Wohngebäude (ohne Gebäudeteile) 17)		922	1 056	802	762	695	1 265	873	658	749
*Nichtwohngebäude (ohne Gebäudeteile)		458	311	294	269	217	309	287	254	308
Veranschlagte reine Baukosten 17)										
für alle ganzen Gebäude	Mill. DM	60,9	82,4	74,4	68,3	63,8	112,7	98,8	67,0	91,9
darunter für Wohngebäude	Mill. DM	42,4	58,2	47,4	43,2	42,1	82,7	67,6	42,0	47,7
*Umbauter Raum in allen Gebäuden 17)										
(ohne Gebäudeteile)	1 000 cbm	1 069	1 254	1 109	985	927	1 583	1 350	898	1 152
darunter *in Wohngebäuden	1 000 cbm	691	818	659	577	566	1 043	855	515	577
*Wohnungen 18)										
darunter *in ganzen Wohngebäuden		2 109	2 467	2 123	1 637	1 672	2 941	2 469	1 447	1 659
		1 879	2 213	1 882	1 469	1 462	2 717	2 316	1 239	1 430
Baufertigstellungen										
Wohnungen 19)		1 533	2 155	8 984	817	834	1 774	9 208	724	860
Wohnräume 20)		6 064	8 628	36 213	3 354	2 931	7 294	37 379	2 874	3 012
HANDEL UND GASTGEWERBE										
*Index der Einzelhandelsumsätze	1961=100	.	.	.	82	79	104	146	92	87
davon										
*Nahrungs- und Genußmittel		.	.	.	84	84	99	130	92	91
*Bekleidung, Wäsche, Schuhe		.	.	.	78	71	117	182	88	75
*Hausrat und Wohnbedarf		.	.	.	78	76	117	165	93	82
*Sonstige Waren		.	.	.	84	83	101	140	96	95
Handel mit dem Währungsgebiet der DM-Ost										
*Bezüge Schleswig-Holsteins	1 000 DM	308	561	433	888	245	831	858	525	...
*Lieferungen Schleswig-Holsteins	1 000 DM	1 211	1 214	1 733	643	569	2 320	4 490	604	...
Handel mit Berlin [West]										
*Bezüge Schleswig-Holsteins	1 000 DM	8 126	13 865	19 722	13 083	12 452	16 657	14 755	12 485	...
*Lieferungen Schleswig-Holsteins	1 000 DM	28 087	31 799	33 727	31 019	28 214	43 577	36 905	38 089	...
*Ausfuhr nach Warengruppen 21)										
davon Güter der										
*Ernährungswirtschaft	Mill. DM	5,1	7,8	9,2	8,2	7,0	7,1	6,4	6,5	...
*Gewerblichen Wirtschaft	Mill. DM	62,6	91,7	80,0	99,0	61,8	66,9	118,5	66,7	...
davon										
*Rohstoffe	Mill. DM	2,0	2,8	3,3	2,7	3,0	3,3	3,7	3,3	...
*Halbwaren	Mill. DM	4,8	7,8	12,6	8,6	12,0	6,2	10,6	6,4	...
*Fertigwaren	Mill. DM	55,8	81,2	64,1	87,7	46,9	57,4	104,2	57,0	...
davon										
*Vorerzeugnisse	Mill. DM	2,8	3,1	3,8	3,1	3,0	4,3	4,4	3,7	...
*Enderzeugnisse	Mill. DM	53,0	78,1	60,3	84,6	43,9	53,2	99,8	53,4	...
*Ausfuhr nach ausgewählten Verbrauchsländern 21)										
EWG-Länder										
darunter Italien	Mill. DM	1,7	3,8	6,5	5,3	6,8	3,6	6,4	5,5	...
Niederlande	Mill. DM	6,1	7,9	5,0	5,2	14,8	16,4	15,6	13,8	...
EFTA-Länder										
darunter Dänemark	Mill. DM	3,7	9,8	9,3	7,6	9,5	5,6	22,9	5,2	...
Großbritannien	Mill. DM	3,2	10,8	4,4	45,0	3,1	5,2	3,3	2,1	...
Norwegen	Mill. DM	14,2	14,6	14,0	12,2	1,2	1,8	36,0	14,6	...
Schweden	Mill. DM	6,3	5,8	5,0	3,3	4,3	4,9	5,0	4,1	...
Fremdenverkehr 22)										
*Fremdenmeldungen	1 000	112	129	51	59	61	68	54	62	...
darunter *Auslandsgäste	1 000	15	17	5	4	4	6	5	4	...
*Fremdenübernachtungen	1 000	682	815	159	179	185	225	168	188	...
darunter *Auslandsgäste	1 000	33	34	9	8	7	13	11	8	...

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht
 13) einschl. Verluste 14) einschl. des vom Metallhüttenwerk Lübeck erzeugten Stadtgases 15) nach den Ergebnissen der Totalerhebung für alle Betriebe (hochgerechnet) 16) baupolizeilich genehmigte Bauvorhaben 17) nur Neubau und Wiederaufbau
 18) nur Normalwohnungen 19) Normalbau 20) Zimmer mit 6' und mehr qm Fläche und alle Küchen 21) 1961/62 = vorläufige Zahlen
 22) ab November 1961 = vorläufige Zahlen

nod: Monats- und Vierteljahreszahlen

	Einheit	1958	1960	1960/61			1961/62				
		Monats-Durchschnitt			Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.
VERKEHR											
Seeschifffahrt ²³⁾											
Güterempfang	1 000 t	377	485	488	382	381	479	498	
Güterversand	1 000 t	102	144	162	168	152	134	150	
Binnenschifffahrt											
*Güterempfang	1 000 t	126	137	151	121	109	209	147	158	133	
*Güterversand	1 000 t	195	238	252	153	201	295	173	201	188	
Nord-Ostsee-Kanal ²⁴⁾											
Schiffsverkehr											
Schiffe		5 645	6 477	5 948	5 355	4 724	6 605	6 233	5 776	4 987	
darunter deutsche	%	65,5	64,9	60,5	61,7	61,4	62,1	60,5	63,1	63,3	
Raumgehalt	1 000 NRT	2 795	3 461	3 738	3 312	2 804	3 656	3 698	3 477	2 752	
darunter deutscher Anteil	%	30,3	28,4	24,1	25,7	24,5	26,6	24,8	24,6	24,1	
Güterverkehr	1 000 t	3 840	4 804	5 312	4 529	3 851	5 122	5 059	5 038	3 875	
und zwar											
auf deutschen Schiffen	%	32,6	31,2	26,7	28,2	27,7	29,5	27,5	26,6	28,1	
Richtung West-Ost	1 000 t	1 906	2 436	2 594	2 248	2 136	2 398	2 412	2 500	1 981	
Richtung Ost-West	1 000 t	1 935	2 369	2 718	2 281	1 715	2 724	2 647	2 538	1 894	
* Zulassung fabrikneuer Kraftfahrzeuge		3 262	3 807	3 094	2 841	4 018	4 151	3 531	3 534	...	
darunter											
*Krafträder (einschl. Motorroller)		227	159	22	19	97	20	19	28	...	
*Personenkraftwagen		2 107	2 751	2 248	2 080	3 006	3 156	2 615	2 697	...	
*Kombinationskraftwagen		175	177	226	228	206	208	218	228	...	
*Lastkraftwagen		293	323	375	265	317	396	346	318	...	
Straßenverkehrsunfälle											
Unfälle		2 513	3 238	3 581	2 714	2 366	3 790	3 833	3 010	p 2 964	
davon											
*mit Personenschaden		918	1 099	1 043	733	755	1 157	1 045	858	p 715	
*nur mit Sachschaden		1 595	2 139	2 538	1 981	1 631	2 633	2 788	2 152	p 2 249	
*Getötete Personen ²⁵⁾		40	47	57	34	31	52	61	48	p 32	
*Verletzte Personen		1 130	1 391	1 340	933	967	1 453	1 266	1 061	p 914	
GELD UND KREDIT											
Kreditinstitute (ohne LZB) ²⁶⁾											
*Kredite an Nichtbanken	Mill. DM	3 105 ^f	4 212 ^f	4 212	4 233	4 305	4 862	4 943	4 937	...	
davon											
*Kurzfristige Kredite	Mill. DM	939 ^f	1 265 ^f	1 265	1 249	1 277	1 391	1 436	1 405	...	
darunter *an Wirtschaft und Private	Mill. DM	928 ^f	1 259 ^f	1 259	1 246	1 271	1 389	1 425	1 401	...	
*Mittel- und langfristige Kredite	Mill. DM	2 165 ^f	2 947 ^f	2 947	2 985	3 028	3 471	3 506	3 532	...	
darunter *an Wirtschaft und Private	Mill. DM	1 864 ^f	2 542 ^f	2 542	2 575	2 614	2 986	3 022	3 043	...	
*Einlagen von Nichtbanken ²⁶⁾	Mill. DM	2 067 ^f	2 773 ^f	2 773	2 804	2 876	3 021	3 090	
davon											
*Sicht- und Termineinlagen	Mill. DM	1 012 ^f	1 239 ^f	1 239	1 244	1 290	1 336	1 369	
darunter *von Wirtschaft und Privaten	Mill. DM	837 ^f	981 ^f	981	998	1 006	1 042	1 071	1 028	...	
*Spareinlagen am Monatsende	Mill. DM	1 054 ^f	1 534 ^f	1 534	1 560	1 586	1 686	1 721	
darunter *bei Sparkassen	Mill. DM	706 ^f	1 025 ^f	1 025	1 041	1 060	1 128	1 159	1 188	1 210	
*Gutschriften auf Sparkonten	Mill. DM	57	.	.	98	71	91	170	
*Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	41	.	.	71	46	85	135	
*Konkurse (eröffnete und mangels Masse abgelehnte)		9	7	7	3	10	7	17	3	12	
*Vergleichsverfahren (eröffnete)		2	1	1	2	-	-	1	-	-	
Wechselproteste	Anzahl	636	746	753	705	721	726	806	
Wert	1 000 DM	465	500	594	465	599	572	631	
STEUERN ²⁷⁾											
* Landessteuern	1 000 DM	32 185	45 229	88 901	45 052	35 348	42 928	94 911	58 576	39 932	
darunter											
*Vermögensteuer	1 000 DM	1 463	1 782	1 022	593	4 584	6 014	1 173	812	5 626	
*Kraftfahrzeugsteuer	1 000 DM	3 596	4 717	4 591	6 344	4 823	5 075	5 121	7 379	5 212	
*Biersteuer	1 000 DM	420	506	437	457	518	639	579	510	545	
* Bundessteuern	1 000 DM	93 577	111 073	140 040	126 535	93 713	118 979	152 393	135 849	97 106	
darunter											
*Umsatzsteuer einschl. Umsatzausgleichsteuer	1 000 DM	29 801	35 573	37 667	47 117	31 179	41 867	42 954	49 410	33 925	
*Beförderungsteuer	1 000 DM	1 034	1 204	1 123	1 267	1 017	1 249	1 193	1 103	961	
*Zölle	1 000 DM	7 838	8 380	8 290	8 676	7 766	9 550	9 032	12 817	9 739	
*Verbrauchssteuern	1 000 DM	41 359	46 722	49 952	50 638	42 114	49 159	53 029	47 526	39 401	
darunter *Tabaksteuer	1 000 DM	32 960	34 316	37 703	37 719	33 023	36 492	39 727	38 158	31 019	
*Notopfer Berlin ²⁸⁾	1 000 DM	354	73	49	83	50	12	127	29	36	
außerdem *Lastenausgleichsabgaben	1 000 DM	5 396	6 396	5 101	5 307	9 682	12 661	7 976	3 603	10 052	

* wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

23) Monatsangaben 1960/61 = vorläufige Zahlen 24) ohne "Sportfahrzeuge ohne Tonnageangabe" 25) einschl. der innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen 26) Monatszahlen; Bestand am Ende des Berichtszeitraumes 27) Rechnungsjahr, ab 1960 Kalenderjahr 28) ohne Abgabe auf Postsendungen f) Stand; 31. 12.

Schluß: Monats- und Vierteljahreszahlen

	Einheit	1958	1960	1960/61			1961/62			
		Monats-Durchschnitt		Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.
noch: STEUERN										
Steuern vom Einkommen ²⁹⁾	1 000 DM	37 688	54 633	122 736	53 581	33 110	43 263	131 591	71 328	37 269
davon										
*Lohnsteuer	1 000 DM	14 013	19 241	24 617	28 902	14 905	31 337	31 209	36 382	20 897
*Veranlagte Einkommensteuer	1 000 DM	15 925	25 473	65 687	20 021	13 760	8 721	72 638	22 478	13 811
*Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	1 000 DM	428	541	483	501	265	160	303	1 126	433
*Körperschaftsteuer	1 000 DM	7 322	9 377	31 949	4 158	4 180	3 045	27 442	11 341	2 128
Gemeindesteuern										
*Realsteuern	1 000 DM	57 325 ⁺	73 945 ⁺	78 354 ^g	.	.	.	77 335 ^g	.	.
davon										
*Grundsteuer A	1 000 DM	6 816 ⁺	6 829 ⁺	6 978 ^g	.	.	.	7 273 ^g	.	.
*Grundsteuer B	1 000 DM	11 575 ⁺	11 837 ⁺	11 383 ^g	.	.	.	12 544 ^g	.	.
Baulandsteuer	1 000 DM	-	-	-	.	.	.	59 ^g	.	.
*Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital	1 000 DM	34 826 ⁺	50 517 ⁺	54 884 ^g	.	.	.	51 844 ^g	.	.
*Lohnsummensteuer	1 000 DM	4 109 ⁺	4 762 ⁺	5 109 ^g	.	.	.	5 616 ^g	.	.
*Sonstige Steuern	1 000 DM	6 119 ⁺	6 407 ⁺	6 536 ^g	.	.	.	6 094 ^g	.	.
PREISE										
Preisindexziffern im Bundesgebiet										
Einkaufspreise für Auslandsgüter	1950=100	100	98	97	97	97	93	93	p 92	...
Preise ausgewählter Grundstoffe	1950=100	132	132	131	r 131	131	r 132	132	p 132	...
Erzeugerpreise										
industrieller Produkte	1958=100	100	100,4	...	101,6	...	102,2	102,3	102,4	...
landwirtschaftlicher Produkte	1957/58-58/59 = 100	100,4 ^h	97,8 ⁱ	.	97,7	...	p103,1	p102,6	p103,9	...
Preisindex für Wohngebäude										
Bauleistungen am Gebäude	1958=100	100	113	.	.	117	126	.	.	p 127
Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel (Ausgabenindex)	1958/59=100	100 ^h	103,6 ⁱ	...	103,9	...	105,6	105,9	107,0	...
Einzelhandelspreise	1950=100	111	113	113	113	114	116	117
Preisindex für die Lebenshaltung ³⁰⁾	1958=100	100	102,4	103,1	103,6	103,8	106,0	106,3	107,2	107,4
darunter										
Ernährung	100	102,4	100,9	101,6	102,0	104,4	104,7	106,1	106,5	
Wohnung	100	108,7	115,8	116,5	116,5	119,2	119,7	120,2	120,2	
Heizung und Beleuchtung	100	102,0	103,6	103,8	103,8	105,2	105,2	r105,9	106,00	
Bekleidung	100	101,5	102,5	103,0	103,2	104,9	105,0	105,8	105,8	
Hausrat	100	98,6	99,8	100,3	100,4	102,6	102,7	103,2	103,2	
LOHNE UND GEHALTER ³¹⁾										
Arbeiterverdienste in der Industrie ³²⁾										
Bruttowochenverdienste										
*männlich	DM	116,69	133,62	.	.	143,57	152,91
darunter Facharbeiter	DM	124,34	141,98	.	.	155,30	162,03
*weiblich	DM	67,56	79,60	.	.	84,13	93,31
Bruttostundenverdienste										
*männlich	Pf	243,5	280,7	.	.	301,0	319,4
darunter Facharbeiter	Pf	258,6	297,6	.	.	323,3	338,1
*weiblich	Pf	152,9	181,7	.	.	195,7	213,4
Bezahlte Wochenarbeitszeit										
*männlich	Std.	47,9	47,6	.	.	47,7	47,9
*weiblich	Std.	44,2	43,8	.	.	43,0	43,7
Geleistete Wochenarbeitszeit										
*männlich	Std.	44,5	45,0	.	.	46,8	45,2
*weiblich	Std.	41,4	41,7	.	.	42,4	41,6
Angestelltenverdienste										
Bruttomonatsverdienste in der Industrie ³²⁾										
kaufmännische Angestellte										
*männlich	DM	586	675	.	.	710	762
*weiblich	DM	382	428	.	.	459	495
technische Angestellte										
*männlich	DM	697	776	.	.	817	880
*weiblich	DM	403	453	.	.	479	528
im Handel ³³⁾										
kaufmännische Angestellte										
*männlich	DM	540	616	.	.	658	719
*weiblich	DM	331	369	.	.	403	423
technische Angestellte										
*männlich	DM	497	642	.	.	655	733
*weiblich	DM	259	340
in Industrie ³²⁾ und Handel ³³⁾ zusammen										
kaufmännische Angestellte										
*männlich	DM	554	633	.	.	674	733
*weiblich	DM	347	387	.	.	420	444
technische Angestellte										
*männlich	DM	685	768	.	.	806	873
*weiblich	DM	391	447	.	.	475	520

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

+) = Vierteljahresdurchschnitt

29) in den Landes- und Bundessteuern enthalten

30) 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalte mit Lebenshaltungsausgaben von rund 570 DM monatlich

nach den Verhältnissen von 1958

31) Effektivverdienste: 1958 und 1960 Durchschnitt aus 4 Erhebungen

32) einschl. Baugewerbe

33) Handel, Geld- und Versicherungswesen

g) 1. 10. - 31. 12. h) Wirtschaftsjahr 1958/59 (Juli - Juni)

i) Wirtschaftsjahr 1960/61 (Juli - Juni)

Jahreszahlen B*

	Zeit 1)	Einheit	1950	1951	1952	1953	1954	1955	1956	1957	1958	1959	1960
HANDEL UND GASTGEWERBE													
Index der Einzelhandelsumsätze		1959=100	100	107
Ausfuhr	JS	Mill. DM	86,9	232,6	314,2	374,6	509,5	580,9	719,3	775,5	812,0	915,5	1191,7
davon Güter der Ernährungswirtschaft	JS	Mill. DM	8,9	37,7	31,2	32,4	34,2	47,1	67,1	52,3	60,9	80,6	93,1
Gewerblichen Wirtschaft	JS	Mill. DM	78,0	194,9	283,0	342,2	475,3	533,8	652,2	723,2	751,0	834,8	1098,6
in % des Bundes			1,0	1,6	1,9	2,0	2,3	2,3	2,3	2,2	2,2	2,2	2,5
Fremdenverkehr ²⁾													
Fremdenmeldungen	JS	1000	367	605	717	789	833	988	1 184	1 265	1 329	1 473	1 544
darunter Auslandsgäste	JS	1000	20	43	69	93	119	156	182	183	181	187	206
Fremdenübernachtungen	JS	1000	2 239	3 235	3 924	4 404	4 723	5 539	6 803	7 463	8 127	9 358	9 779
darunter Auslandsgäste	JS	1000	48	98	150	207	275	329	384	392	402	411	409
VERKEHR													
Seeschifffahrt													
Güterempfang	JS	1000 t	1 689	2 290	2 559	2 714	2 915	4 019	3 829	4 253	4 525	4 697	5 822
Güterversand	JS	1000 t	1 033	1 022	1 040	1 058	1 460	1 324	1 384	1 218	1 228	1 305	1 726
Binnenschifffahrt													
Güterempfang	JS	1000 t	.	.	.	719	1 016	1 169	1 305	1 411	1 507	1 412	1 649
Güterversand	JS	1000 t	.	.	.	1 593	1 767	2 002	1 865	1 781	2 342	2 599	2 852
Nord-Ostsee-Kanal													
Schiffsverkehr													
Schiffe	JS		47 271	52 612	56 267	54 993	56 687	62 911	62 402 ^{a)}	66 588	67 738	73 443	77 729
Raumgehalt	JS	1000 NRT	17 771	20 886	22 708	22 498	25 745	31 279	31 601	33 169	33 542	36 137	41 527
Güterverkehr	JS	1000 t	29 907	32 429	32 948	32 897	39 412	46 595	47 069	47 348	46 083	49 974	57 653
und zwar													
auf deutschen Schiffen	JS	%	20,1	25,7	31,7	31,8	29,6	30,4	31,8	32,5	32,6	32,6	31,2
Richtung West-Ost	JS	1000 t	13 461	15 313	16 722	15 871	19 922	23 533	23 982	24 346	22 868	24 880	29 228
Richtung Ost-West	JS	1000 t	16 446	17 116	16 225	17 026	19 491	23 062	23 087	23 003	23 216	25 095	28 426
Zulassungen von fabrikneuen Kraftfahrzeugen													
Kraftfahrzeugen	JS		14 922	17 923	21 942	26 484	28 887	29 456	29 793	33 040	39 140	42 967	45 683
darunter Pkw	JS		4 780	5 730	6 965	8 583	11 268	13 727	15 802	19 780	25 280	29 485	33 012
Kraftfahrzeugbestand													
Kraftfahrzeuge	1. 7.	1000	66 ^{b)}	88 ^{b)}	112	139	167	188	204	246	246	273	307
darunter													
Kraftträder	1. 7.	1000	22 ^{b)}	31 ^{b)}	41	52	63	70	72	73	69	64	60
Pkw	1. 7.	1000	20 ^{b)}	27 ^{b)}	34	42	54	65	75	92	113	140	172
Lkw	1. 7.	1000	16 ^{b)}	19 ^{b)}	23	26	28	28	27	28	28	28	29
Straßenverkehrsunfälle													
Unfälle	JS		9 912	11 648	13 481	16 902	17 930	20 687	22 798	26 270	30 155	32 994	38 856
Getötete Personen	JS		208	220	230	333	358	400	428	416	477	504	564
Verletzte Personen	JS		5 910	7 141	7 918	10 270	10 759	12 028	12 627	12 948	13 562	15 326	16 687
GELD UND KREDIT													
Spareinlagen	31. 12.	Mill. DM	131	154	223	337	507	606	704	871	1 054	1 294	1 534
je Einwohner	31. 12.	DM	51	62	92	144	220	266	310	385	463	565	664
ÖFFENTLICHE FÖRSORGE ³⁾													
Laufend unterstützte Personen	31. 3.	1000	114,6	85,1	69,0	72,7	73,3	70,5	61,2	72,5	64,9	60,0	55,4
je 1 000 Einwohner	31. 3.		43,4	33,5	27,9	30,2	31,4	30,7	27,1	32,2	28,7	26,3	24,2
Gesamtaufwand	Rj. (JS)	Mill. DM	62,0	64,4	66,0	73,5	77,1	73,4	83,1	85,6	90,7	90,7	67,4
je Einwohner	Rj. (JS)	DM	24	26	27	31	33	32	37	38	40	40	29
ÖFFENTLICHE FINANZEN													
Landessteuern	Kj. (JS)	Mill. DM	182	180	221	234	243	252	289	330	375	435	543
darunter Kraftfahrzeugsteuer	Kj. (JS)	Mill. DM	15	16	18	20	22	27	31	37	42	47	57
je Einwohner	Kj. (JS)	DM	71	72	90	98	104	110	127	146	165	190	236
Bundesteuern	Kj. (JS)	Mill. DM	462	668	749	775	758	838	964	1 027	1 098	1 245	1 333
darunter Umsatzsteuer	Kj. (JS)	Mill. DM	166	219	259	270	280	311	326	340	353	381	427
je Einwohner	Kj. (JS)	DM	181	269	305	325	326	366	424	455	484	545	580
Steuern vom Einkommen ⁶⁾	Kj. (JS)	Mill. DM	150	188	272	306	307	294	324	374	437	511	656
je Einwohner	Kj. (JS)	DM	59	76	111	128	132	128	142	166	193	224	285
Gemeindesteuern	Kj. (JS)	Mill. DM	117	130	149	167	176	187	199	219	236	288	321
darunter													
Gewerbsteuer nach Ertrag und Kapital und Lohnsumme	Kj. (JS)	Mill. DM	43	55	71	84	90	99	110	126	140	189	221
je Einwohner	Kj. (JS)	DM	46	52	61	70	76	82	88	97	104	126	140
Verschuldung (ohne Kassenkredite) des Landes	31. 3.	Mill. DM	.	780	838	1 069	1 232	1 343	1 454	1 518	1 482	1 631	1 763
Neuverschuldung der Gemeinden und Gemeindeverbände	31. 3.	Mill. DM	37	75	104	142	189	251	298	355	430	497	562
darunter Kreditmarktmittel	31. 3.	Mill. DM	.	23	31	46	70	86	119	160	215	264	325

*) erscheint im monatlichen Wechsel mit A 1) JS = Jahressumme, Rj. = Rechnungsjahr, Kj. = Kalenderjahr 2) Fremdenverkehrsjahre (Oktober - September); Angaben bis 1954 aus 110, ab 1955 aus 165 Berichtsgemeinden. Für 1950 nur Sommerhalbjahr 3) ohne Kombinations- und Krankenkraftwagen 4) seit 1953 einschl. der innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen 5) einschl. Tbc-Hilfe 6) Lohn-, veranlagte Einkommen- und Körperschaftsteuer sowie nicht veranlagte Steuer vom Ertrag in den Zeilen Bundes- und Landessteuern enthalten a) ab 1956 "ohne Sportfahrzeuge ohne Tonnageangabe" b) im Verkehr befindliche Kraftfahrzeuge

KREISZAHLEN

Kreisfreie Stadt Landkreis	Wohnbevölkerung am 30. 6. 1961 ¹⁾	Arbeitslose am 30. 9. 1961	Schlüsselzuweisungen an Landkreise und Gemeinden im Rj. 1962 in 1 000 DM	Aufwand der öffentlichen Fürsorge 2) im Rj. 1960 in DM je Einw.	Industrie ³⁾	
					Beschäftigte am 31. 1. 1962	Umsatz ⁴⁾ in Mill. DM im Jan. 1962
Flensburg	98 048	416	4 600	26,14	7 320	21,9
Kiel	271 732	1 443	14 166	27,48	34 205	67,6
Lübeck	233 495	1 036	13 418	28,09	34 659	83,6
Neumünster	73 394	263	2 821	23,17	13 092	21,5
Eckernförde	85 178	155	6 439	26,32	1 813	4,6
Eiderstedt	18 997	46	1 417	22,62	416	1,2
Eutin	90 030	365	7 578	23,18	4 176	11,9
Flensburg-Land	65 173	161	7 734	19,29	775	1,9
Hzgt. Lauenburg	130 216	337	10 896	20,03	9 126	17,6
Husum	62 618	150	5 140	18,68	910	2,3
Norderdithmarschen	57 114	116	4 389	18,60	1 159	2,7
Oldenburg (Holstein)	79 868	316	6 091	18,65	1 422	8,5
Pinneberg	218 050	492	13 241	16,49	19 126	78,0
Plön	109 858	402	10 045	19,29	1 900	8,1
Rendsburg	157 110	434	12 241	19,45	9 831	31,8
Schleswig	98 279	129	9 184	21,74	4 179	24,0
Segeberg	94 425	86	8 010	17,16	4 864	13,9
Steinburg	122 743	202	6 634	20,56	10 410	35,5
Stormarn	145 009	315	9 853	16,69	8 969	81,4
Süderdithmarschen	71 749	72	5 284	20,90	4 899	30,6
Südtondern	61 273	109	5 726	18,60	981	4,5
Schleswig-Holstein	2 324 359	7 045	164 907	29,23	174 332	553,1

Kreisfreie Stadt Landkreis	Straßenverkehrsunfälle im 4. Vierteljahr 1961			Einnahmen aus Gemeindesteuern im Kalenderjahr 1961			
	Unfälle	Getötete 5)	Verletzte	insgesamt in 1 000 DM	darunter Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital und Lohnsumme		
					in 1 000 DM	je Einwohner	
						in DM	Veränderung in % gegenüber Kj. 1960
Flensburg	634	3	160	15 455	11 462	117	- 8
Kiel	1 677	10	529	55 545	42 974	158	+ 8
Lübeck	1 317	14	467	47 979	35 661	153	- 11
Neumünster	508	5	195	13 266	10 118	138	+ 11
Eckernförde	302	11	133	6 085	2 952	45	+ 1
Eiderstedt	60	3	24	2 392	949	50	- 4
Eutin	420	10	185	11 488	6 972	78	+ 4
Flensburg-Land	262	11	121	4 874	2 302	35	+ 5
Hzgt. Lauenburg	528	7	215	15 170	9 645	74	+ 5
Husum	312	3	121	6 973	3 795	61	+ 2
Norderdithmarschen	215	1	81	6 327	3 153	55	- 7
Oldenburg (Holstein)	330	6	166	8 847	4 821	60	+ 3
Pinneberg	976	14	384	33 391	25 535	117	+ 7
Plön	429	11	179	10 068	5 212	47	- 3
Rendsburg	708	9	305	17 752	11 506	73	+ 6
Schleswig	480	10	176	9 687	5 364	55	- 6
Segeberg	545	13	232	9 697	5 360	57	+ 5
Steinburg	546	9	197	19 436	14 277	116	+ 3
Stormarn	636	11	265	21 639	16 014	110	+ 17
Süderdithmarschen	258	4	89	9 408	5 442	76	+ 4
Südtondern	214	1	79	8 774	5 797	95	+ 23
Schleswig-Holstein	11 357	166	4 303	334 255	229 310	99	+ 3

1) Auf der Grundlage der Wohnungsstatistik 1956 fortgeschriebene Wohnbevölkerung. Nur als vorläufige Angabe zu verwenden, nach Vorliegen der Ergebnisse der Volkszählung vom 6. 6. 1961 überholt 2) einschl. Tbc-Hilfe 3) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industrieberichterstattung) 4) einschl. Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren 5) einschl. der innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen

SCHLESWIG-HOLSTEIN IM BUND

	Zeit — Stand	Bundes- gebiet ohne Berlin	Schleswig- Holstein	Hamburg	Nieder- sachsen	Bremen	Nordrhein- Westfalen	Hessen	Rheinland- Pfalz	Baden- Württbg.	Bayern	Saar- land
Bevölkerung												
Fortgeschriebene Wohnbevölkerung in 1 000	30.9.61 ¹	54 457	2 332	1 847	6 626	713	16 051	4 860	3 447	7 882	9 619	1 080
Veränderung in %	"	+ 35	+ 47	+ 8	+ 46	+ 27	+ 34	+ 40	+ 16	+ 44	+ 36	+ 21
30.9.1961 geg. VZ 1939	"	+ 13	- 8	+ 17	- 2	+ 29	+ 23	+ 14	+ 15	+ 24	+ 6	+ 14
30.9.1961 geg. 31.12.1950	"											
Bevölkerungsdichte ² , Einwohner je qkm	"	220	149	2 471	140	1 765	473	230	174	220	136	421
Arbeit												
Beschäftigte Arbeitnehmer ³ in 1 000	31.12.61	20 797	801	841	2 365	298	6 741	1 804	1 153	3 067	3 368	361
Arbeitslose in 1 000	"	268	16	5	49	6	41	13	19	7	110	2
je 100 Arbeitnehmer ⁴	"	1,3	1,9	0,6	2,0	2,0	0,6	0,7	1,6	0,2	3,2	0,6
Volkseinkommen												
Brutto-Inlandsprodukt in Mill. DM	1959 ⁵	248 420 ^a	9 073	15 441	26 945	4 508	82 312	21 976	12 309	36 657	39 198	.
	1960 ⁵	275 830 ^a	9 666	16 983	29 545	4 875	92 329	24 610	13 746	40 834	43 243	.
in DM je Einwohner	1959 ⁵	4 801 ^a	3 972	8 505	4 128	6 590	5 289	4 698	3 654	4 887	4 204	.
	1960 ⁵	5 271 ^a	4 204	9 282	4 506	6 988	5 865	5 192	4 051	5 343	4 585	.
Landwirtschaft												
Viehbestände in 1 000 Stück												
Pferde	4.12.61	634	38	3	180	1	108	57	45	80	117	4
Rindvieh	"	13 277	1 251	18	2 553	18	1 821	893	763	1 881	4 012	67
darunter Milchkühe (einschl. Zugkühe)	"	5 894	467	7	1 026	6	819	409	337	879	1 910	35
Schweine	"	17 207	1 636	22	4 940	18	3 015	1 342	769	1 876	3 506	83
Erzeugung von Kuhmilch ⁶ in 1 000 t	Jan.62	1 553	148	2	286	2	236	103	78	209	479	10
in kg je Kuh und Tag	"	8,5	10,2	10,2	9,0	8,9	9,3	8,1	7,4	7,7	8,1	9,3
Industrie												
Beschäftigte ⁷ in 1 000	30.11.61	8 049	176	235	736	94	2 879	681	368	1 452	1 251	177
je 1 000 Einwohner	"	148	76	127	111	132	179	140	107	184	130	163
Umsatz ⁷ in Mill. DM	Nov.61	24 710	646	1 226	2 523	364	9 105	1 968	1 074	4 147	3 259	397
darunter Auslandsumsatz in Mill. DM	"	3 523	84	131	400	47	1 252	315	157	598	404	136
Produktionsindex ⁸ (arbeitsstg.) 1950 = 100	"	292	296	260	342	249	(284) ^b	339	328	311	301	.
Bauwirtschaft⁹ und Wohnungswesen												
Beschäftigte in 1 000	30.11.61	1 409	62	50	179	21	396	119	83	213	256	30
je 1 000 Einwohner	"	25,9	26,4	26,8	27,0	30,0	24,7	24,4	24,1	27,0	26,6	27,5
Geleistete Arbeitsstunden in Mill.	Nov.61	223	10	8	28	3	63	18	13	35	41	4
je Einwohner	"	4,1	4,2	4,2	4,2	4,8	3,9	3,8	3,7	4,4	4,3	3,8
Zum Bau genehmigte Wohnungen ¹⁰ Anzahl	Dez.61	48 458	2 469	2 742	4 463	991	16 147	3 954	1 346	8 050	7 833	463
je 10 000 Einwohner	"	8,9	10,6	14,8	6,7	13,9	10,1	8,1	3,9	10,2	8,1	4,3
Fertiggestellte Wohnungen (Normalwohnungen) Anzahl	"	182 600	9 208	6 338	21 143	1 960	44 341	19 550	11 704	25 305	39 481 ^d	3 570
je 10 000 Einwohner	"	33,5	39,5	34,3	31,9	27,5	27,6	40,2	34,0	32,1	41,0	33,1
Ausfuhr Ausfuhr in Mill. DM ⁶	Dez.61	4 729 ^c	125	144	493	105	1 641	422	204	794	473	159
Verkehr												
Bestand an Kraftfahrzeugen ¹¹ in 1 000	1.7.61	8 561	341	266	1 030	91	2 227	814	549	1 348	1 731	163
je 1 000 Einwohner	"	160	148	145	157	130	140	170	161	174	182	154
darunter Personenkraftwagen ¹² in 1 000	"	5 160	206	204	593	68	1 490	495	305	784	923	93
je 1 000 Einwohner	"	96	89	111	90	97	94	103	89	101	97	88
Strassenverkehrsunfälle ⁶ Anzahl	4.Vj.61	263 194	11 357	16 030	28 407	4 429	80 915	26 110	15 127	34 953	41 589	4 277
je 1 000 Einwohner	"	48	49	87	43	62	50	54	44	44	43	40
Getötete Personen Anzahl	"	4 032	166	78	592	29	1 231	306	301	552	716	61
je 1 000 Unfälle	"	15	15	5	21	7	15	12	20	16	17	14
Geld und Kredit												
Bestand an Spareinlagen ¹³ in DM je Einwohner	31.12.61	1 016	738	1 387	940	1 107	1 090	1 004	883	1 046	970	932

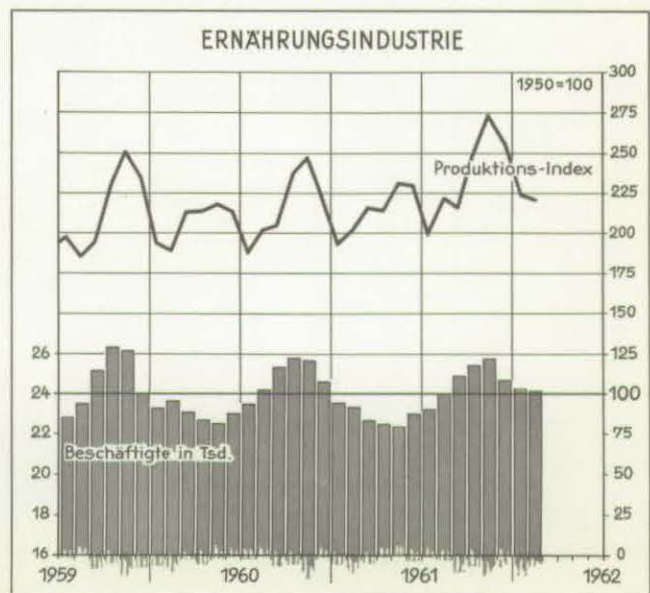
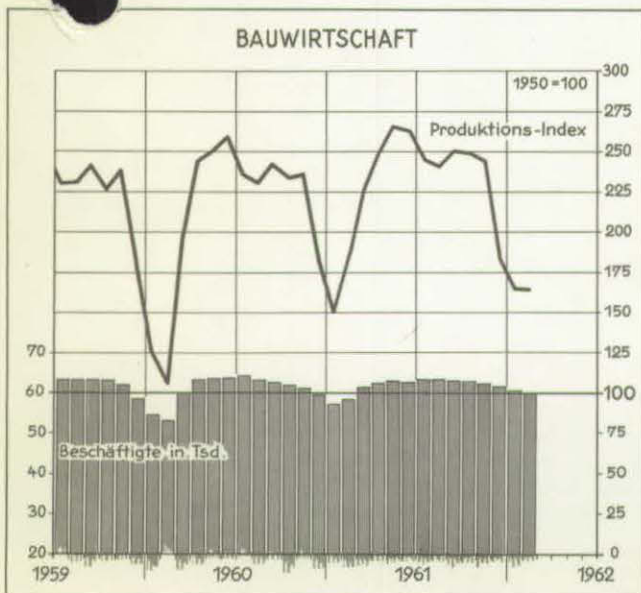
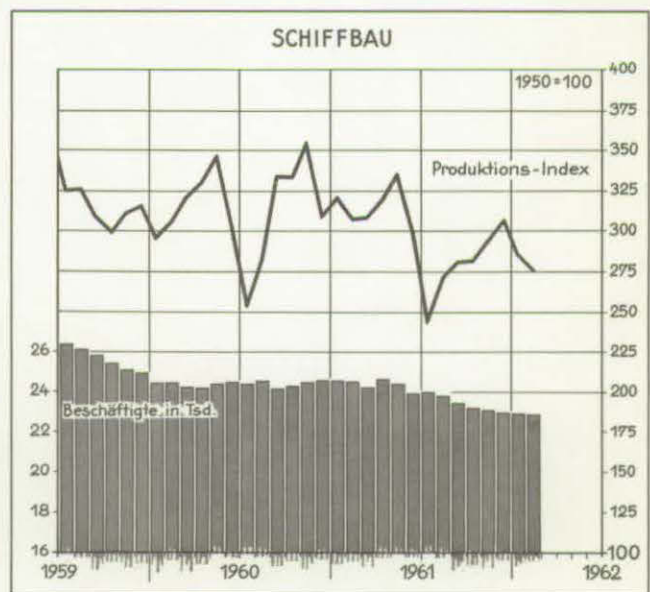
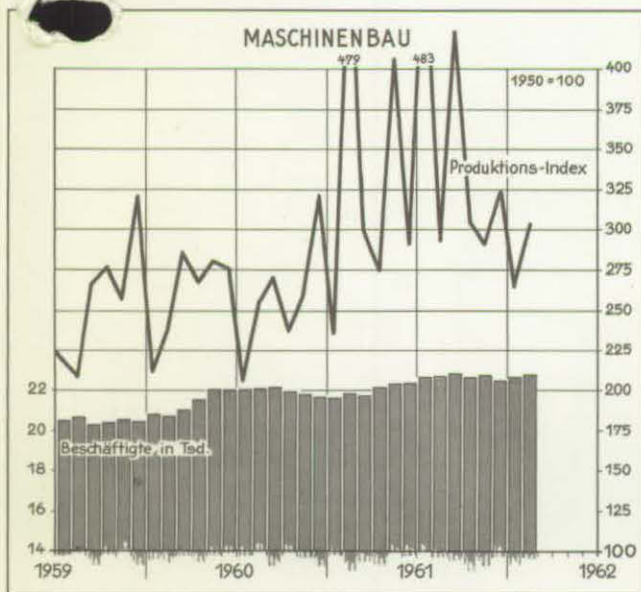
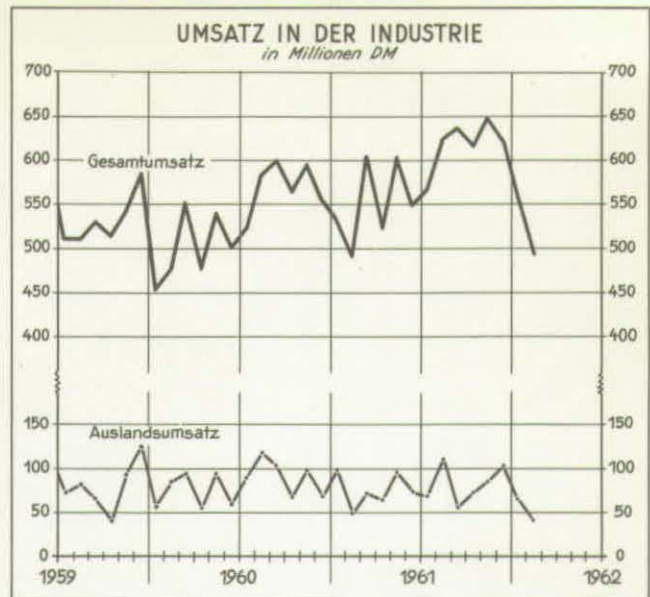
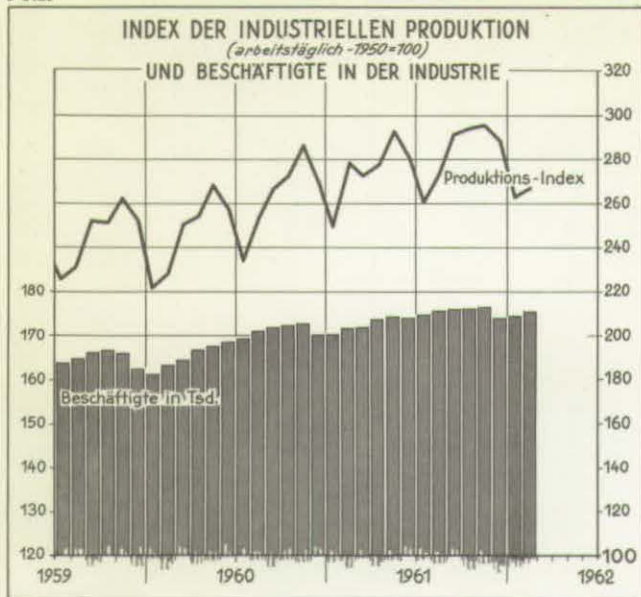
1) Auf Grundlage der Ergebnisse der Wohnungsstatistik 1956 fortgeschriebene Wohnbevölkerung. Die Zahlen sind nur als vorläufige Angaben zu verwenden und gelten nach Vorliegen der Ergebnisse der Volkszählung vom 6. 6. 1961 als überholt. 2) Gebietsstand: 31. 12. 1960. 3) Arbeiter, Angestellte und Beamte. 4) Beschäftigte und Arbeitslose. 5) Generalbereinigte Werte. 6) vorläufige Zahlen. 7) Ergebnisse der Industriebetriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne Energiebetriebe und Bauwirtschaft. 8) Gesamtindex (ohne Bau). 9) nach den Ergebnissen der Totalerhebung (hochgerechnet). 10) in baupolizeilich genehmigten Bauvorhaben (Normalbau). 11) ohne Kraftfahrzeuge der Deutschen Bundespost und Bundesbahn (insgesamt 34 608 Fahrzeuge); einschl. der aus steuerlichen oder sonstigen Gründen stillgelegten Fahrzeuge. 12) einschl. Kombinations- und Krankenkraftwagen. 13) ohne Postscheck- und Postsparkassenämter. a) ohne Saarland. b) 1936 = 100. c) einschl. der aus der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West) ausgeführten Waren, die in anderen als den nachstehend genannten Ländern hergestellt oder gewonnen wurden (z. B. Rückwaren) oder deren Herstellungsland nicht festgestellt werden konnte. Vom Berichtsmontat Januar 1956 an auch einschl. Ersatzlieferungen. d) Die Zahlen für Bayern sind unvollständig und z. T. geschätzt.

Inhalt des lfd. Jahrgangs nach Sachgebieten

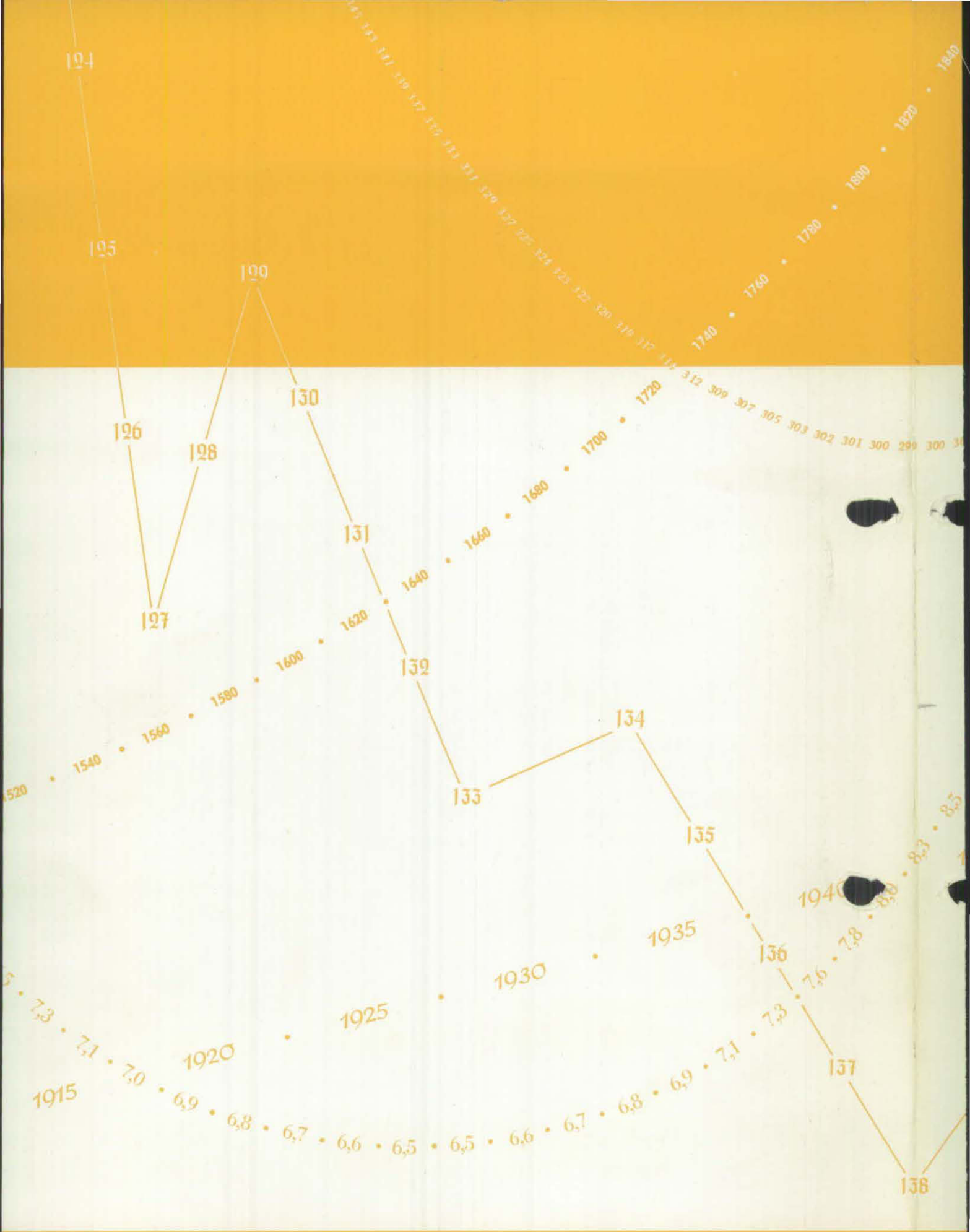
	Heft/Seite
Gebiets- und Bevölkerungsstand	
Bevölkerung 1960	1/8
Unterricht, Bildung und Kultur	
Ingenieurschulen 1960/61	1/24
Jugendgruppen 1961	2/60
Schulen, Allgemeinbildende - 1961	2/36
Turnen und Sport	2/60
Wahlen	
Bundestagswahl 1961, repräsentativ	2/38
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	
Betriebe, Landw. - nach Hauptbetriebsart	2/41
Getreideernte und ihre Verwertung	2/46
Handelsdünger 1960/61	1/10
Obsternte 1961	2/61
Schlachtetier- und Fleischbeschau	1/12
Zwischenfruchtanbau 1961	2/62
Industrie und Handwerk	
Produktion, Industrie- 1960	1/15
Verkehr	
Berlin- und Interzonenhandel 1960	3/79
Güterbewegungsstatistiken	3/76
Straßenverkehrsmittel, Öffentliche -	2/49
Geld, Kredit und Versicherungswesen	
Spareinlagen 1900 bis 1960	3/81
Öffentliche Finanzen	
Umsätze 1960	2/54
Vermögensmillionäre	2/63
Preise	
Baupreisstatistik	1/19
Löhne und Gehälter	
Handwerk, Löhne im	3/85
Versorgung und Verbrauch	
Verbrauch in Haushalten	3/90
Sozialprodukt	
Bruttoinlandsprodukt Verarb. Gewerbe	1/4

SCHLESWIG-HOLSTEINISCHE WIRTSCHAFTSKURVEN · B*

D-3025



*) Die "Wirtschaftskurven" A und B erscheinen im monatlichen Wechsel mit unterschiedlichem Inhalt. Teil A enthält folgende Darstellungen: Bevölkerung (Bevölkerungsstand, Geborene und Gestorbene); Beschäftigte Arbeiter, Angestellte und Beamte; Arbeitervergütungen; Preisindex für die Lebenshaltung im Bund; Steueraufkommen; Kreditvolumen.



Herausgeber: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein, Kiel, Mühlenweg 166, Fernruf: Kiel 43602

Schriftleitung: Dipl.-Psych. Heinemann. Druck: Offsetdruck Graphische Werke Germania-Druckerei Kiel

Bezugspreis: Einzelheft 2,50 DM, Vierteljahresbezug 7,- DM, Jahresbezug 20,- DM

- Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe gestattet -

Postbezugspreis entfällt, da nur Verlagsstücke; Bezugsgebühr wird vom Verlag eingezogen